



Royale Hochzeit, mit Kuss besiegelt Seiten 12 und 44

Parteigelder H.-P. Martins für Konkursabwicklung Seite 15

GenussFestival
Stadtpark 2011
Öffnungszeiten:
Freitag, 7. Mai, 12 – 21 Uhr
Samstag, 8. Mai, 10 – 21 Uhr
Sonntag, 9. Mai, 10 – 17 Uhr
Eintritt frei!

SA./SO., 30. APRIL/1. MAI 2011 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,00

Rot-Weiß-Rot-Card: Facharbeiter-Zuzug für ein Jahr gestoppt

Branchen mit Arbeitskräftemangel vorerst nur für Jobsuchende aus Osteuropa offen

Wien – Wegen der Öffnung des Arbeitsmarktes für acht neue EU-Staaten wird der Zuzug von bestimmten Fachkräften aus dem Nicht-EU-Raum bzw. aus Rumänien und Bulgarien für ein Jahr ausgesetzt. Eine Gesetzesänderung, die bisher unbeachtet blieb, wurde am Freitag vom Nationalrat mit der neuen Rot-Weiß-Rot-Card

beschlossen. Diese sieht eine kriteriengezielte Zuwanderung für drei Gruppen vor: Hochqualifizierte, Schlüsselkräfte und Arbeitskräfte in Mangelberufen.

Die aktuelle Liste mit rund 60 Mangelberufen, über die bisher 18.000 Arbeitskräfte ins Land kamen, tritt nun außer Kraft, die neue kommt erst mit Mai 2012. Auf die Verschiebung haben ÖGB und Arbeiterkammer gedrängt. Sie wollen vorerst abwarten, ob genug Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern einwandern. Die Wirtschaft bezweifelt das zwar, hat aber letztendlich zugestimmt.

Aus Drittstaaten können mit der Rot-Weiß-Rot-Karte somit zunächst nur Hochqualifizierte (Manager, Forscher) und Schlüsselkräfte kommen. Im Unterschied zu den Mangelberufen muss bei Schlüsselkräften bei jeder Stelle einzeln geprüft werden, ob sich nicht ein Österreicher für den Job findet. (red) Seite 13

Kommentare Seiten 47, 48

HEUTE

Kopf des Tages Kunsthallen-Direktor Gerald Matt wurde von den Grünen bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Seiten 39 und 48

„EU-Verhandlungen vorantreiben“ Der türkische Oppositionschef Kemal Kilicdaroglu will raschere Beitrittsgespräche. Interview Seite 4

Tiefrote ÖBB-Bilanz Konzernchef Kern meldet wegen der Krise in der Cargosparte einen Verlust von 338 Millionen für 2010. Seite 25

INTERVIEWS



Museumsgründer **Herbert Liaunig** über Leidenschaft und Leidensdruck des Sammlers. F.: Beck Seite 37



Die Soziologin **Karen Körber** über das Schicksal von Arbeitsmigrantinnen. Foto: Roedig ALBUM Seite A 3

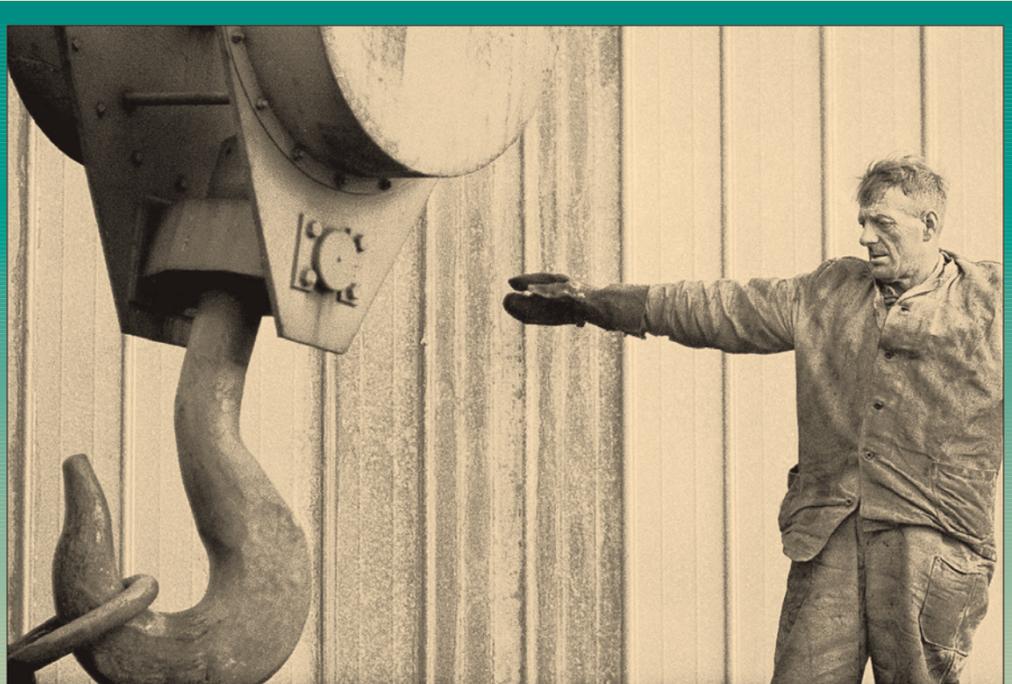
STANDARDS

Sport 22, 23
NetBusiness 36
Kommunikation, Blattsalat . . . 41
Veranstaltungen, Kino . . . 42, 43
TV, Switchlist 44, 45
Kunstmarkt, Reise, Rätsel A 5 – A 8
Sudoku K 27

WETTER

Zunächst scheint häufig die Sonne. Nach Mittag ist mit kräftigen Schauern und Gewittern zu rechnen. Maxima: 14–22 Grad. Seite 42

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at



Grenzenlos arbeiten



Rot-Card und das neue Fremdenrecht beschlossen. Wir nahmen diese Zäsur zum Anlass für eine Schwerpunktausgabe, die sich mit Arbeitsmigration beschäftigt. Es geht um Fakten, aber auch um Ängste. Wir porträtieren außerdem

Menschen mit Wurzeln im Ausland, die bereits in Österreich arbeiten. Passend dazu wählte der Doyen des Fotojournalismus in Österreich, **Erich Lessing**, aus dem Archiv der Agentur Magnum und seinem eigenen weltweit wichtige Szenen aus der Geschichte der Wanderarbeit, die in der Zeitung verstreut zu finden sind. Das Titelbild ist ein Foto Lessings, das einen Arbeiter in der Hamburger Schlieker-Werft 1958 zeigt. Für die Koordination der Ausgabe war **Bettina Stimerer** zuständig, für das Layout **Rudi Reiterer**.
Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin

Wieder Feuer auf Demonstranten in Syrien

Zehntausende trotzten dem Versammlungsverbot – Angeblich Unruhe in der Armee

Damaskus – In der syrischen Protesthochburg Deraa haben Sicherheitskräfte nach Berichten von Augenzeugen auch am Freitag wieder das Feuer auf Tausende von Demonstranten eröffnet. Angaben über Opferzahlen gab es

noch keine. In ganz Syrien waren ungeachtet eines Verbots nach dem Freitagsgebet Zehntausende auf die Straßen gegangen, um gegen das Regime zu protestieren.

Spekulationen gibt es über Unruhe in der Armee. Das Staatsfern-

sehen zeigte Bilder von Sicherheitskräften, die angeblich von „Terroristen“ getötet wurden. Laut Opposition sind es Soldaten, die wegen Befehlsverweigerung hingerichtet worden seien. (red)

Seite 4, Kommentar Seite 48

Angst vor informellen Machtstrukturen

WU-Professor **Wolfgang Mayrhofer** über den Umgang mit den unsichtbaren Konzern-Netzwerken.

KARRIERENSTANDARD
Seiten K 1 – K 27

BILDUNG & KARRIERE
Seiten K 28 – K 30

IMMOBILIENSTANDARD
Seiten I 1 – I 6

„Ollas Zigeuner“

Im städtischen Naherholungsgebiet „Altes AKH“ haben sie jetzt aus einem dortigen Lokal einen der bekannten Straßenzeitungsverkäufer hinausgeschmissen. Auf Nachfrage fiel seitens der Geschäftsführung der Satz: „Des san ollas Zigeuner!“

Ja, und wenn? Unter den Bettlern und eben auch unter den Verkäufern diverser Straßenzeitungen befinden sich offenkundig auch Sinti und Roma. Manche geben Anlass zu Bürgerunmut (und zu entsprechenden behördlichen Bettelverboten). Sie sind manchmal aufdringlich (nicht die Verkäufer des *Augustin*), manchmal hat man das Gefühl, sie seien gar keine offiziellen Verkäufer und hätten sich die Zeitungen aus dem nächsten Müllcontainer

besorgt. Das ist trotzdem kein Grund, so vorzugehen, wie die Pächterin des Lokals im „Alten AKH“ (die sich entschuldigte, nachdem die Salzburger Bierfirma, die den Laden verpachtet hat, richtig reagierte).

Unter Hitler wurden „die Zigeuner“ umgebracht (250.000 von ihnen). Briefbomber Franz

Fuchs tötete 1995 vier von ihnen mit einer Sprengfalle. Viele Zeitgenossen würden sie

am liebsten deportieren, auch wenn sie sich legal hier aufhalten. Aber solche Hasslösungen lösen nichts. Die Bürger haben ein Recht darauf, nicht ungebührlich angemacht zu werden; das muss man behördlich sicherstellen, so gut es geht. Aber die „Zigeuner“ haben auch ein Recht darauf, nicht wie der letzte Dreck behandelt zu werden.

RAU



Navigation und Entertainment in einem.
Mit SPLITVIEW von Mercedes-Benz.



Mercedes-Benz

Was das Ende der Übergangsfristen per 1. Mai bringt

Lexikon

Abschiebung, die: bezeichnet eine Zwangsmaßnahme und ist der behördliche Vollzug der in einem Verfahren festgestellten Ausreisepflicht.

Arbeitslaubnis, die: erhält grundsätzlich jeder, der über eine Niederlassungsbewilligung verfügt und in den letzten 14 Monaten in Österreich 52 Wochen erlaubt beschäftigt war. Ausnahme: Asylwerber und Personen ohne Aufenthaltstitel.

Arbeitsmigration, die: bezeichnet die Wanderbewegung von Menschen zum Zwecke der Arbeitssuche oder Arbeitsaufnahme. Vorwiegend geht die Bewegung von industriell weniger entwickelten Regionen hin zu wirtschaftlich profitableren.

Assimilation, die: (vom lateinischen „similis“ für „ähnlich“) bedeutet Anpassung bis hin zum Aufgehen in einer neuen Umgebung. In der Soziologie wird damit das Verschmelzen verschiedener Gesellschaftsgruppen bezeichnet.

Asylant, der: steht umgangssprachlich für den Asylwerber, der Aufnahme und Schutz sucht. Er muss Verfolgungsgründe glaubhaft machen. Das Verfahren dauert oft Jahre, danach steht der Status als anerkannter Flüchtling oder die Abschiebung.

Bleiberecht, das: die Gewährung eines dauerhaften Aufenthaltsrechtes nach humanitären oder pragmatischen Gründen für Nichtösterreicher, die unrechtmäßig oder nur mit prekärem Aufenthaltsrecht hier leben. Ist bei Zuwanderern, die vor dem 1. Mai 2004 gekommen sind, möglich.

Brain-Drain, der: („Gehirnabfluss“) ist der englischsprachige Begriff für die Abwanderung von Intelligenz eines Volkes. Die Emigration gut ausgebildeter Fachkräfte und besonders talentierter Personen führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten.

Brain-Gain, der: bedeutet wortwörtlich „Gehirngewinn“ im Sinne eines wirtschaftlichen Profits durch zugewanderte Intelligenz. Länder wie Indien oder Kuba setzen diesen Mechanismus gezielt als nationale Strategie ein.

Fachkräftemangel, der: findet immer dann Erwähnung, wenn die Wirtschaft fehlendes Fachpersonal beklagt, weil der nationale Arbeitsmarkt keine entsprechend qualifizierten Mitarbeiter hervorbringt.

Familiennachzug, der: kann von einem Inländer oder einem Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Herstellung oder Aufrechterhaltung der Familieneinheit beantragt werden.

Gastarbeiter, der: hat ab den 1960er-Jahren nach und nach den „Fremdarbeiter“ ersetzt und bezeichnete ursprünglich Personen anderer Herkunftsländer, die für einen befristeten Aufenthalt im Gastland ihr Geld verdienen.

Migrant, der: auch Zuwanderer oder Gastarbeiter, nicht unbedingt beliebt, wenn er kein großzügiger Investor oder weltbekannter Künstler ist. 15,4 Prozent aller in Österreich lebenden Menschen sind im Ausland geboren.

Schlüsselkraft, die: verfügt über spezielle berufliche Qualifikationen, die unter Inländern nur schwer zu finden sind und erhält deshalb eine befristete Niederlassungsbewilligung.

Staatsbürgerschaft, die: kennzeichnet, welchem Staat eine Person angehört. Daraus ergeben sich bestimmte Rechte, aber auch Pflichten, etwa die Wehrpflicht. Die durch die Staatsbürgerschaft begründeten Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Bürger wirken über das Hoheitsgebiet hinaus und werden auch von anderen Staaten anerkannt. (juh)



Anatolien
1952. Der
Landwirtschaftslehrer
Mehmet Büker
reist im
Auftrag des
Marshallplans
in entlegene
Gegenden
und erklärt
Saatgut,
Erntetechnik
und
Traktorfahren.
Foto: Erich Lessing

Große Angst vor kleiner Wanderung

Ab 1. Mai steht der österreichische Arbeitsmarkt 52 Millionen Menschen mehr als bisher offen. Kommen werden wenige: Nach jahrelangen Hindernissen sind andere Länder attraktiver – der Wirtschaft kann das schaden.

Tobias Müller

Rumänen sollten Strache wählen – zumindest theoretisch. Denn Wissenschaftler sind sich einig, wer unter einer höheren Zahl an Migranten am meisten leidet: andere Migranten, weil sie um die gleichen Jobs konkurrieren. Simion Giurca will trotzdem keine Wahlempfehlung abgeben. Giurca ist seit 1993 Chef des rumänischen Tourismusbüros in Wien und das, was Wissenschaftler einen Pioniermigranten nennen: ein Brückenkopf für potenziell Nachfolgende. „Immer wieder rufen Leute an, und fragen, ob sie übersiedeln sollen. Ich sage dann: Überlegt euch das gut, ohne guten Job kann es sehr schwierig hier sein“, erzählt er.

Ab 1. Mai könnte es für sie komplizierter werden. Dann öffnet sich für die Bürger Tschechiens und Ungarns, der Slowakei und Sloweniens, Polens, Lettland, Litauens und Estlands nach einer siebenjährigen Übergangsfrist der österreichische Arbeitsmarkt. Rumänen und Bulgaren müssen wohl noch bis 2014 warten.

Insgesamt 52 Millionen Menschen mehr als bisher könnten ab diesem Tag ohne Genehmigung in Österreich arbeiten. Was Rumänen und Bulgaren beruhigen kann: Den meisten potenziellen Konkurrenten ist die Arbeitsmarkttöffnung völlig egal.

0,4 Prozent der erwerbsfähigen Ungarn, Tschechen und Slowaken überlegen, in den nächsten zwei Jahren in Österreich Arbeit zu suchen, insgesamt 70.000 Menschen, rechnet das Wifo in einer aktuellen Studie vor. Der Großteil will nur kurz hier arbeiten und pendeln, vor allem zwischen Ungarn und dem Burgenland.

Außerhalb der drei Länder dürfte das Potenzial noch geringer sein: Weil sie zu weit weg liegen wie das Baltikum, wirtschaftlich sehr gut dastehen wie Slowenien – oder ihre Bürger viel lieber anderswo hinwollen.

Rumänen etwa gehen vor allem nach Spanien, weil die Sprache ähnlich und Telenovelas auch in Bukarest beliebt sind. Bei allen Osteuropäern am gefragtesten waren bisher Großbritannien und Irland. Die beiden führten nach der Osterweiterung 2004 keine Übergangsfristen für ihren Arbeitsmarkt ein, bis 2007 gingen mehr als 700.000 Menschen aus den neuen Ländern in die beiden Staaten, 70 Prozent aller Auswanderer.

So bildet sich das, was Experten „Migrationsnetzwerke“ nennen: Tausende Giurcas, die berichten,

welche Chancen es gibt und wie es sich hier lebt, welche Jobs und Wohnungen vakant sind und ob es vertraute Lebensmittel gibt. Diese Netzwerke sind vor allem für schlechter ausgebildete Menschen einer der wichtigsten Gründe, sich für oder gegen ein Land zu entscheiden – weil sie die Migrationskosten senken und Sicherheit bieten. Die Übergangsfristen haben dafür gesorgt, dass sie nicht nach Österreich führen.

„Für Hochqualifizierte sind weniger Nationalstaaten wichtig als bestimmte Firmen und Universitäten“, sagt Heinz Fassmann vom Institut für Geographie der Uni Wien. Sie ziehen Aufstiegschancen, Englisch und ein migrantenfreundliches Klima an. Ihr häufigstes Ziel: Großbritannien.

Das Königreich ist das einzige Land in der EU, in das gleich viele hoch- wie geringqualifizierte Menschen einwandern. Zwar haben jene Tschechen, Ungarn und Slowaken, die nach Österreich wollen, zu 76 Prozent Matura oder eine Facharbeiterausbildung – Universitätsabsolventen gehen, aber auch signifikant öfter auf die Insel als nach Österreich.

Viele jener Osteuropäer, die nach Österreich wollen, sind ohnehin schon lange da: Fast 90.000 Menschen aus den neuen EU-Staaten arbeiteten 2010 schon hier, mit saisonalen Erlaubnissen, als Scheinselbstständige oder dank Fachkräfteverordnung – illegale Pflegekräfte oder Putzfrauen nicht mitgerechnet. Allein 9000 Rumänen zogen offiziell 2009 nach Österreich. Noch öfter kamen nur die Deutschen. Die Frage bleibt, warum Österreichs Politik dennoch auf Übergangsfristen bestand – aus irrationaler Angst, meinen manche Experten.

Verzerrtes Bild

Die Arbeitsmarktsperren basierten „nur begrenzt auf wirtschaftlich fundierten Analysen“, vielmehr auf „vereinfachten Wirtschaftsmodellen“ und „einem verzerrten Bild über die zu erwartenden Zuwanderungszahlen“, ur-

teilten die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung, das Netzwerk Migration in Europa und das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut in einer gemeinsamen Studie von 2006. Die alten EU-Länder hätten sich vor Arbeitslosigkeit und Dumpinglöhnen gefürchtet – zu Unrecht.

Wissenschaftlich sind die Auswirkungen von Migranten auf nationale Arbeitsmärkte gründlich untersucht, von Einwanderungswellen in die USA im frühen 20. Jahrhundert bis zu Auswirkungen der Osterweiterung in Großbritannien. Fast alle Studienautoren sind sich einig: Migranten erhöhen weder die Arbeitslosigkeit noch senken sie die Löhne. Sie sorgen für mehr Jobs und Wirtschaftswachstum, etwa weil sie Stellen annehmen, die andere nicht wollen, die Produktion verbilligen und die Nachfrage steigern. Nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen von diesem Wachstum. Vor allem einheimische Arbeiter mit sehr schlechter Ausbildung und niedrigem Einkommen können kurzfristig unter mehr Konkurrenz leiden.

Diese Gruppen haben jedoch weit größere Probleme als den Zuzug von Migranten: Globalisierung, Automatisierung und vor allem der Computer haben sie weit härter getroffen. Flächendeckende Computerisierung etwa hat die Schere zwischen niedrigen und hohen Einkommen um 35 Prozent vergrößert, schätzen US-Studien. Migranten öffnen die Schere auch in den pessimistischsten Untersuchungen um kaum mehr als einige Prozentpunkte.

2014, wenn auch für Bulgarien und Rumänien spätestens die Übergangsfristen enden, wird sich ebenfalls nicht viel ändern, schätzt der rumänische Pioniermigrant Giurca. „Vielleicht kommen ein paar Pflegekräfte mehr.“

Wahrscheinlich wird er recht behalten: Weil sich die Löhne zwischen altem und neuem Europa immer mehr angleichen und in Osteuropa sehr geburtenschwache Jahrgänge zu arbeiten beginnen, rechnen Experten langfristig mit sinkender Arbeitsmigration – Arbeiterlaubnis hin oder her.

www.migrationpolicy.org
www.focus-migration.de
www.wifo.ac.at



Bildungsgrad der potenziellen Migranten

aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei		Angaben in Prozent		
		Pflichtschule	Maturant oder Facharbeiter	Akademiker
Nachbarstaaten	Gesamtbevölkerung	19,9	67,1	13,0
	Mobilitätspotenzial nach Österreich	14,4	76,1	9,5
	Mobilitätspotenzial alle Länder (inkl. Österreich)	11,7	73,9	14,3
Österreich	Gesamtbevölkerung	22,3	61,7	16,0

„Brain-Waste“ – Etwas mehr als ein Drittel (39 %) der Personen im Mobilitätspotenzial nach Österreich würde eine Arbeit in Österreich auch dann akzeptieren, wenn sie dafür überqualifiziert wären.

Quelle: FAMO- und AFLA-Umfragen 2010, Mikrozensus 2009, Wifo-Berechnungen.
Basis: Personen im Erwerbsfähigen Alter 15–64 Jahren

Wie das verdiente Geld zurück in die Heimat fließt

Der Reisebus als Geldtransporter

Nach einem Einbruch in der Krise nehmen Überweisungen von Migranten in deren Heimat wieder zu. Viele Staaten wären ohne dieses Geld längst pleite. Doch die soziale Wirkung der Zahlungen ist umstritten.

Bettina Pfluger
András Szigetvari

Die Reisebusse die tagtäglich vom Bahnhof Erdberg in Wien Richtung Kiew, Sofia und Bukarest aufbrechen, sind auch Geldtransporter in die Heimat. 780 Millionen Euro haben Migranten laut Weltbank im vergangenen Jahr von Österreich aus in ihre Heimatländer zurück überwiesen. Weltweit waren es sogar 300 Milliarden, was ziemlich exakt Österreichs Wirtschaftsleistung entspricht.

Aber nicht nur die Summen, die bewegt werden, sind bemerkenswert. Die Wege des Geldes sind es ebenfalls. Nur die Hälfte der Zahlungen wird nämlich über Banken in die Heimat geschickt. Der Rest reist im Reisekoffer, in der Jackentasche und im Kuvert oder direkt mit dem Busfahrer.

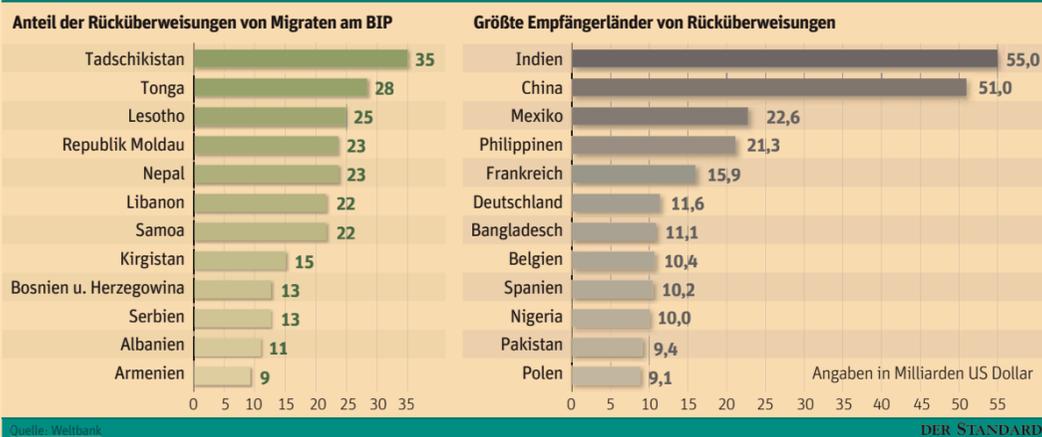
Zu diesem Schluss kommt ein Bericht der Frankfurt School of Finance and Management, die im Auftrag der Oesterreichischen Entwicklungsbank die Geldtransfers österreichischer Immigranten

in ihre Heimatländer, allen voran nach Bosnien, Albanien und in den Kosovo, analysiert haben.

Pro Familie werden im Schnitt 100 bis 300 Euro von Österreich aus transferiert. Dass viele dabei keine Banküberweisungen oder Western Union nutzen, liegt an den hohen Kosten für die Überweisungen. Dabei gibt es aber bemerkenswerte Unterschiede. Während Kosovaren öfter auf offizielle Kanäle zurückgreifen, schicken die Moldawier ihre „Überweisungen“ fast nur mit dem Bus. Die Ursache dafür liegt in den schweren Lebensbedingungen der Moldawier in Österreich. Viele leben illegal im Land, haben also wenig andere Optionen.

In ihrer Studie hat sich die School of Finance and Management aber nicht nur die Wege des Geldes angesehen, sondern auch den wirtschaftlichen Effekt der Zahlungen in Osteuropa analysiert. Auf dem Papier ist die Sache klar: Die Region zählt neben Asien, Afrika und der Karibik nach wie vor zu den größten Nettoempfängern von Zahlungen. In Staaten wie der Republik

Wirtschaftsfaktor Migration



Moldau und Tadschikistan machen Überweisungen mehr als ein Fünftel der Wirtschaftsleistung aus. Bosnien finanziert sogar ein Fünftel seines Haushaltes mit den Geldströmen (siehe Grafik).

Trotzdem bleiben die Frankfurter Experten skeptisch. Das Geld, das an die Familien in der Heimat geschickt wird, diene vor allem für den alltäglichen Konsum. Gekauft werden Lebensmittel, Kleidung, bezahlt werden Heiz- und Arztkosten. Was die jahrzehntelangen Geldüberweisungen allerdings nicht geschafft haben, sei, eine Grundlage zu schaffen für nachhaltige Entwicklungen. Wenn investiert wird, dann in den eigenen Hausbau. Vor allem in unterentwickelten ländlichen Gebieten

steige die Abhängigkeit von den Überweisungen mit der Folge, das dort kaum eigene Initiativen gestartet werden.

Was die Studie spannend macht, ist, dass sie von der üblichen Diktion der internationalen Organisationen abweicht. Die Weltbank und der Währungsfonds (IWF) sehen die Wirkung der Rücküberweisungen nämlich durchwegs positiver. Die Weltbank spricht in ihren Analysen etwa regelmäßig davon, dass die Transferzahlungen „leicht“ wachstumsfördernd wirken, und zwar trotz des sogenannten „Brain Drains“, mit dem die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte aus armen Ländern umschrieben wird. Die International Organization for Migration (IOM) in Genf nimmt eine Zwischenposition ein.

Von „Brain Drain“ zu sprechen sei eigentlich veraltet, meint Jean-Philippe Chauzy von der IOM. Es gehe um „Brain Waste“ oder „Brain Circulation“.

Der erste Begriff umschreibt etwa, wenn Ärzte aus Ghana oder dem Kongo in Westeuropa als Taxifahrer arbeiten. Diese Form der Migration führe sozialpolitisch zu unerwünschten Ergebnissen, weil die Fachkräfte in der Heimat fehlen und im Zielland keine Aufstiegschancen erhalten. Die Migration in Europa habe dagegen zu einer „Brain Circulation“, zu einem Wissensaustausch geführt, weil viele der Auswanderer bei ihrer Heimkehr neue Fertigkeiten mitgebracht haben.

www.awd.at

Österreichs
kundenorientierteste
Dienstleister

Wettbewerb 2011
www.bestdienstleister.at

Ihr persönlicher AWD-Vorteil:
Mit AWD sind Sie
ausgezeichnet beraten.

Dank persönlicher Beratung, der umfassenden Angebotspalette und der Best-Select-Auswahl holt AWD mehr Netto für Sie raus. Wir finden für Sie niedrigere Abgaben, günstigere Beiträge und höhere Renditen - indem wir Ihre Verträge ganzheitlich durchleuchten. Gemeinsam mit Ihnen erstellen wir Ihre Mehr-Netto-Strategie und bieten Ihnen anschließend die für Sie passenden Finanzprodukte. Das bringt Ihnen im Schnitt 1.000 € Vorteil pro Jahr - netto.

Wie wir das machen? Mit ausgezeichnete Beratung.



„Wir werden die EU-Verhandlungen wieder vorantreiben“



Der türkische Oppositionsführer **Kemal Kilicdaroglu** kündigt den Neustart der Beitrittsverhandlungen mit der EU für den Fall eines Wahlsiegs an und macht die Regierung für die Blockade verantwortlich. **Markus Bernath** sprach mit ihm in Ankara.

STANDARD: *Regierungschef Erdogan hat behauptet, Sie werden nach dem 12. Juni nicht mehr hier sein. Das heißt, Sie würden die Wahlen verlieren und dann von Ihrem Amt als Parteichef zurücktreten. Sind Sie schon am Einpacken?*
Kilicdaroglu: Ich nehme das nicht ernst. Aber wer weiß, welche Verschwörungen er ausheckt. Erdogan hat seinen eigenen „tiefen Staat“ geschaffen. Jemand, der eine demokratische Gesinnung hat, würde nicht so sprechen. Und ich werde im Übrigen auch nach dem 12. Juni hier sein.

STANDARD: *Was meinen Sie damit, Erdogan habe seinen „eigenen tiefen Staat“ geschaffen?*

Kilicdaroglu: Die AKP hat bereits die Gerichtsbarkeit unter ihrer Kontrolle, die Polizei, den Geheimdienst und jetzt auch einen Großteil der Medien. „
 Die AKP hat die Gerichte unter ihrer Kontrolle, die Polizei, den Geheimdienst und jetzt auch einen Großteil der Medien.“

trös“ bezeichnet und wünschte die Demontage; den Maler Baykam hat ein offenbar religiös-nationalistischer Attentäter Mitte April in Istanbul niedergestochen, Anm.)

STANDARD: *Glauben Sie an eine geheime islamische Agenda der Regierungspartei?*

Kilicdaroglu: Das Verfassungsgericht hat bereits entschieden, dass sie eine solche Agenda hat. Es ist festgestellt worden, dass die AKP die Religion zu politischen Zwecken ausnutzt. Unabhängig von dem, was wir glauben, gibt es ein Gerichtsurteil dazu.

STANDARD: *Wenn Sie nach der Wahl eine neue Regierung bilden könnten, wie würden Sie die Beitrittsgespräche mit der EU wiederbeleben?*

Kilicdaroglu: Wir werden die Beitrittsverhandlungen wieder vorantreiben. Wir haben entschieden, dass wir uns nicht unbedingt an den Zeitplan der EU halten müssen. Wir machen unseren eigenen Zeitplan. Ob wir EU-Mitglied werden oder nicht, wir sind entschlossen, vorwärts zu gehen und alle Regulierungen umzusetzen, die wir umzusetzen haben. Unsere Partei hat



Ankommen im neuen alten Zuhause. Türken reisen aus Bulgarien aus und in der Türkei ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg verhandelten beide Staaten mehrfach über die bulgarischen Türken. 1950 machte die Türkei die Grenze zu, und plötzlich waren viele Einwanderer „illegale“.

Foto: Magnum / Erich Lessing

die EU-Standards von Beginn an unterstützt, wir stehen hinter ihren Werten – der Demokratie, dem Rechtsstaatsprinzip, den Menschenrechten, der Gleichberechtigung der Geschlechter.

STANDARD: *Wer trägt Schuld an den blockierten Beitrittsgesprächen?*

Kilicdaroglu: Beide Seiten. In der letzten Zeit jedoch ist zum größeren Teil die Türkei dafür verantwortlich. Die Beitrittsgespräche sind mittlerweile weitgehend ausgesetzt. Während der letzten EU-Präsidentschaftsperiode wurden keine neuen Kapitel mehr eröffnet. Die Regierung schiebt die Integrationsanstrengungen, die EU wiederum verschafft keine Erleichterung bei der Eröffnung von neuen Verhandlungskapiteln. Die positive Haltung der türkischen Bevölkerung zur EU wird durch manche Einstellungen der Regie-

rungsoberrhäupter in der EU gebrochen. Das schafft natürlich Spannungen zwischen beiden Seiten. Wir wissen, der Beitrittsprozess ist lang und anstrengend. Aber nur weil er lang und anstrengend ist, sollte man ihn nicht aufgeben. Es ist ein Marathon, und wir sind entschlossen, mit diesem Marathon weiterzumachen.

STANDARD: *Wenn Sie die Wahlen gewinnen, werden Sie dem Parlament das Ankara-Protokoll zur Ratifizierung vorlegen und die Flug- und Seehäfen der Türkei für Zypern öffnen?*

Kilicdaroglu: Wir würden damit warten, bis die EU ihrerseits ihre Verpflichtungen erfüllt und direkte Handelsbeziehungen mit dem türkischen Teil Zyperns aufnimmt. Die EU hat eine solche Verpflichtung übernommen, aber nicht eingelöst. Direkte Handels-

beziehungen sollten beginnen, wenn die türkischen Zyprioten Ja zum Referendum sagen (*Annan-Plan von 2004, Anm.*). Sie haben Ja gesagt. Die Verpflichtung zur Aufnahme von direkten Handelsbeziehungen ist nicht direkt an die Ratifizierung des Ankara-Protokolls gebunden, aber beides kann parallel umgesetzt werden. Beide Seiten können ihre Verpflichtungen zur selben Zeit erfüllen.

KEMAL KILICDAROGLU (62) führt seit einem Jahr die Republikanische Volkspartei CHP. Der langjährige Direktor der türkischen Sozialversicherungsanstalt versucht die Partei auf sozialdemokratischen, proeuropäischen Kurs zu bringen. In Umfragen hat die CHP zugelegt, liegt aber weit hinter der AKP. Montag trifft Staatspräsident Abdullah Gül in Wien zu einem Staatsbesuch ein. Er wird auf seinen Amtskollegen Heinz Fischer treffen und auch Salzburg besuchen.

Tausende Syrer trotzen dem Kundgebungsverbot

Landesweite Demonstrationen – Syrische Muslimbrüder geben Unterstützungserklärung für Aufstand ab

STANDARD: *Sie haben einmal gesagt: „Wo ist dieses Ergenekon? Zeigt es mir, damit ich dort Mitglied werden kann.“*

Kilicdaroglu: Das war scherzhaft und allegorisch gemeint. Ich habe das gesagt, weil die Ermittlungen kein Ende nehmen und jeder, der sich widersetzt und Kritik äußert, festgenommen wird. Die Zeit der Militärputsche in der Türkei ist vorbei. Wir wollen Demokratie und Freiheit. Wenn irgendeine Partei immer noch für einen Militärputsch ist, dann hat sie die Demokratie nicht wirklich akzeptiert. Ergenekon ist politisiert worden, weil der Premierminister sich selbst zum Staatsanwalt in diesem Fall erklärt hat. Wenn sich aber der Regierungschef zum Staatsanwalt macht, kann sich der Rechtsstaat nicht durchsetzen.

STANDARD: *Ist die Türkei in den vergangenen acht Jahren wirklich islamischer geworden?*

Kilicdaroglu: Unsere Gesellschaft ist konservativer und introvertierter geworden. Die Forderung der Intellektuellen nach Freiheit ist weitgehend ausgelöscht worden. Sie fühlen sich unterdrückt. Was würden Sie denken, wenn Sie ein Bildhauer wären wie Mehmet Aksoy und ihre Statue würde abgerissen? Oder wenn Sie ein Maler wären wie Bedri Baykam und Sie würden angegriffen? (*Premier Erdogan hat das „Monument für die Menschlichkeit“ in Kars als „mons-*

Damaskus – Tausende Regimegegner haben sich am Freitag in Syrien über ein Kundgebungsverbot hinweggesetzt und sind erneut auf die Straße gegangen, um für Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren. Sie riefen: „Das Volk will den Sturz des Regimes.“

Das Innenministerium hatte zuvor erklärt, es seien ungeachtet der Aufhebung des Ausnahmezustands keine Kundgebungen genehmigt. Demonstrationen wurden jedoch unter anderem aus der Hauptstadt Damaskus, aus Homs und Latakia gemeldet. Auch im Süden des Landes rund um die von der Armee völlig abgeriegelte Stadt Deraa, wo die Unruhen vor Wochen ausgebrochen sind, und in den östlichen Kurdengebieten wurde demonstriert. In Damaskus fuhr Armee auf den Straßen der Vororte auf.

Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen wurden seit Beginn der Massenproteste Mitte März bereits mehr als 450 Menschen getötet, die meisten von ihnen sollen durch Schüsse der Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sein.

Eine Gruppe von Demokratieaktivisten will der politischen Führung noch eine Chance zur Einsicht geben. Vor den Freitagsdemonstrationen gegen die Diktatur der Baath-Partei von Präsident

Bashar al-Assad legten sie einen „Vorschlag für einen nationalen Wandel und einen sicheren Weg zur Demokratie in Syrien“ vor. Bei den Unterzeichnern handelt es sich um mehr als 150 Aktivisten aus Syrien sowie um etwa zwei Dutzend Exil-Syrer.

Die unterdrückte Muslimbruderschaft hat der Protestbewegung den Rücken gestärkt. In ihrer ersten offiziellen Äußerung seit Beginn der Demonstrationen forderten die Brüder die Syrer auf,

ihren Widerstand fortzusetzen. „Lasst das Regime eure Mitbürger nicht bedrängen!“, hieß es in der Erklärung, „stimmt ein in den Gesang für Frieden und Würde. Erlaubt nicht, dass der Tyrann euch unterjocht. Gott ist groß!“ Die Muslimbrüder dementierten Behauptungen, dass radikale Islamisten hinter den Protesten stünden. Das syrische Regime behauptet dies, um einen Bürgerkrieg anzuzetteln.

Der Menschenrechtsrat der Ver-

einten Nationen hat am Freitag in Genf Beratungen über die Lage in Syrien aufgenommen. Die USA haben einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der „die Tötung, Verhaftung und Folter von hunderten friedlichen Demonstranten“ durch die syrische Regierung „scharf verurteilt“. Eine Verurteilung Syriens im Uno-Sicherheitsrat war am Mittwoch in New York am Widerstand Chinas, Russlands und des Libanon gescheitert. (Reuters, AFP)

Kommentar Seite 48



Proteste in Nawa, im Süden Syriens: Die Einwohner beklagen auf Transparenten, dass die Stadt seit fünf Tagen komplett abgeriegelt ist, Lebensmittel, Wasser und Medikamente gehen aus.

Foto: Reuters



Arbeit ohne Grenzen – Europa wächst langsam zusammen

Als im September 2008 die Investmentbank Lehman Brothers pleite geht, schrecken Notenbanken und Regierungen auf: Weltweit begann eine gigantische Operation zur Rettung des Finanzsektors. Billionen werden ins Systems gepumpt. Heute wissen wir: Die Rettung ist geglückt, die Kosten trugen die Steuerzahler.

POLEN
Polen gehört zu den Ländern mit der höchsten Arbeitsmigration, was auf die hohe Arbeitslosenrate von knapp 20 Prozent im Jahr nach der Erweiterung zurückgeführt wird. 1,3 Millionen Polen arbeiten bereits außerhalb ihrer Heimat. Erwartet wird, dass diese Zahl auf zwei Millionen, im Höchstfall sagen die Statistiker sogar auf 3,2 Millionen Menschen ansteigen wird. Die Hauptzielländer für Polen sind Deutschland und Großbritannien. Laut den Statistikern hat der "Braindrain" junger, arbeitswilliger Polen das Land 0,92 Prozent des BIPs gekostet; allerdings stiegen dadurch die Einkommen (um 0,32 Prozent); die Arbeitslosenrate wurde entlastet.

SLOWAKEI
Das relativ kleine Land hat schon jetzt eine hohe Rate von Arbeitsmigration. Als die Slowakei zur EU kam lag die Arbeitslosenrate bei hohen 17,6 Prozent; Löhne und Gehälter waren 23,2 Prozent niedriger als der Schnitt der damals neuen EU-Mitglieder. Seither dürften an die 66.000 Personen das Land verlassen haben; die Emigrationswelle kostete die Slowakei 0,22 Prozent des BIP.

TSCHECHIEN
XXXX – als relativ kleine Land hat schon jetzt eine hohe Rate von Arbeitsmigration. Als die Slowakei zur EU kam lag die Arbeitslosenrate bei hohen 17,6 Prozent; Löhne und Gehälter waren 23,2 Prozent niedriger als der Schnitt der damals neuen EU-Mitglieder. Seither dürften an die 66.000 Personen das Land verlassen haben; die Emigrationswelle kostete die Slowakei 0,22 Prozent des BIP.

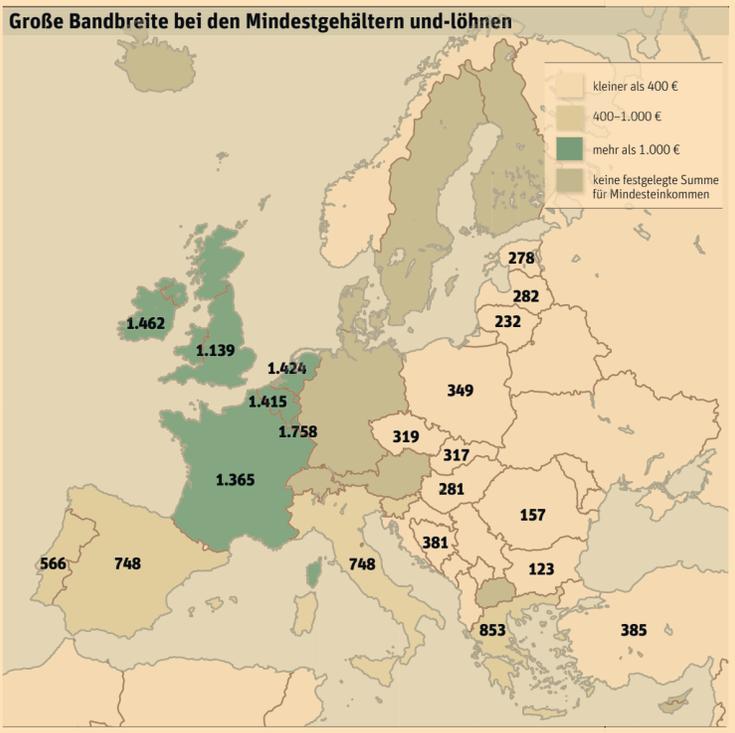
UNGARN
XXXX – als relativ kleine Land hat schon jetzt eine hohe Rate von Arbeitsmigration. Als die Slowakei zur EU kam lag die Arbeitslosenrate bei hohen 17,6 Prozent; Löhne und Gehälter waren 23,2 Prozent niedriger als der Schnitt der damals neuen EU-Mitglieder. Seither dürften an die 66.000 Personen das Land verlassen haben; die Emigrationswelle kostete die Slowakei 0,22 Prozent des BIP.

NIEDERLANDE
XXXX – als relativ kleine Land hat schon jetzt eine hohe Rate von Arbeitsmigration. Als die Slowakei zur EU kam lag die Arbeitslosenrate bei hohen 17,6 Prozent; Löhne und Gehälter waren 23,2 Prozent niedriger als der Schnitt der damals neuen EU-Mitglieder. Seither dürften an die 66.000 Personen das Land verlassen haben; die Emigrationswelle kostete die Slowakei 0,22 Prozent des BIP.

DEUTSCHLAND
XXX – Polen gehört zu den Ländern mit der höchsten Arbeitsmigration, was auf die hohe Arbeitslosenrate von knapp 20 Prozent im Jahr nach der Erweiterung zurückgeführt wird. 1,3 Millionen Polen arbeiten bereits außerhalb ihrer Heimat. Erwartet wird, dass diese Zahl auf zwei Millionen, im Höchstfall sagen die Statistiker sogar auf 3,2 Millionen Menschen ansteigen wird. Die Hauptzielländer für Polen sind Deutschland und Großbritannien. Laut den Statistikern hat der "Braindrain" junger, arbeitswilliger Polen das Land 0,92 Prozent des BIPs gekostet; allerdings stiegen dadurch die Einkommen (um 0,32 Prozent); die Arbeitslosenrate wurde entlastet.

GROSSBRITANNIEN
XXX – Polen gehört zu den Ländern mit der höchsten Arbeitsmigration, was auf die hohe Arbeitslosenrate von knapp 20 Prozent im Jahr nach der Erweiterung zurückgeführt wird. 1,3 Millionen Polen arbeiten bereits außerhalb ihrer Heimat. Erwartet wird, dass diese Zahl auf zwei Millionen, im Höchstfall sagen die Statistiker sogar auf 3,2 Millionen Menschen ansteigen wird. Die Hauptzielländer für Polen sind Deutschland und Großbritannien. Laut den Statistikern hat der "Braindrain" junger, arbeitswilliger Polen das Land 0,92 Prozent des BIPs gekostet; allerdings stiegen dadurch die Einkommen (um 0,32 Prozent); die Arbeitslosenrate wurde entlastet.

ÖSTERREICH
XXXX – als relativ kleine Land hat schon jetzt eine hohe Rate von Arbeitsmigration. Als die Slowakei zur EU kam lag die Arbeitslosenrate bei hohen 17,6 Prozent; Löhne und Gehälter waren 23,2 Prozent niedriger als der Schnitt der damals neuen EU-Mitglieder. Seither dürften an die 66.000 Personen das Land verlassen haben; die Emigrationswelle kostete die Slowakei 0,22 Prozent des BIP.

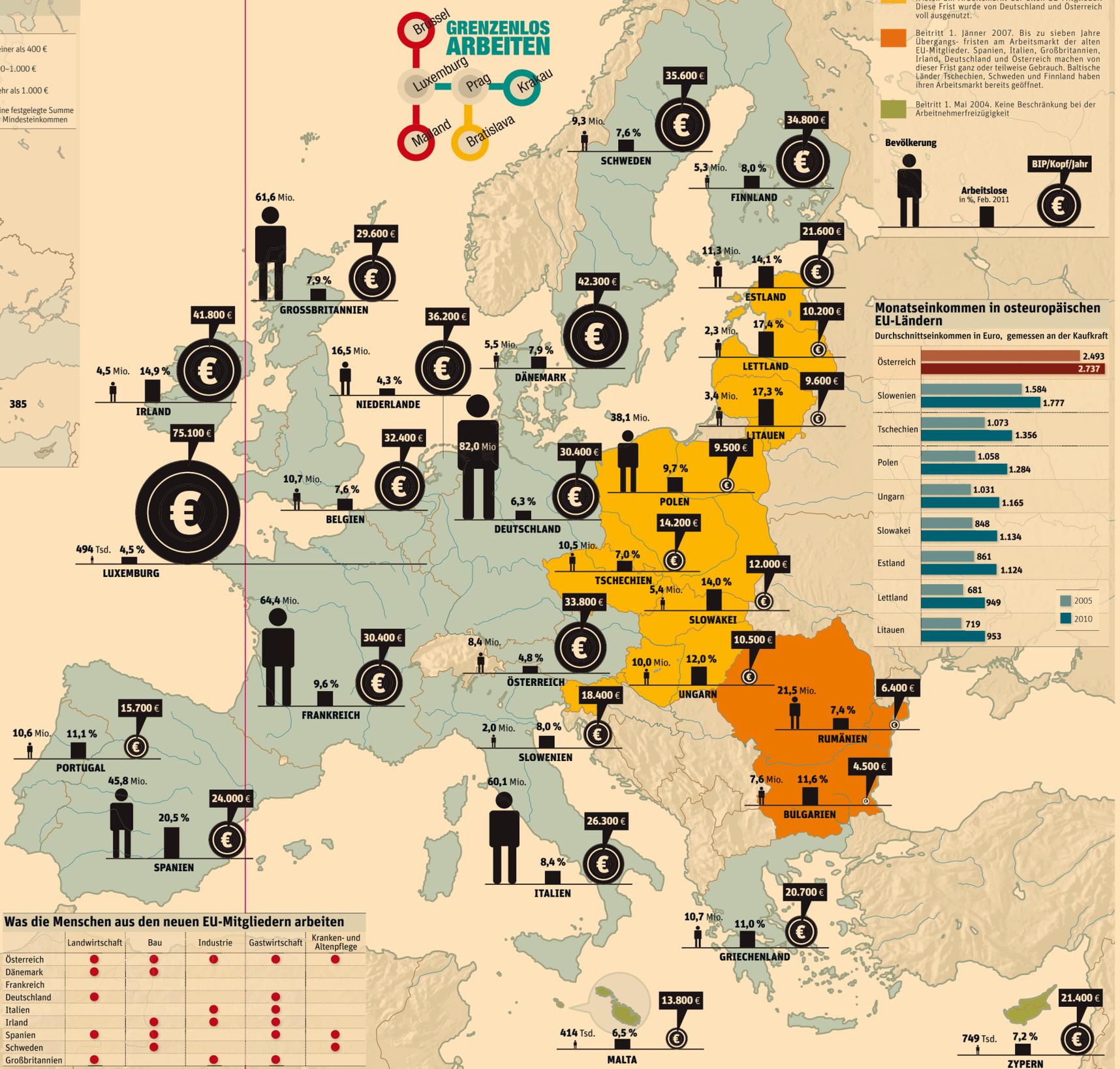


Ausländische Beschäftigte in Österreich

nach Herkunftsland

Beschäftigte Ausländer insgesamt	468.442
EUROPA	424.693
EU-STAAATEN [bis 1995]	107.335
Deutschland	84.553
Italien	8.195
Großbritannien	3.014
Niederlande	2.542
Frankreich	2.360
Spanien	1.354
Griechenland	1.344
Schweden	1.034
Portugal	901
Belgien	630
Dänemark	401
Irland	391
Finnland	397
Luxemburg	210
NEUE EU-STAATEN [ab 2004 bzw. 2007]	95.799
Ungarn	28.219
Rumänien	18.651
Polen	18.060
Slowakei	11.203
Slowenien	6.461
Tschechien	5.927
Bulgarien	3.516
Ex-Tschechoslowakei	3.116
Litauen	265
Lettland	224
Estland	78
Zypern	59
Malta	20
Ex-Jugoslawien	84.239
Türkei	55.549
Bosnien-Herzegowina	33.434
Kroatien	16.738
Serbien Montenegro	8.103
Serbien	6.421
Mazedonien	4.509
Russland	4.006
Schweiz	2.276
Ukraine	1.978
Albanien	844
Montenegro	74
Sonstige Europäer	3.379
ASIEN	21.807
AFRIKA	6.968
AMERIKA	5.628
AUSTRALIEN UND OZEANIEN	411
Staatsbürgerschaft unbekannt	8.917

Österreich praktizierte in den letzten Jahren eine so genannte „Selektive Öffnung“. Das heisst, der Arbeitsmarkt wurde für bestimmte Berufsgruppen zugänglich gemacht.



Was die Menschen aus den neuen EU-Mitgliedern arbeiten

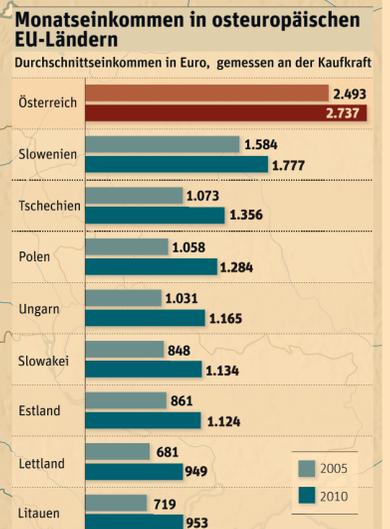
	Landwirtschaft	Bau	Industrie	Gastwirtschaft	Kranken- und Altenpflege
Österreich	•				
Dänemark	•				
Frankreich	•				
Deutschland	•				
Italien				•	
Irland				•	
Spanien				•	
Schweden				•	
Großbritannien				•	

In den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein Grundrecht. Staatsangehörige eines EWR-Landes können in einem anderen EWR-Land zu denselben Bedingungen wie die Bürger des jeweiligen Staates arbeiten.

Beitritt 1. Mai 2004. Bis zu sieben Jahre Übergangsfristen am Arbeitsmarkt der alten EU-Mitglieder. Diese Frist wurde von Deutschland und Österreich voll ausgenutzt.

Beitritt 1. Januar 2007. Bis zu sieben Jahre Übergangsfristen am Arbeitsmarkt der alten EU-Mitglieder. Spanien, Italien, Großbritannien, Irland, Deutschland und Österreich machen von dieser Frist ganz oder teilweise Gebrauch. Baltische Länder Tschechien, Schweden und Finnland haben ihren Arbeitsmarkt bereits geöffnet.

Beitritt 1. Mai 2004. Keine Beschränkung bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit



Weißrusslands Diktator lässt aufräumen

In Weißrussland verschärft sich die Wirtschaftskrise.

Konsumgüter werden knapp. Vor diesem Hintergrund geht der diktatorisch regierende Präsident Alexander Lukaschenko immer härter gegen die Opposition vor.

Josef Kirchengast

Minsk/Moskau/Wien – Babynahrung, Windeln, Hygieneartikel und Reinigungsmittel seien bereits Mangelware in Weißrussland, die Importeure hätten keine Devisen mehr, berichtete am Freitag die russische Agentur Ria Nowosti. Aber auch bei heimischen Konsumartikeln sei die Lage instabil, die Preise änderten sich täglich. Viele Geschäfte hätten tageweise geschlossen.



Misshandelt und angeklagt: Andrej Sannikow. Foto: dapid

Die Wirtschaftskrise hat sich weiter verschärft. Vor diesem Hintergrund geht der diktatorisch regierende Präsident Alexander Lukaschenko noch härter gegen die Opposition vor. Am Mittwoch begann mit dem Prozess gegen Andrej Sannikow eine Serie von Verfahren gegen ehemalige Präsidentschaftskandidaten wegen angeblichen Aufrufs zu gewaltsamen Protesten nach der umstrittenen Wiederwahl Lukaschenkos am 19. Dezember.

Sannikow erhielt im Jahr 2005 den Bruno-Kreisky-Menschenrechtspreis. Was er damals in einem STANDARD-Interview in Wien sagte, klingt heute wie bittere Ironie: „Vergessen wir unsere Ängste und begreifen wir, dass wir eine bessere Zukunft haben können.“ Später gründete Sannikow die Oppositionswebsite Charter 97.

Nach seiner Festnahme wurde Sannikow von Sicherheitsbeamten schwer misshandelt. Noch schlimmer erging es dem Präsi-

denchaftskandidaten Wladimir Neklajew, der brutal zusammengeschlagen wurde. Er leidet noch immer an den Folgen.

Sannikows Aussagen vor Gericht lassen darauf schließen, dass die Umleitung der Oppositionskundgebung am 19. Dezember vor das Regierungsgebäude in Minsk und die Zerstörung der Eingangstür und von Fensterscheiben von der Polizei provoziert wurde. Sannikow drohen bis zu 15 Jahre Haft.

Am Tag des Prozessbeginns verfügten die Behörden die Schließung von zwei Oppositionszeitungen. Die Blätter hatten zuletzt über die vielen Widersprüche bei der Aufklärung des Bombenanschlags in der Minsker Metro am 11. April (14 Tote) berichtet. Gegen drei Inhaftierte, die angeblich gestanden haben, wurde am Freitag Anklage erhoben. Sie hätten das Land destabilisieren wollen, heißt es in der Anklageschrift. Die Hintergründe sind völlig unklar. Nicht nur in Oppositionskreisen zirkulieren Spekulationen über gezielten Staatsterror zur Einschüchterung der Bevölkerung.



„Das sind Immigranten, die mit neuer Begeisterung arbeiten.“ So kommentiert Erich Lessing Robert Capas Bild von 1950 aus der Nähe des Lagers von Shaar Aliya in Israel, wo Einwanderer versuchen, dem trockenen Boden nahe dem Roten Meer eine Ernte abzurufen.

Foto: Magnum / Robert Capa

Russische Nationalisten des Mordes schuldig

Rechtsradikales Paar erschoss laut Urteil Menschenrechtsanwalt und Journalistin

Moskau/Wien – Zwei russische Nationalisten sind des Mordes an dem Menschenrechtsanwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa für

schuld befunden worden. Der 34-jährige Anwalt und die 25-jährige Mitarbeiterin der Oppositionszeitung *Nowaja Gaseta* waren 2009 am helllichten Tag mitten auf ei-

ner belebten Straße im Zentrum Moskaus erschossen worden.

Obwohl die Angeklagten, der 30-jährige Nikita Tichonow und die 26-jährige Jewgenija Chassis, abtritten, etwas mit dem Mord zu tun gehabt haben, war die Beweislage erdrückend. Zwei Augenzeugen erkannten Tichonow. Die Tatwaffe, eine Browning 1910, wurde in der Wohnung des Nationalisten gefunden.

Die Geschworenen befanden das Paar knapp mit sieben zu fünf Stimmen schuldig. Die beiden Angeklagten versuchten sich im dreieinhalb Monate dauernden Prozess als patriotische Märtyrer darzustellen und verübten vor dem Schuldpruch einen Selbstmordversuch. Das Strafmaß soll am 5. Mai verkündet werden. Als Höchststrafe droht lebenslange Haft.

„Ich bin kein Unschuldslamm. Ich habe Waffen verkauft und Dokumente gefälscht, aber ich habe Markelow und Baburowa nicht getötet“, sagte Tichonow vor der Urteilsverkündung. Tichonow, Mitbegründer der rechten Zeitschrift *Russki Obras*, war zum Tatzeitpunkt arbeitslos und handelt daher mit Waffen. Seine Freundin Chassis, Aktivistin der nationalistischen Menschenrechtsorganisation „Russki Werdikt“, machte den Geheimdienst für die Morde verantwortlich.

Laut der russischen Menschenrechtsorganisation Sowa hat sich die rechtsradikale Szene in Russland in jüngster Zeit verändert. Die Nationalisten versuchen, sich ein neues Image als demokratische Oppositionsbewegungen zu geben. Viele Rechtsradikale engagieren sich als Menschenrechtsaktivisten und in Sozialprojekten.

Die Ermittlungen ergaben, dass Markelow wegen seiner antifaschistischen Aktivitäten ermordet wurde. Baburowa war eigentlich nicht das Ziel. Tichonow habe auf die junge Journalistin nur geschossen, weil sie ihm nach dem Schuss auf Markelow nachgelaufen war. (ved)



Schuldig: Nikita Tichonow und Jewgenija Chassis (li.). Anastasija Baburowa war eines ihrer Opfer.

Fotos: EPA, AP

„Putzfrau ist nicht mein Traumjob“

Putzen in Wien: Edyta aus Polen arbeitet nach vier Jahren noch immer illegal

Nie im Leben wollte sie Putzfrau werden, sagt Edyta. In Polen hat sie eine Landwirtschaftsschule absolviert und vom eigenen Betrieb geträumt. Ihr Mann und sie haben sechs Hektar Land, bauen Weizen, Gerste und Raps an, doch von sechs Hektar kann man nicht leben. Seit Polen in der EU ist, kassieren sie EU-Förderung, umgerechnet 900 Euro pro Jahr. Das macht die Sache nicht viel besser. „Wir sind arm. Nur weil wir ein bisschen Land besitzen, bekommt meine Tochter kein Stipendium.“

Vor vier Jahren hatte ihre Cousine eine Idee: Putzen in Wien. „Wir haben einen gemeinsamen Kundenstock aufgebaut, und wir wechseln uns im Monatsrhythmus ab.“ So konnte jede auch Zeit mit der Familie verbringen. Seither wohnen Edyta und Beata in einer polnischen Putzfrauen-WG im dritten Bezirk. Aus der Wohnge-

meinschaft sind in der Zwischenzeit Freundschaften entstanden. Am Anfang reichte das Geld kaum aus, auch nicht für eine Monatskarte für die U-Bahn. „Eine Kundin hat uns ein Fahrrad geschenkt. Wir sind das ganze Jahr über durch die Stadt geradelt. Am Ende eines Arbeitstages ist das hart.“

Mittlerweile benutzt sie die öffentlichen Verkehrsmittel ganz legal. Arbeiten muss sie immer noch schwarz: „Bis heute hat mich niemand geringfügig angestellt.“ Natürlich wäre das großartig, sagt sie, aber die bürokratischen Hürden zwischen Polen und Österreich waren bisher mühsam. Die zweite Barriere ist die Sprache. Edyta ist 40, spricht polnisch und russisch. „Englisch oder Deutsch zu lernen war zu meiner Zeit nicht üblich. Früher war es sogar verboten.“

Der 1. Mai 2011 wird die Situation erleichtern. „Ich bin froh,

dass die Arbeitsgrenzen gelockert werden“, sagt Edyta. „Gleichzeitig stelle ich damit neue Ansprüche an mich und strebe jetzt einen legalen Job an.“ Ihr erster Schritt dahin: ein Deutschkurs an der Volkshochschule. „Nächste Woche geht es los, zweimal die Woche um 20 Uhr, das sollte sich ausgehen.“

Für Polen selbst, meint die ausgebildete Landwirtin, werde sich die Situation in den nächsten Jahren erst einmal verschlechtern. „Die jungen Leute haben keinen Job, sie stehen Schlange, um endlich auszureisen und einen anständigen Beruf in der EU zu ergreifen. Viele wertvolle Arbeitskräfte werden verloren gehen.“ Und sie selbst? „Putzfrau ist nicht mein Traumjob.“ Sobald sich die wirtschaftliche Lage erholt hat, möchte sie zurück nach Polen, um auf dem Feld zu arbeiten: „Das ist mein Leben.“ Wojciech Czaja

KURZ GEMELDET

Hamas an Fatah: Israels Anerkennung widerrufen

Gaza/Kairo – Hamas-Führer Ismail Haniyeh hat am Freitag in Gaza vor Journalisten die palästinensische Führung in Ramallah aufgerufen, die Anerkennung Israels zu widerrufen. Die von Ägypten vermittelte Versöhnung zwischen der Hamas und der Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas soll am Mittwoch in Kairo besiegelt werden. Ägypten will die Grenze zum Gazastreifen dauerhaft öffnen. (AFP, dpa)

50 Prozent der Israelis für Palästinenser-Staat

Jerusalem – Laut einer neuen Umfrage sind 50 Prozent der Israelis dafür, dass Israel einen unabhängigen Palästinenserstaat anerkennt, wenn bestehende Siedlungsblöcke im Westjordanland israelisch bleiben. 41 Prozent fordern, dass Israel sich mit ganzer Kraft einer palästinensischen Staatsgründung widersetzt. (AFP)

Schlag gegen Extremisten im Nordkaukasus

Moskau – Bei einer Sonderoperation im Nordkaukasus sind innerhalb von zwei Tagen 16 islamische Extremisten getötet worden. Unter den Toten soll der russische Nachrichtenagentur Ria Nowosti zufolge auch der 40-jährige Asker Dschappujew sein, einer der Anführer der Separatisten in der russischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien. (red)

GANZ KURZ

+++ **Festgenommen** In Deutschland wurden laut ZDF drei mutmaßliche Al-Kaida-Mitglieder festgenommen, bevor sie mit dem Bau einer Bombe beginnen konnten. +++ **Freigelassen** China hat am Freitag nach einer US-Forderung den prominenten Menschenrechtsanwalt Teng Biao freigelassen. +++ **Freigesprochen** Charles Pasqua, französischer Ex-Innenminister, wurde in einem Beru-

Ein kleines Land, von Ausländern reich gemacht

Mit einer radikalen Öffnung seines Arbeitsmarktes, Anreizen für Finanzindustrie und Dienstleister, hat Luxemburg auf die Krise der Stahlindustrie reagiert. Seit 1980 ist das Land stark gewachsen, dank Zuwanderung.

Thomas Mayer

Luxemburg – Es ist eine großartige Stadt: vielfältig, kreativ, teuer, aber reich, wenn auch mit großen sozialen Unterschieden, ein Anziehungspunkt für Auswanderer, Glücks- und Arbeitssuchende aus praktisch allen Ländern der Welt. So kennt man New York. Dort gibt es fast so viele Nichtamerikaner wie Menschen, die in den USA geboren sind. Das macht die Stadt einzigartig. Sie hat die größte Börse der Welt, eine riesige Finanzindustrie und die Uno.

In Europa gibt es keine vergleichbare Stadt. London vielleicht. Paris pulsiert, aber der Ausländeranteil liegt bei gerade 15 Prozent. Nur eine europäische Stadt gibt es, die sich in ihrer Dynamik, Offenheit für Neues und für Fremde in nur drei Jahrzehnten ähnlich rasant verändert hat: Luxemburg.

Die Hauptstadt des gleichnamigen Großherzogtums mit 502.000 Einwohnern (vor dreißig Jahren waren es 350.000) wirkt auf den ersten Blick geradezu putzig, in der Nacht ruhig wie ein Kurort. „D’Stadt“, wie die Einheimischen sagen, hat praktisch keine Hochhäuser. Die gibt es nur auf dem Kirchberg hoch über der Altstadt, wo wichtige EU-Institutionen wie der Europäische Gerichtshof oder der EU-Rechnungshof sind, wo sich Banken und Finanzdienstleister in großer Zahl niedergelassen haben.

8000 Menschen arbeiten in den EU-Institutionen.

Taucht man aber tagsüber ins Alltagsleben der Hauptstadt ein, tut sich ein kosmopolitisches Gewühl auf, das an ein kleines Manhattan erinnert. Es hat Luxemburg zum relativ wohlhabendsten Mitglied der Europäischen Union gemacht, mit Abstand.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts. Der gesetzliche Mindestlohn für Angestellte über 18 beträgt beachtliche 1720 Euro. Vor der Finanzkrise 2008 erwirtschaftete die Regierung in großer Regelmäßigkeit Budgetüberschüsse. Die Gesamtverschuldung des Staates liegt mit nur 15 Prozent des BIPs weit unter jener anderer EU-Staaten (Österreich: 80 Prozent).

Wie wurde das möglich in einem Zwergstaat, eingeklemmt zwischen Belgien, Deutschland und Frankreich? Wie hat Luxemburg, das nach dem Krieg wie die angrenzenden Regionen auch einen Großteil seines Reichtums der Eisen- und Stahlindustrie verdankte, den Umschwung geschafft, während die angrenzenden Saarland, Wallonie und Nord-Lothringen in die Krise schlitterten?

Indem man voll auf Öffnung nach außen setzte, auf die europäische Karte statt auf die nationale, erklärt ein Mitarbeiter der Regierung. Und auf Steuererleichterungen für eine boomende Fi-



Typisch Luxemburg: Mit einem Durchschnittsalter von 38 Jahren ist die Bevölkerung im EU-Vergleich relativ jung. Zugewanderte Portugiesen stellen fast 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Foto: Paulo Lobo

nanzindustrie. 93.000 Einwohner hat Luxemburg Stadt, aber nur etwas mehr als ein Drittel sind „echte“ Luxemburger. Der Ausländeranteil von Menschen aus 153 Nationen beträgt in der Hauptstadt rund 64 Prozent, so viel wie nirgendwo in Europa. Im ganzen Land liegt er immerhin noch bei 44 Prozent.

Dazu kommen, für die Wertschöpfung entscheidend, etwa 140.000 Einpendler aus den nur wenige dutzend Kilometer entfernten Nachbarländern, die täglich zur Arbeit nach Luxemburg fahren. Sie besetzen fast die Hälfte aller Arbeitsplätze. Ihr Hauptproblem ist – wenig überraschend – nicht Fremdenfeindlichkeit, die

es in dem dreisprachigen Land (Deutsch, Französisch und Luxemburgisch sind Amtssprachen) kaum gibt, sondern der tägliche Megastau auf den Zufahrtswegen.

Luxemburg war einer der Antriebe der offenen Grenzen in Europa. Das EU-Abkommen dazu trägt den Namen des Dorfes Schengen an der Grenze zu Frankreich, wo es unterzeichnet wurde.

Ähnlich verhielt sich die Regierung, traditionell großkoalitionär und auf sozialen Ausgleich bedacht, beim Zugang zum Arbeitsmarkt: Sie setzt große Summen für Bildung und Ausbildung ein. Bedenken wie derzeit in Österreich gegenüber den osteuropäischen Arbeitnehmern spielten in der

jüngeren Geschichte selten eine Rolle. Als Portugal und Spanien 1986 der EU beitraten, verzichtete man auf jegliche Restriktionen.

So kam es, dass die größte Gruppe von Ausländern Portugiesen sind, mit einem Bevölkerungsanteil von 15 Prozent, dann kommen Franzosen, Italiener, Belgier. Die Portugiesen lösten die Welle der Italiener ab, die nach dem Krieg dominierten, wie Antonio Correa Marques erzählt. Er betreibt das Restaurant „Chez Bacano“. Dort werden seit 35 Jahren die wohl besten gegrillten Garnelen mit Knoblauch von Mitteleuropa aufgetischt. Das einfache Lokal ist jeden Tag gerammelt voll – hörbar mit Gästen aus aller Welt.



De Maizière beschwört das transatlantische Verhältnis in den USA

Washington – Der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat bei seinem ersten Besuch in den USA in seinem neuen Amt die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft beschworen. „Wir sind die wichtigsten Partner füreinander – oder zumindest sollten wir es sein“, sagte de Maizière am Donnerstag (Ortszeit) bei einer Veranstaltung des American Jewish Committee in Washington. Beide Seiten müssten so handeln, dass diese enge Beziehung auch künftig erhalten bleibe, und dürften sie nicht einfach als gegeben hinnehmen.

Die Europäer dürften keinen intellektuellen und arroganten Anti-Amerikanismus kultivieren, mahnte de Maizière. „Und die amerikanische Seite sollte bedenken, dass Europa auf lange Sicht ihr stabilster und berechenbarster Partner bleibt – obwohl es manchmal ein bisschen langsam ist und mit Differenzen kämpft.“

Zuletzt hatte es zwischen den USA und Deutschland Unstimmigkeiten über den Umgang mit dem Libyen-Konflikt gegeben. Als einziger westlicher Staat enthielt sich Deutschland bei der Abstimmung über den Militäreinsatz im UN-Sicherheitsrat und zog sich damit den Ärger der Verbündeten zu. Die Deutschen wüssten, dass sie den USA ihre Freiheit, die Demokratie und den Rechtsstaat dankten, sagte de Maizière. „Es ist uns sehr wohl bewusst, dass die Freiheit geschützt und falls nötig vielleicht sogar verteidigt werden muss, falls sie bedroht ist.“ (red)

„Es sieht aus wie nach einem Bombenabwurf“

Die Zahl der Toten nach der Tornadoserie in den USA stieg am Freitag auf über 300

Frank Herrmann aus Washington

Robbie Thomas saß draußen, mit ihrer Mutter, ihrer Tochter, einer Nichte und einem Neffen. Als die dunkle Tornadosäule so nah kam, dass sie mit dem Schlimmsten rechnen mussten, rannten sie ins Haus, um Schutz zu suchen. Alle bis auf Justin, den Neffen. Offenbar versuchte der Teenager noch, einen Jeep so zu parken, dass er nicht von umstürzenden Strommasten verbeult werden konnte. „Komm rein, komm rein“, riefen wir“, erzählte Robbie der Zeitung *Tuscaloosa News*. „Dann schlug der Wind die Tür zu. Es war das letzte Mal, dass wir ihn sahen.“ Seither suchen sie am Rosedale Court nach Justin Thomas.

Die schlichten Häuserzeilen, in denen sozial schwache Familien in subventionierten Mietwohnungen leben, wurden am Mittwoch buchstäblich ausradiert. Luftbilder zeigen eine Anlage, die aussieht, als hätte ein Bulldozer sie plattgewalzt. Die Behörden fürchten, unter den Trümmern noch weitere Tote zu finden. Der Rosedale Court liegt mitten in der Schneise der Zerstörung, die der Windwirbel quer durch die Stadt Tuscaloosa schlug: elf Kilometer lang und bis zu anderthalb Kilometer breit.

In sechs Bundesstaaten im Süden der USA kamen nach Angaben vom Freitag insgesamt 313 Menschen ums Leben, 210 in Alabama. Es ist die verheerendste Tornadoserie seit 1974. In Birmingham, bekannt für seine

Stahlschmelzen, beklagte Bürgermeister William Bell den Verlust ganzer Straßenzüge. „Sie sind einfach weg. Die Kirchen? Verschwunden. Die Läden? Verschwunden. Es sieht aus wie nach einem Bombenabwurf.“ Im AKW Browns Ferry, im Norden Alabamas, wurden am Mittwochmittag die drei Reaktoren abgeschaltet, nachdem der Sturm Stromleitungen beschädigt hatte. Der Strom für die Kühlung wird nun von Dieselgeneratoren erzeugt. Das Notfallsystem habe funktioniert, so der Betreiber.

Präsident Barack Obama reiste am Freitag in die Unglücksregion und versprach schnelle Hilfe beim Wiederaufbau. „Wir haben keine Kontrolle darüber, wann und wo so ein schrecklicher Sturm zuschlägt. Aber wir haben es in der

Hand, wie wir darauf reagieren.“ Meteorologen des amerikanischen Wetterdiensts erklären die Katastrophe mit der Großwetterlage. Eine Kaltfront arktischen Ursprungs, tief nach Süden gedrückt, kollidierte über Mississippi, Alabama, Georgia und Tennessee mit warmen, feuchten Luftmassen am Golf von Mexiko. Kombiniert mit einer starken Luftströmung in den höheren Schichten der Atmosphäre, so der National Weather Service, führte dies zu heftigen Gewittern, die wiederum vielerorts sogenannte Twister auslösten.

In Amerika vergeht kein Frühjahr, in dem eine solche Konstellation nicht zu Tornados führt. Diesen April wurden aber 800 Tornados, viermal mehr als im Durchschnitt, registriert.



Eine amerikanische Fahne hängt zwischen Trümmern in Concord, im besonders stark zerstörten Bundesstaat Alabama. Foto: ddpd/Ryrd

Wikileaks-Informant Manning: Bessere Haftbedingungen

Fort Leavenworth – Der US-Soldat Bradley Manning, der im Zusammenhang mit den Wikileaks-Enthüllungen des Geheimnisverrats verdächtigt wird, erhält bessere Haftbedingungen. Von Freitag an konnte Manning mit seinen Mitgefangenen sprechen und Besucher empfangen, sagte die Leiterin des Militärgefängnisses Fort Leavenworth, Dawn Hilton. Seit Juli war der 23-Jährige im Militärgefängnis Quantico in Einzelhaft.

Manning war vergangene Woche in die kürzlich eröffnete Haftanstalt von Fort Leavenworth im US-Bundesstaat Kansas verlegt worden. Dort steht er fortan unter „mittleren Haftbedingungen“. Nach Angaben des Pentagon bedeutet dies, dass er Besucher empfangen und Kontakt zu anderen Häftlingen haben darf. Zudem habe er Anrecht auf täglich drei Stunden Ausgang. Seine Zelle von acht Quadratmetern habe auch ein Fenster nach außen, erklärte die Gefängnisleitung.

Keine Journalisten

In Fort Leavenworth ist Manning zunächst in einer Einzelzelle untergebracht. Wenn er nicht gegen die Gefängnisordnung verstößt, werde er in eine Einheit mit vier Zellen, einem gemeinsamen Wohnbereich, zwei Duschen und einem Fernseher verlegt, sagte Hilton. Er dürfe bis zu fünf Besucher empfangen. Es gebe kaum Einschränkungen bei der Wahl der zulässigen Besucher. Journalisten seien jedoch weiter verboten. (red)

PANORAMA

Vorerst kein Scannen von Flüssigkeiten am Airport

Brüssel/Wien – Die EU hat ihren Mitgliedsstaaten empfohlen, bis auf weiteres an dem Verbot von Flüssigkeiten im Handgepäck festzuhalten. Damit wird auch der neue Flüssigkeitsscanner am Flughafen Wien-Schwechat vorerst nicht eingesetzt. Mit diesem Scanner, der ab Freitag zum Einsatz hätte kommen sollen, hätten Transferpassagiere nicht mehr damit rechnen müssen, die im Duty-free-Bereich eines anderen Airports gekauften Flüssigkeiten wieder abgeben zu müssen. (APA)

Grab von Papst Johannes Paul II. geöffnet

Rom – Das Grab von Papst Johannes Paul II. in den Grotten des Petersdoms wurde Freitag geöffnet und der Sarg herausgenommen. Bis zur Seligsprechungsmesse am Sonntagmorgen bleibe er in unmittelbarer Nähe des Petrusgrabs in der Unterkirche von St. Peter ausgestellt, teilte der Vatikan mit. Dann wird er zur Verehrung durch die Gläubigen in die Basilika gebracht, bevor er voraussichtlich kommenden Montagabend seinen endgültigen Platz im Altar der San-Sebastiano-Kapelle des Petersdoms finden wird. (red)

Nach Satellitenabstürzen: Raumfahrt-Chef gefeuert

Moskau – Nach einer Pannenserie in der russischen Raumfahrt hat die Führung in Moskau Roskosmos-Chef Anatoli Perminow gefeuert. Neuer Leiter der russischen Raumfahrtbehörde ist der 53 Jahre alte Vize-Verteidigungsminister Wladimir Popowkin. Offiziell begründet wurde die Entlassung damit, dass Perminow mit 65 Jahren in Pension gehe. Allerdings wurde schon länger über seine Absetzung spekuliert. Denn die Komplettierung des immer wieder verzögerten russischen Navigationssystems Glonass nach dem Absturz von drei Satelliten war zuletzt nicht absehbar. (dpa)

Mindestens 43 Tote bei Fährunglück auf dem Nil

Kairo – Bei einem Fährunglück in Ägypten sind mindestens 43 Menschen ums Leben gekommen. Die Fähre sei auf dem Nil im Süden des Landes verunglückt, meldete die Nachrichtenagentur Mena. Das Schiff sei in der Provinz Bani Suwaif gekentert. (AFP)

Termiten schuld an Zugsunfall mit fünf Toten

Taipeh – Für ein Zugunglück mit fünf Toten in Taiwan waren Ermittlungen zufolge Termiten verantwortlich. Die Tiere hätten sich ins Holz eines 100 Jahre alten Baumes gefressen, der dadurch morsch geworden und am Mittwoch vor die herannahende Bahn gestürzt sei, erklärte ein Forstexperte. (sda)



LEUTE

■ Im Winter das Eis in den Schweinetrögen zertrümmern, damit rettete sie ihre Bikinifigur auch über den 40. Geburtstag, meint die 45-jährige Liz Hurley. Im Sommer mistet die britische Schauspielerinnen auf ihrem Bauernhof in England auch mal Ställe aus. Foto: APA

■ Um im Alter fit zu bleiben, ging Bon Jovi-Gitarrist Richie Sambora (51) in eine Klinik. Offiziell wegen Erschöpfung, inoffiziell wegen Alkoholproblemen. (red)



Arbeiter aus dem amerikanischen Süden bei der Erbsenernte auf den Feldern von Farmer Davis, der den Traktor steuert. Eve Arnold fotografierte sie 1958 auf Long Island.

Foto: Magnum / Eve Arnold

„Kein Massenansturm auf Deutschland“

Auch Deutschland öffnet am 1. Mai den Arbeitsmarkt. Einen Massenansturm aus dem Osten erwartet Migrationsexperte und Ökonom Klaus Zimmermann nicht. Die besten Kräfte seien ohnehin längst anderswo, erklärt er Birgit Baumann.



STANDARD: Auch in Deutschland gilt ab 1. Mai die neue Arbeitnehmerfreizügigkeit. Woran wird man dies merken?

Zimmermann: Am ehesten wird es Änderungen in jenen Bereichen geben, wo Deutschland Entlastung am Arbeitsmarkt braucht. Das betrifft vor allem den Pflege- und Gesundheitsbereich sowie die Bauwirtschaft. Aber es wird keinen Massenansturm auf Deutschland geben. Eher werden bereits bestehende Arbeitsverhältnisse legalisiert. Polinnen, die jetzt noch mit Drei-Monats-Visum in Deutschland sind, können dann dauerhaft bleiben. Das gleiche gilt für den Baubereich.

STANDARD: Warum erwarten Sie keinen Massenansturm?

Zimmermann: Die Öffnung am 1. Mai ist keine einmalige Chance, die man schnell nutzen muss. Sie gilt für immer. Gerade Arbeitskräfte in Polen, dem Hauptreserveland Deutschlands, können in Ruhe planen und zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Polen beobachten.

ten. In der Wissenschaft spricht man diesbezüglich vom Optionswert des Wartens.

STANDARD: Was ist mit den Akademikern, die Deutschland etwa im IT-Bereich dringend braucht?

Zimmermann: Ich rechne nicht damit, dass sich diese bei deutschen Firmen melden werden.

STANDARD: Warum nicht?

Zimmermann: Für Hochschulabsolventen hat Deutschland bereits vor zwei Jahren die Grenzen geöffnet. Aber die Besten waren zu diesem Zeitpunkt schon längst aus Polen weg und wollten auch gar nicht nach Deutschland.

STANDARD: Wo gingen sie hin?

Zimmermann: Die meisten gingen nach Großbritannien und Irland. Diese Länder hatten, wie auch Schweden, sofort nach der EU-Osterweiterung ihren Arbeitsmarkt völlig geöffnet. Vor allem in Großbritannien gab es einen massiven Anstieg. Ende 2004 lebten 150.000 Polen in England, 2007 waren es dann schon 690.000.

STANDARD: Konnten die genannten Länder wirtschaftlich profitieren?

Zimmermann: Dort, wo die Wirtschaft florierende, in Irland und Großbritannien, trugen sie erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Entlastung der Arbeitsmärkte bei. Dorthin wo die Konjunktur nicht so gut lief, nach Schweden, kamen sie nicht. Es gab dort nicht einmal die so gefürchtete Einwanderung in den Wohlfahrtsstaat.

STANDARD: Österreich und Deutschland haben also durch ihre jahrelange Abschottung die Besten verpasst?

Zimmermann: Das kann man so sehen. Die sind jetzt anderswo, und es wird Jahre dauern, bis man hier verlorenes Terrain gutmacht. Die beiden Länder sandten lange kein Signal aus, dass Arbeitskräfte aus dem Osten willkommen sind.

STANDARD: War es klug, sich abzuschotten?

Zimmermann: Sicher nicht. Die minder Qualifizierten kamen sowieso, die Fachkräfte verpasste man. Das gilt für Deutschland wie Österreich. Für Deutschland ist klar: Es ist auf Zuwanderung von Fachkräften angewiesen, wir bräuchten eigentlich mehr davon.

STANDARD: Ein paar neue Arbeitnehmer werden ja doch kommen nach dem 1. Mai. Gehen sie nach Westdeutschland oder bleiben sie in der Grenzregion?

Zimmermann: Die Erfahrung von 2004 spricht gegen die Grenzregionen. Nach der EU-Osterweiterung ließen sich die meisten Tschechen gleich in München nieder, wo es mehr Jobs gibt als in der tschechisch-deutsch-österreichischen Grenzregion. Auch jetzt wird das so sein. Allerdings rechnen wir damit, dass sowohl in Deutschland als auch in Österreich der Pendelverkehr steigen wird. Die Leute wohnen weiterhin in Polen, Ungarn oder Tschechien, pendeln aber täglich nach Deutschland oder Österreich.

STANDARD: Warum wollte Deutschland vor sieben Jahren den Arbeitsmarkt zunächst abschotten?

Zimmermann: Es war eine politische Entscheidung. Damals bereitete Rot-Grün unter Kanzler Gerhard Schröder jene einschneidenden Sozialreformen vor, die dann unter dem Namen „Hartz IV“ bekannt wurden. Man hatte Angst vor den Wählern. Einerseits Sozialleistungen zu kürzen, andererseits mehr Arbeitskräfte ins Land zu lassen, die bereit gewesen wären, auch gering bezahlte Jobs anzunehmen, schien nicht vermittelbar. Und in Österreich schürten zu dieser Zeit die Rechten massiven Ängste vor Zuwanderern.

STANDARD: Viele fürchten auch jetzt, dass Zuwanderer hauptsächlich am Sozialsystem in Österreich und Deutschland interessiert sind.

Zimmermann: Europaweite Untersuchungen zeigen, dass diese Ängste unbegründet sind. Menschen aus Beitrittsländern wandern nicht aus, um Sozialleistungen zu kassieren, sondern um zu arbeiten. Haben sie keine Arbeit, dann gehen sie woanders hin. Dass jemand den Sozialstaat ausbeuten will, ist die Ausnahme.

KLAUS ZIMMERMANN (58) ist Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Sein Schwerpunkt ist Arbeitsmigration. Foto: Reuters

900 Millionen Euro an positiven Effekten erwartet

Arbeitsmarktexperte erwartet in Österreich und Deutschland Joblegalisierungen

Johanna Ruzicka

Wien – Auf 900 Millionen Euro für die nächsten zehn Jahre schätzt Timo Baas die positiven Effekte für den österreichischen Arbeitsmarkt. Diese Effekte resultieren nicht nur aus einem Zuzug arbeitssuchender Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten im Osten, erläutert der deutsche Arbeitsmarktexperte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der deutschen Bundesagentur für Arbeit. Vor allem in der ersten Zeit nach dem 1. Mai würden diese Effekte auch aus einem Legalisierungsprozess zu er-

zielen sein. Viele osteuropäische Arbeiter, die zu Schwarzarbeit quasi gezwungen waren, hätten nun die Möglichkeit, in legale Arbeitsverhältnisse umzusatteln.

Baas versteht ja nicht ganz, weshalb Österreich nicht schon früher seine Grenzen für Arbeitnehmer aus acht neuen EU-Mitgliedsstaaten aufgemacht hat. Schließlich, meint er, sei die heimische „Absorptionsfähigkeit“ am Arbeitsmarkt hoch, höher als die Deutschlands. So aber wurden in beiden Ländern „eine Menge Umgehungsstatbestände“ am Arbeitsmarkt geschaffen, gefördert beispielsweise dadurch, weil die Nie-

derlassungsfreiheit innerhalb der EU ja bereits verwirklicht ist.

Baas erwartet, dass es aufgrund dieser Joblegalisierungen und eines weiteren Zuzugs in Österreich jährlich 18.000 Jobsuchende aus Osteuropa geben wird. Diese Zahl wird jährlich sinken und sich bis 2020 halbieren. Die unterschiedliche Inanspruchnahme der Übergangsfristen für den EU-Arbeitsmarkt habe dazu geführt, dass es zu einer starken Veränderung der Migrationsströme in der EU gekommen ist, so Baas in einer Studie zu dem Thema. Deutschland und Österreich seien keine Hauptzielländer für Migration mehr.

Vergessene steirische Slowenen CHRONIK Seite 18

Schneckenhafte Evolution WISSENSCHAFT Seite 24

derStandard.at/Inland



Starke Konkurrenz aus London für den Nationalrat: Die Debatte übers Fremdenrecht fand vor schütter besetzten Bänken statt. Foto: Cremer

Strapazen für das rote Rückgrat

Die Kritik am „Unrechtspaket“ blieb fruchtlos: Die Koalitionsmandatare beschlossen das neue Fremdenrecht – mit einer Ausnahme. Die SPÖ-Abgeordnete Sonja Ablinger verweigerte ihre Stimme. Sie blieb die Einzige.

Gerald John

Wien – Der „Star“ des Nachmittags kam nicht zu Wort. Aus Protest gegen die Härten des neuen Fremdenrechtspakets (siehe Wissen) verließ die SPÖ-Abgeordnete Sonja Ablinger bei der Abstimmung demonstrativ den Sitzungssaal – ein in den Klubs der Regierungsparteien seltener Akt der Dissidenz. Einen Platz auf der Rednerliste gab es aber nicht. Offiziell, weil Ablinger kein Vollmitglied des zuständigen Ausschusses ist.

Das Sammelsurium an neuen Fremdengesetzen, das die Koalition am Freitag beschlossen hat, ist nicht nur in der SPÖ, wo die österreichische Landespartei in einem offenen Brief ihren Unmut bekundete, umstritten. Auch die Opposition findet an den geplanten Maßnahmen nichts Gutes – aus höchst gegensätzlichen Motiven.

„Des hamma net notwendig“

Während FPÖ-Erstredner Walter Rosenkranz seine Kritik im Wesentlichen auf die Rot-Weiß-Rot-Card und einen Satz – „sie eröffnet der Zuwanderung ins Sozialsystem Tür und Tor“ – fokussiert, hebt die Grüne Alev Korun zu einer langen Anklage gegen das „Unrechtspaket“ an. „Recht muss Recht bleiben“ gelte offenbar nicht für diverse Politgünstlinge, kritisiert die Abgeordnete, „bei Schutzsuchenden aber lässt die Regierung die Muskeln spielen“.

Korun meint damit nicht nur die Anwesenheitspflicht für Asylwerber während der ersten Tage ihres Verfahrens, die sie als „Lagerhaft“ qualifiziert. Sie meint auch, dass „Kinder, Jugendliche, Säuglinge“ laut Novelle nach wie vor in Schubhaft landen könnten: „Das wird weiter passieren.“ Einen Verbündeten sucht die Grüne auf der Regierungsbank. Jetzt sei für Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz „der richtige Zeitpunkt aufzustehen und zu sagen: ‚Nicht mit mir! Spuckt mir am Anfang nicht so in die Suppe!‘“

Die Antwort übernimmt aber Otto Pendl. Wiewohl in Krawatte und Anzug angetreten, trägt der SPÖ-Abgeordnete seinen Konter

hemdsärmelig vor: „Des hamma alles net notwendig, dass wir uns da hinstellen und Worte wie Lagerhaft in den Mund nehmen.“ Wer die Hilfe der Republik suche, dem könne zugemutet werden, „im eigenen Interesse fünf Tage den Behörden zur Verfügung stehen“, argumentiert Pendl.

Dass Minderjährige in Schubhaft landen könnten, bestreitet er:

„Es gibt keine Kinder in Gefängnissen.“ Genau das zweifelt aber Pendls Parteifreundin Ablinger im Gespräch mit dem STANDARD an: „Wenn man dies ausschließen will, hätte man es klar ins Gesetz schreiben können.“ Weiters gehen der Oberösterreicherin die Anwesenheitspflicht und die angedrohten Sanktionen für Zuwanderer, die beim Deutschlernen scheitern, gegen den Strich. Ablinger votierte letztlich auch für den Antrag der Grünen, das entsprechende Gesetz zurück in den Ausschuss zu schicken.

Von Peter Westenthaler erntet die SPÖ dafür Häme. Wer sich bei

Abstimmungen verziehe, habe auch kein kräftigeres Rückgrat als ein Gartenschlauch, ätzt der BZÖ-Mandatar. Und zur Zustimmung der restlichen Sozialdemokraten: Mittlerweile seien alle zwölf Punkte des freiheitlichen Ausländervolksbegehrens aus den Neunzigern umgesetzt – obwohl man dagegen seinerzeit ein „Lichtermeer“ organisiert hatte.

Kommentar Seite 48

Reportage: Johanna Mikl-Leitner, die Controllerin aus dem Hofstaat Pröllistan. Auf Spurensuche in Niederösterreich derStandard.at/ÖVP

Rot-weiß-rote Zuwanderung mit Lücken

Fachkräfte aus Drittstaaten dürfen erst ab Mai 2012 wieder kommen – Hochqualifizierte ab Juli 2011

Günther Oswald

Wien – In Schatten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht neue EU-Länder wurde auch das Zuwanderungssystem für Nicht-EU-Bürger bzw. Rumänen und Bulgaren geändert. Damit klar ist, dass man Integration wünscht, werden ab 1. Juli „Rot-Weiß-Rot“-Karten ausgegeben. Was bisher wenig aufgefallen ist: Für bestimmte Facharbeiter wird Zuwanderung vorübergehend ausgeschlossen.

Um an eine Karte zu kommen, muss man grundsätzlich wie in der Schule Punkte sammeln. Je nach Ausbildung, Berufserfahrung, Alter (oder besser Jugendlichkeit) und Sprachkenntnissen gibt es unterschiedlich viele Punkte. Damit das ganze nicht zu einfach wird, gibt es auch noch verschiedene Kategorien von Zuwanderern.

■ **Hochqualifizierte** War jemand bereits als Forscher oder Manager im Ausland tätig, bekommt er für sechs Monate eine Aufenthaltsgenehmigung – unabhängig davon, ob ein Jobangebot vorliegt. Findet sich kein Job, erlischt die Karte wieder. Nötig sind 70 von 100 möglichen Punkten, wobei es die meisten für Habilitation bzw. ein Vorjahresgehalt von über 70.000 Euro gibt. Bevorzugt werden Absolventen der Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

■ **Mangelberufe** Für diese Gruppe ist Zuwanderung bis Mai 2012 ausgesetzt. Bisher gab es nämlich eine Liste von über 60 Berufen (etwa Schweißer, Fräser, Dreher),

in denen aus Mangel an Österreichern Arbeitskräfte aus den neuen EU-Staaten angeworben werden durften. Nun tritt die Liste außer Kraft, die neue kommt erst im Mai 2012. Bis dahin wird es also keine Zuwanderung in Mangelberufen geben. Danach muss auch diese Gruppe eine bestimmte Mindestpunktzahl vorweisen, konkret sind es 50 von 75. Die Minimalanforderung ist eine Ausbildung, die mit einem Lehrabschluss vergleichbar ist. Ansonsten gilt wie für alle Gruppen: Je jünger und je besser die Deutschkenntnisse, desto mehr Punkte gibt es. Ein Mangel liegt dann vor, wenn pro offener Stelle nicht mehr als 1,5 Arbeitslose gemeldet sind.

■ **Schlüsselkräfte** Schlüsselkräfte dürfen aber weiter angeworben werden. Dabei geht es um Stellen, für die das AMS nachweislich keinen Österreicher findet. Bei ihnen ist die formelle Berufsausbildung nicht zwingend nötig, sie müssen aber mehr als 2100 Euro verdienen. Eine fixe Quote wie bisher wird es künftig nicht mehr geben. Ansonsten ist das Punkteschema für die Rot-Weiß-Rot-Card ähnlich wie bei den Mangelberufen.

Neuerungen gibt es auch bei den Saisoniers, bei denen es als einzige Gruppe weiter eine Quote gibt. Zwar wurde diese deutlich gesenkt – auf 1500 Plätze. Allerdings dürfen zusätzlich jene Saisoniers kommen, die schon zwischen 2006 und 2010 in Österreich gearbeitet haben. Neu ist auch: ausländische Studenten, die hier ihren Abschluss machen, dürfen in Österreich arbeiten.



Neue Arbeit durch Innovation

Für **Wachstum, Aufschwung, Arbeitsplätze**: Das Wirtschaftsministerium setzt eine neue Mittelstands-Offensive um. Denn 2011 ist das Jahr der Erneuerung.

- **Innovationspotenziale heben**
Innovations-Fitnesspaket für Unternehmen bringt neue Arbeitsplätze
- **Investitionen unterstützen**
Zinsgünstige ERP-Kredite, Zuschüsse und Haftungen steigern das Wachstum
- **Internationalisierung fördern**
Neue Exportoffensive in Zukunftsmärkte sichert Österreichs Wohlstand

Informieren Sie sich unter www.bmwfj.gv.at/Innovation

bmwfi
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

Bezahlte Anzeige

Kein 1. Mai wie jeder andere 1. Mai

Für die Gewerkschaften ist der heurige Maifeiertag mit der Herausforderung verbunden, ihren Mitgliedern die Öffnung des Arbeitsmarktes zu erklären. Sie tun das mit dem Hinweis, dass es guten Arbeitnehmerschutz gibt.

Wien – Die Angst vor einem möglichen Ansturm neuer Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern ist nach Ansicht der Sozialpartner unbegründet. Dass der europäische Arbeitsmarkt größer werde, sei gut, meint ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Der heurige Tag der Arbeit ist ein ganz besonderer. Was wir für einen gemeinsamen Europäischen Arbeitsmarkt brauchen, sind klare Regeln.“ Nun komme es aber darauf an, das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, das ebenfalls am 1. Mai in Kraft tritt, mit Leben zu erfüllen, sagte Foglar. Man müsse die Behörden vernetzen und ihnen Geld und Personal geben, damit sie die

Einhaltung des Gesetzes kontrollieren könnten.

Nach Ansicht von Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel ist Österreich durch das Gesetz besser für eine weitere Öffnung seines Arbeitsmarktes gerüstet als Deutschland. Nach wie vor gebe es große Lohnunterschiede von 1:3 bis 1:5 im Vergleich zu den Nachbarländern. Die AK habe sich für die Ausschöpfung der siebenjährigen Übergangsfrist zur Arbeitsmarktöffnung ausgesprochen, jetzt gebe es aber rechtlich keine Möglichkeit der Verlängerung mehr. Jetzt so zu tun, als könnte der österreichische Gesetzgeber eine weitere Verlängerung erreichen, „ist entweder Blödsinn oder Lüge oder eine demagogische Vorgangsweise“, sagte Tumpel am Freitag bei einer Tagung in Wien.

Die FPÖ meint dagegen, die SPÖ habe die heimischen Arbeitnehmer im Stich gelassen. Wiens FP-Clubchef Johann Gudenus sieht eine Negativspirale bei den Löhnen, wenn Arbeitskräfte mit geringeren Ansprüchen nach Österreich kommen können.

Die ÖVP will von der Gefahr des Lohndumpings ohnehin nichts

wissen: Der Wirtschaftssprecher der ÖVP Wien, Fritz Aichinger, hält es für das beste Mittel gegen Lohndumping, Spitzenkräfte in Österreich zu halten und jene „besten Köpfe“, die noch nicht hier sind, anzuwerben. Sein Parteikollege Stadtrat Wolfgang Gerstl erinnert zudem daran, dass es die Regierung Schüssel war, die für eine sanfte Öffnung mit Übergangsfristen gesorgt habe.

Schutz auch für Gratis-Arbeit

Der ÖAAB macht im „Jahr der Freiwilligkeit“ den sozialrechtlichen Schutz von Freiwilligenarbeit zum Thema: „Menschen, die sich ehrenamtlich in der Zivilgesellschaft engagieren, machen das Zusammenleben erst möglich. Niemand könnte die im Interesse des Gemeinwohls geleistete ehrenamtliche Arbeit bezahlen. Niemand hätte so viel Geld. Auch ehrenamtliche Arbeit ist Arbeit, ohne Abstriche“, sagt ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl. Er fordert Unfallversicherungschutz und eine Haftpflichtversicherung aus den Mitteln jener Ressorts, in deren Zuständigkeit die jeweilige Vereinstätigkeit fällt. (cs, APA)

„Wir stehen zu einem offenen Europa, mit fairen Chancen für alle, mit guten Löhnen und klaren Regeln für alle. Was wir wollen, ist fairer Wettbewerb, nicht Lohn-, Sozial-, Steuer- und Umweltdumping“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar zum 1. Mai, der diesmal ein besonderer ist.

Foto: Cremer



„Nationen können über sich selbst nicht nachdenken“

Einwanderer und Einheimische haben etwas gemeinsam: die Trauer um verlorene Identität, meint der Psychoanalytiker, Experte für Großgruppen und politische Berater Vamik Volkan. Was daran gefährlich ist, sagte er Irene Brickner.



STANDARD: Die Öffnung des Arbeitsmarktes für Menschen aus osteuropäischen EU-Staaten löst in Österreich Jobängste und Fremdenfurcht aus. Was tun, um die Diskussion möglichst zu versachlichen?

Volkan: Man muss die Ursachen dieser Emotionen benennen. Zusammengefasst liegen sie in den Herausforderungen der Globalisierung für die Identität nationaler Gruppen. Konkret heißt das, dass Österreicher eine Identität als Österreicher haben, als Angehörige einer Nation mit imperialer Vergangenheit, wie man an der Wiener Prachtarchitektur sieht. Das Zusammenwachsen der EU stellt diese Identität in Frage.

STANDARD: Die imperiale Vergangenheit Österreichs ist schon lang her. Wirkt sie wirklich bis heute?

Volkan: Durchaus, denn lang her

fühlt sich manchmal wie gerade gestern an. Wenn die Identität einer Großgruppe, einer Nation, in Frage gestellt wird, etwa weil Fremde kommen, besteht Gefahr einer Gruppenregression. Identitäten von früher, die als glorreich gelten, werden verklärt. Mythos und Realität vermischen sich.

STANDARD: An Identitäten von früher herrscht in Österreich kein Mangel. Es gab die imperiale, demokratische, austrofaschistische, nationalsozialistische Identität. Hat diese Fülle zu einer nationalen Identitätsschwäche geführt?

Volkan: Ich würde sogar von einer Identitätsfragmentierung sprechen, die den Umgang mit Veränderung sehr erschwert. Als ich 2006 in Wien eine Untersuchung über türkische Einwanderer machte, fiel mir auf, wie sehr die-

se als Gefahr gesehen wurden, wie stark extreme Gruppierung wie die FPÖ auf sie reagierten.

STANDARD: Hat der Beitritt Österreichs zur EU zusätzliche Identitätsverunsicherung ausgelöst?

Volkan: Ja, denn davor konnte sich die neue demokratische österreichische Identität niemals wirklich herausbilden. Sie ist 1945 in vielerlei Hinsicht neu erfunden worden – und kaum begann sie zu synthetisieren, hieß es: „Okay, und jetzt gehen wir in die EU, in eine supranationale Union!“ Dieser logische Schritt war psychologisch überfordernd.

STANDARD: Nur in Österreich?

Volkan: Nein, in der ganzen EU. Bei einem Psychoanalytikertreffen 2006 in Budapest habe ich in einer Runde mit Kolleginnen und Kollegen aus der EU die Frage gestellt, was der Beitrag ihres jeweiligen Herkunftslands zur Union sei. Zwanzig Minuten kamen sachliche Antworten, dann sagte die französische Kollegin: „Da wir in der EU alle gleich sind, sind auch alle Sprachen gleichwertig“ – und begann, französisch zu reden. Was glauben Sie? Eine halbe

Stunde später herrschte Chaos, ein absolutes Sprachendurcheinander. Die EU ist eine sachpolitische Union, die gemeinsame Identität wächst langsam.

STANDARD: Was tun, damit die Identitätsverirrungen in Zeiten der Einwanderung nicht zu politischer Radikalisierung führen?

Volkan: Das Thema muss öffentlich diskutiert werden – und um die Diskussion fachgerecht zu starten, braucht es Experten von außen. Nationen können über sich selbst nicht nachdenken, dazu sind die Projektionen zu stark.

STANDARD: Das klingt, als sollte sich Österreich als Nation auf die Psychoanalytiker-couch legen.

Volkan: Übertragen auf politische Prozesse ist das auch so gemeint. Wer sich auf die Psychoanalytiker-couch legt, bekommt keinen Rat, sondern die Möglichkeit, über die eigenen Konflikte nachzudenken, eigene Lösungen zu finden.

STANDARD: Wie geht man an so etwas als Staat heran?

Volkan: Indem man Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen – Konservative, Linke, Inländer, Einwanderer – in Gespräche miteinander treten lässt und dies über die Medien möglichst offen kommuniziert. Auch das Konflikthafte, denn Identitätskonflikte nehmen in den Einwanderungsgesellschaften an Sprengkraft zu, das sollte man nicht unterschätzen. Das muss besprochen werden.

STANDARD: Zu verlangen, die Einwanderer müssten sich um Integration bemühen, reicht nicht?

Volkan: Nein, das ist einseitig. Damit kehrt man den Umstand unter den Teppich, dass auch die Einwanderer um ihre angestammten Identitäten trauern. Die Wirkkraft dieser Trauer wird unterschätzt. 2006 bin ich in Wien am Sonntag einmal auf den Kahlenberg gefahren. Als türkischsprechender Mensch ist mir aufgefallen, dass dort, unabhängig voneinander, viele türkische Einwanderer unterwegs waren. Ich fragte mehrere Gruppen, warum – und habe 16

Mal die gleiche Antwort bekommen: „Wissen Sie denn nicht, was das hier für ein Ort ist? Bei der zweiten Türkenbelagerung stand hier das Zelt des Großwesirs.“ Diese türkischen Einwanderer verwenden ihren freien Tag, um am Kahlenberg ein wenig osmanischen Mythos zu schnuppern – der dort übrigens mit Niederlage verbunden ist. Ihre Identität ist noch nicht österreichisch genug, vielleicht, weil sie gesellschaftlich Druck erleben.

STANDARD: Ist es sinnvoll, das zu kommunizieren? Es könnte Ressentiments verstärken – hier gegen Türken in Wien.

Volkan: Nicht, wenn man es als ein Symptom des Verlusts ursprünglicher Identität sieht, das auf Seiten einheimischer Entsprechungen hat – etwa wenn Wienern die Aussicht, dass in 50 Jahren viele Stadtbewohner Muslime sein werden, missfällt. Solch emotionale Reaktionen muss man akzeptieren, sie sind normal. Nur dürfen sie sich nicht ins Destruktive wenden.



„... und ich bin einfach geblieben“

Gemüse verkaufen in Bregenz: Ercan, seit 30 Jahren in Österreich

Ercan in seinem blauen Arbeitsmantel, Gemüse- und Obstkisten hin- und herschleppend, gehört in der Bregenzer Kirchstraße zum Alltagsbild. Verlockend bunt ist sein Obst- und Gemüsestand, eine Stufe höher, im alten Stadthaus gibt's noch mehr von der frischen Ware – und alles, was ein Innenstadtnahversorger so für seine Kunden braucht, eine Kebab-Ecke inklusive. „Da kommen unsere Kunden aus dem Gymnasium“, schmunzelt Ercan. Fast alle seiner Kunden seien „Einheimische“, erzählt der Händler, Stammkunden die meisten, „türkische Kunden machen maximal ein Prozent aus“. Warum, das wisse er nicht.

Auf die Bitte, aus seinem Leben zu erzählen, reagiert er mit Skepsis. „Interessiert das jemand?“ Kein Foto, kein Nachname sind

seine Bedingungen. Er sei der Ercan, so kennen ihn seine Kunden, so sollen ihn auch die Leser kennenlernen. In Vorarlberg lebe er seit fast 30 Jahren. „18 Jahre alt war ich, wir sind mit der Schule nach Wien gefahren und ich bin einfach geblieben.“ Er wollte nicht mehr zurück ins ostanatolische Erzincan. Viele machten sich damals aus der Stadt im Erdbebengebiet auf nach Mitteleuropa.

Von Wien ging es über Innsbruck nach Vorarlberg. „Da hat es mir gefallen, weil man schnell in Deutschland ist, in der Schweiz, in Italien oder Frankreich.“ Arbeit zu finden war kein Problem, die Textilindustrie brauchte billige Arbeitskräfte.

Ercan bekam seinen ersten Job in einer Lustenauer Stickerei. „Bis 12 Uhr hab ich gearbeitet, dann

bin ich in die Schweiz, in die Disco.“ Kontakte zu knüpfen fiel schwer, „die Sprache machte Probleme“. Schwierigkeiten bereitete auch die Wohnungssuche. „Monate habe ich draußen geschlafen, zum Glück war Sommer.“

In Lustenau wollten sie damals keine Ausländer, „sie haben uns nicht gekannt“, sagt Ercan milde. Einige Kurse und zwei Jahre später war der „Ausländer“ Schichtführer. Arbeitete sich hinauf, kaufte die Stickerei, wurde Österreicher. Kunden bis nach Afrika habe er beliefert, „nach 15 Jahren war ich müde“.

Er wurde in Bregenz Lebensmittelhändler. Warum? „Vielleicht wegen dem Vater? Der hat in Erzincan einen Transportbetrieb gehabt und mit Gemüse gehandelt.“ Jutta Berger

ZUR PERSON

Vamik Volkan (78) wurde im zypriotischen Nikosia als Sohn einer türkischen Familie geboren. 1957 wanderte er in die USA aus, wo er Psychiatrie studierte und sich zum Psychoanalytiker ausbilden ließ. Bis 2001 war er Professor für Psychiatrie an der University of Virginia.

Politisch sind seine Theorien über die Psychologie internationaler Konflikte und des Großgruppenverhaltens in Friedens- und Kriegszeiten bekannt, die er auch in Büchern (z. B. *Blindes Vertrauen. Großgruppen und ihre Führer in Zeiten der Krise und des Terrors*) niedergeschrieben hat. Als Politikberater war er international aktiv, z. B. bei der Aufarbeitung der Apartheid in Südafrika, in Zypern, im Nahen Osten, Süd-Ossetien und Estland. (bri)

F.: Erdem Beyoglu

Hans-Peter Martin schenkt seinem EU-Assistenten 58.120 Euro

Parteigelder zur Abwicklung eines Privatkonkurses

Thomas Mayer

Wien/Brüssel – Der EU-Abgeordnete und Parteichef der „Liste Martin“, Hans-Peter Martin, hat einem Tiroler, der bei ihm im Brüsseler Büro als EU-Assistent angestellt war, 58.120 Euro aus Mitteln der staatlichen Förderung für Parteien geschenkt. Die Zahlung sei im Jänner 2010 erfolgt, betätigte der Betroffene, Stefan N., dem STANDARD am Freitag. Zu seinem Fall wollte sich der 39-Jährige öffentlich jedoch nicht weiter äußern, weil er Repressionen von seinem früheren Arbeitgeber befürchtet.

Wie Recherchen dieser Zeitung ergeben haben, diente diese Zahlung im Vorjahr der Abwicklung eines Privatkonkurses des ehemaligen Martin-Mitarbeiters. Das Pikante daran: N. war bereits seit August 2009 offiziell Büroassistent des EU-Abgeordneten, angestellt direkt beim Europäischen Parlament und bezahlt aus der sogenannten Sekretariatszulage von rund 21.000 Euro monatlich, wie sie jedem EU-Mandatar zusteht.

Ursprünglich auf sechs Monate beschäftigt, bekam N. im März 2010 einen Fünfjahresvertrag. Martin löste das Dienstverhältnis mit seinem Mitarbeiter – Monateinkommen 1800 Euro – im Oktober 2010 wieder auf, kurz nachdem er von seinem Abgeordnetenkollegen Martin Ehrenhauser auf Ungereimtheiten im Rechnungsabschluss der Partei hingewiesen worden war. Der Fall ist deshalb brisant, weil dabei der Verdacht besteht, dass die Bestimmungen des Parteienförderungsgesetzes verletzt worden sein könnten, wie der renommierte Parteienforscher Hubert Sickinger er-

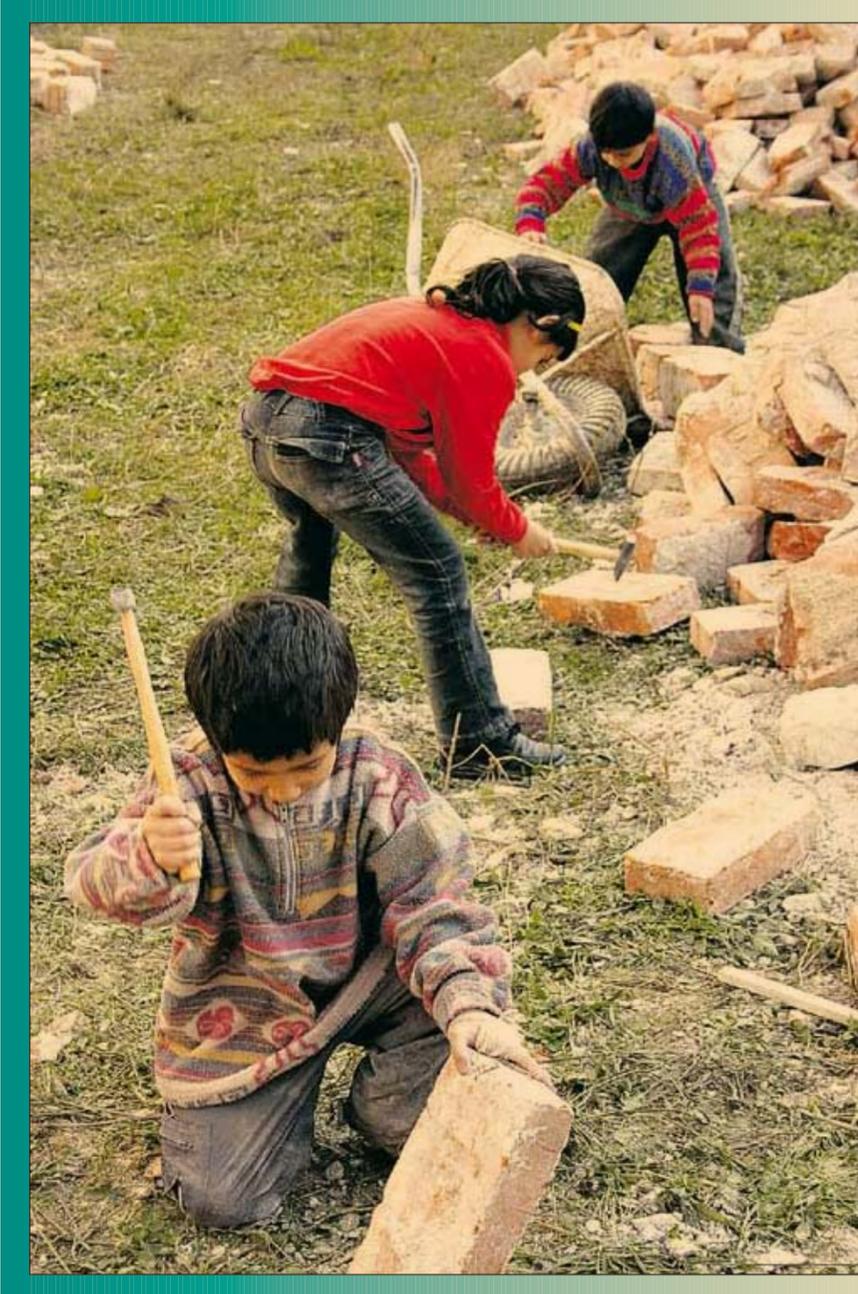
klärt (s. untenstehendes Interview). Anders als bei einer Spende von 100.000 Euro, die von der Martin-Partei 2009 an das Wiener Integrationshaus ging, lässt sich bei der Zahlung an eine Privatperson, die noch dazu in einem dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis stand, schwerlich mit einem politischen Hintergrund argumentieren.

Wie berichtet, ist Martin seit zwei Wochen heftigen Angriffen Ehrenhausers ausgesetzt. Der Parteigründer habe insgesamt eine Million Euro an Steuergeldern privat abgezweigt, wirft er ihm vor, was Martin vehement dementierte und Gegenklage ankündigte.

Als Spende ausgewiesen

Ehrenhauser hat Martin bekanntlich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Er wirft ihm vor, große Summen aus der Parteikasse an ihm nahestehende Personen transferiert zu haben. So soll die Ehefrau Martins mehr als 50.000 Euro an „Kostenersatz“ erhalten haben. Die Staatsanwaltschaft hat beim EU-Parlament die Aufhebung der Immunität Martins beantragt. Es gilt die Unschuldvermutung.

Die Zahlung von 58.120 Euro an N. taucht jedenfalls als „Spende“ im offiziellen Rechenschaftsbericht der Partei auf, der von den Wirtschaftsprüfern testiert wurde. Ob sie die Sache auch inhaltlich geprüft haben, lässt sich nicht klären, solange Martin die Prüfer nicht von ihrer Verschwiegenheit entbindet. Auf Anfragen des STANDARD zu dem Fall reagierte der EU-Abgeordnete nicht. In einer Aussendung bringt Martin N. in Zusammenhang mit dem Hacken seines privaten Computers.



Bilder aus der modernen EU: Slowakei 2004, Roma-Kinder im Alter zwischen drei und dreizehn beim Ziegelsäubern. Die Einführung verbindlicher arbeitsrechtlicher Standards gehört zu den Aufgaben im Europäischen Wirtschaftsraum.

Foto: Magnum / Chris Steele-Perkins

„Man kann die Regeln leicht umgehen“

Die Regeln für Vergabe und Kontrolle von Subventionen an Parteien seien viel zu schwach, sagt Parteienforscher **Hubert Sickinger**. Der Fall der „Liste Martin“ zeige, wie dringend Reformen sind, erklärte er **Thomas Mayer**.

STANDARD: Viele wundern sich bei den Vorwürfen an die Liste Martin, wie locker Parteigelder ausgegeben werden können. Sie auch?

Sickinger: Dieses Aha-Erlebnis hatte ich vor acht Jahren im Fall Karl-Heinz Grasser und seiner Homepage. Die war kein persönliches Geschenk, sondern in Wirklichkeit eine Spende der Industriellenvereinigung an den Finanzminister für politische Zwecke. Und der Verein zur Förderung der New Economy, an den das offiziell ging, war eine klassische Umgehungsstruktur.

STANDARD: Was wollen Sie sagen?

Sickinger: Man hat auch damals schon gesehen: Juristisch gibt es keine Möglichkeit, so etwas zu sanktionieren. Man konnte aber glauben, dass das von der Öffentlichkeit sanktioniert wird, indem man sagt, so jemand muss zurücktreten. Aber nichts ist passiert.

STANDARD: Warum?

Sickinger: Weil die Regelungen nicht ausreichend sind. Da die Parteien offensichtlich ein nicht intaktes Immunsystem gegen Regelverstöße haben, gehören diese Regeln geändert.

STANDARD: Muss de facto nie jemand juristische Folgen fürchten?

Sickinger: Es sei denn, dass jemand etwas kassiert als Gegenleistung für ein Amtsgeschäft. Das kann ein Bürgermeister machen oder

ein Minister. Aber in der Praxis ist das faktisch unmöglich, man kann die Regeln leicht umgehen.

STANDARD: Konkret zu Martin. Er hat aus der Parteikasse seinem Assistenten 58.200 Euro bezahlt, damit der einen Privatkonkurs abzahlen kann. Wie sehen Sie diesen Fall?

Sickinger: Bisher wusste man nur von 100.000 Euro, die Martin an das Wiener Integrationshaus gespendet hat, was ein klares politisches öffentliches Statement war. Das könnte man im weiteren Sinne als Öffentlichkeitsarbeit auslegen. Ein Geschenk an eine Privatperson, deren Name und Schicksal nicht bekannt ist, da kann man nicht sagen, dass das Öffentlichkeitsarbeit ist.

STANDARD: Wie ist diese Entschuldung dann einzuordnen?

Sickinger: Wenn das Geld aus der Privatschatulle des Hans-Peter Martin stammen würde und nicht aus der politischen Partei, wäre das eine schöne großmütige Geste. Die andere Frage ist: Ist das ge-

deckt von der Zweckwidmung, unter der er das Geld für die politische Partei bekommen hat? Klar ist, nicht er persönlich ist Empfänger der Wahlkampfkostenrückerstattung, sondern die Partei. Wenn das eine geheime Sache war, von der die Öffentlichkeit nichts erfahren hat, wenn das kein Honorar war, beispielsweise für einen Pressesprecher, dann sind gravierende Zweifel angebracht.

STANDARD: Prüft das niemand?

Sickinger: Der Wirtschaftsprüfer hat zu prüfen, ob formal alles seine Richtigkeit hat. Es gibt in der Praxis eine einzig relevante Kontrolle der Parteifinanz. Die Partei muss eine Liste von fünf Steuerberatern dem Finanzministerium vorlegen, das zwei auswählt. Sie müssen prüfen, ob die Zuwendungen gemäß der Zweckwidmung verwendet wurden. Sie müssen eine Einnahmen- und Ausgabenrechnung testieren.

STANDARD: Wann wird Förderung widmungsgemäß ausgegeben?

Sickinger: Das kann man enger oder weiter auslegen. Im letzteren Fall würde man sagen, Wahlkampfkostenrückerstattung kann auch zwischen Wahlkämpfen verwendet werden, aber nicht für private Zwecke von Funktionären.

STANDARD: Wer überprüft im Normalfall noch?

Sickinger: Das überprüft niemand. Dafür müsste es im Idealfall ein funktionierendes, innerparteiliches Kontrollsystem geben. Große Parteien haben das im Grunde, da gibt es viele Mitglieder, Funktionäre, eine gewisse innerparteiliche Kontrolle. Eine mehr theoretische Kontrollmöglichkeit hat der Rechnungshof. Grundsätzlich ist er der Auffassung, dass er die Mittel, die unter das Parteiengesetz fallen, prüfen darf. Aber er hat es noch nicht getan.

STANDARD: Martin hat seine Privatwohnung an seine Partei vermietet, deren alleiniger Vorsitzender er ist, der über die Mittel allein verfügt. Wie geht das zusammen?

Sickinger: Ein klassisches In-sich-Geschäft. Das gibt es, weil es niemand kontrolliert. Die Steuerberater haben keine klare Orientierung, was sie bei politischen Parteien prüfen sollen. In Wirklichkeit prüfen sie Rechnungen und Zahlungsbelege daraufhin, ob sie zu den angegebenen Posten von Einnahmen und Ausgaben passen. Da geht es nicht um die Frage, wofür wurde was verwendet.

STANDARD: Klingt wie eine Einladung zum Missbrauch.

Sickinger: Die Regelungen stammen aus dem Jahr 1985. Sie waren auf die großen Parteien abgestellt. Die Logik dahinter war, wenn man auf etwas draufkommt, dann werden sie bei der nächsten Wahl bestraft. An Phänomene wie Martin hat der Gesetzgeber nicht gedacht.

STANDARD: Jeder, der bei einem Verein ist, weiß um die Bedeutung des

Kassiers. Bei Parteien ist das etwa nicht nötig?

Sickinger: Im Parteiengesetz von 1975 wollte man die Parteien bewusst nicht im Vereinsgesetz haben, denn es gab damals noch stark obrigkeitstaatliche Regelungen für Vereine. So konnte die Vereinspolizei etwa Versammlungen auflösen. Diese Eingriffsmöglichkeiten in Parteien wollte man nicht, daher gibt es nur minimalistische Lösungen. Eine Partei muss nur Satzungen beim Innenministerium hinterlegen, und fertig. Es muss Organe der Partei geben, Rechte und Pflichten der Mitglieder müssen definiert werden. Drei Mitglieder sind genug. Das Innenministerium hat keine Möglichkeit, das nachzuprüfen.

STANDARD: Welche Reformen für Parteien müsste es geben?

Sickinger: Wir brauchen Mindestvoraussetzungen für hohe Subventionen an politische Parteien. Eine Partei, die keine Mitglieder hat, oder nur ein paar, solche Organisationen müssen nicht unbedingt subventioniert werden. In Deutschland braucht man ein Mindestmaß an organisatorischer Stabilität, an gesellschaftlicher Verankerung, regelmäßige Parteitreffen, innerparteiliche Kontrolle, Wahl der Funktionäre.

STANDARD: Wie steht Österreich neben anderen Ländern da?

Sickinger: Wir haben im Vergleich praktisch überhaupt keine Regelungen, mit Ausnahme der öffentlichen Subventionierung.

HUBERT SICKINGER (45) ist Jurist und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Parteienforschung, er lehrt an der Uni.

KURZ GEMELDET

ÖH empfiehlt Rektoren,
Mieten zu verweigern

Wien – Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) empfiehlt den Rektoren, die Mieten für die Universitäten nicht an die staatliche Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) zu überweisen. Es könne nicht sein, „dass die Unis zahlungsunfähig werden oder Personal entlassen müssen“. Die Regierung habe sich offenbar entschlossen, „den Zerfall der Unis aktiv zu unterstützen“, kritisiert ÖH-Vizevorsitzender Thomas Wallerberger (Fraktion Engagierter Studenten, FEST). (red)

Regierung verhandelt
mit Lehrervertretern

Wien – Am Montag, dem 2. Mai, wird die Regierung die Verhandlungen mit Lehrervertretern zur Dienstrechts- und Besoldungsreform aufnehmen. Nach dem Auftakt mit GÖD-Chef Fritz Neugebauer (ÖVP) im April soll die Steuerungsgruppe, bestehend aus den SP-Ministerinnen Claudia Schmied (Unterricht) und Gabriele Heinisch-Hosek (Beamte) und VP-Bildungssprecher Werner Amon, mit der Lehrgewerkschaft zusammentreffen. (APA)

Staatssekretär Waldner
macht, was notwendig ist

Wien – Der neue Staatssekretär im Außenministerium, Wolfgang Waldner (ÖVP), hat nicht vor, bei seiner neuen Aufgabe eigene thematische Schwerpunkte zu setzen. Die Frage von Kernthemen stelle sich nicht, „man muss das machen, was notwendig und erforderlich ist“, sagte der 57-Jährige im *Mittagsjournal*. Schwerpunkte würden sich von selbst ergeben. (red)

Finanzbeamte wollen
mehr Personal

Wien – Der neue Vorsitzende der Gewerkschaft der Finanzbediensteten, Herbert Bayer, will mehr Personal von Bundesheer, Telekom und Post. Der Christgewerkschafter forderte am Freitag, dass etwa 700 Personen zur Finanz wechseln sollten. Derzeit ist im Zuge des Personaltransfers der Wechsel von 400 Personen geplant, 200 haben ihren neuen Dienst bereits angetreten. (APA)



„Sie sind die modernen Sklaven. Sie sind echte Flüchtlinge von ihrem eigenen Elend in ein anderes Elend.“ So kommentiert Erich Lessing Alex Webbs Bild aus dem Jahr 2008 von honduranischen Migranten auf dem Dach des Güterzugs nach Mexiko.

Foto: Magnum / Alex Webb

„Österreicher haben Krise nicht gespürt“

Mathematikstunde im Nationalrat: Finanzministerin Maria Fekter verteidigt ihren Budgetplan gegen die Opposition. Die einen fordern mehr Investitionen, die anderen weniger Schulden – und manche alles auf einmal.

Gerald John

Wien – Keine theatralische Empörung, kaum grantiges Murren, nur ein paar halbherzige Zwischenrufe: Der von der Regierung ausgerichtete „Aufwind“ fürs Land schlägt sich in einer Stimmungslaute im Nationalrat nieder. Extratrocken präsentieren Kanzler Werner Faymann (SPÖ) und Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) den Budgetplan, weshalb der Blutdruck der Oppositionsabgeordneten lange im Keller bleibt. Nicht einmal Fekters Behauptung, der vorgelegte Strategiebericht sei „wahrscheinlich das größte Reformpaket, das in Österreich jemals in gedruckter Form vorgele-

gen ist“, provoziert das sonst übliche höhnische Gelächter.

Verpackt sind im Finanzrahmen die Budgetziele der Regierung: Bis 2015 soll das Defizit von heuer 3,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf zwei Prozent sinken. Auch der Schuldenberg soll schrumpfen – allerdings erst, nachdem dieser 2013 mit 75,5 Prozent des BIPs seinen Höchststand erreichen wird.

Jeder Säugling käme mit 40.000 Euro Schulden am Buckel auf die Welt, ergänzt Heinz-Christian Strache die Zahlenspielerien der Regierung: „Und die Wirtschaftspartei ÖVP applaudiert – das ist zum Genieren!“ Für die beiden anderen Eckpunkte im „budgetären

Bermudadreieck“ der Regierung hält der FPÖ-Chef die vorgenommenen Steuererhöhungen sowie die „Massenenteignung der Steuererzahler“, worunter er das „Verschenken“ von Geld an „Pleitestaaten“ in der EU versteht. „Sie fahren mit dem Schnellzug in einen Tunnel, der immer enger wird“, wettet Strache. Wohin der Blaue selbigen lenken würde, verriet er abgesehen von einem Appell für eine Verwaltungsreform nicht.

Marie Antoinette lässt grüßen

Verteidigen muss sich die Koalition erst einmal nicht – das übernimmt ein Grüner. Es sei „nicht mehr erträglich“, wie Strache die Gesetze der Mathematik verbal außer Kraft setze, kritisiert Budgetsprecher Werner Kogler: „Sie verlangen gleichzeitig mehr Ausgaben und niedrigere Steuern.“ Der abgetretene Finanzminister Josef Pröll habe sich zweifellos „wirklich reingehaut“ und

sei gut beraten gewesen, für die Krisenbekämpfung höhere Schulden in Kauf zu nehmen, lobt Kogler, ehe er zum großen „Aber“ übergeht: Wenn Fekter nun behauptete, die Österreicher hätten von der Krise fast nichts gespürt, dann erinnere das an Marie Antoinette, die den Armen das Kuchenessen empfohlen haben soll. Wie die anderen Oppositionellen fordert der Grüne eine Verwaltungsreform – aber auch ein Comeback der Erbschaftsteuer, um Geld für die Unis und die Pflege zu lukrieren. Später, in besseren Zeiten, sollten dafür die Steuern auf Arbeit gesenkt werden.

Auch Josef Bucher hat ein (indirektes) Kompliment für die Regierung parat – allerdings für die rote Hälfte. Angesichts des Verrats der ÖVP an ihren eigenen Prinzipien – Stichwort „Schuldenpolitik“ – konstatiert der BZÖ-Chef: „Es handelt sich um eine Alleinregierung Faymann.“

Außeruniversitäre Umbauarbeiten vor Abschluss

Drei-Säulen-Modell bleibt unter Töchterle – Neuigkeiten vom IWM und dem IFK

Klaus Taschwer

Wien – Bundesministerin Beatrix Karl hat zwar den Ministersessel gewechselt, an ihren Plänen zur Neuorganisation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird aber festgehalten. Zumal man mit der „zügigen Umsetzung“ auch schon sehr weit sei, wie es aus dem Ministerium heißt. Für zwei der renommiertesten Einrichtungen, die davon betroffen sind – das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK) – gibt es Neuigkeiten zu vermelden.

Zur Erinnerung: Nach der Budgetklausur im Herbst schien es zunächst so, als ob für die rund 70 außeruniversitären Einrichtungen, die vom Wissenschaftsministerium mitfinanziert sind, das Aus drohen könnte. Nach heftigen Protesten arbeitete man im Ministerium eine Neuorganisation dieser vor allem geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Institute aus, als Lösung wurde ein soge-

nanntes Drei-Säulen-Modell gefunden, dessen dickste und wichtigste die Eingliederung vieler Einrichtungen in Universitäten ist. Zudem gibt es eine Säule für die internationale Projektunterstützung im geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Bereich und schließlich noch die Archiv-Säule, mit der die zeitgeschichtlich relevanten Archive unterstützt werden sollen.

Aufwändiges Nichtsparen

Das alles bedeutet einen riesigen organisatorischen Aufwand, viel Umwidmung und keine Einsparung. Wie sich die Einrichtungen im Rahmen der Universitäten in den nächsten drei Jahren (und vor allem danach) entwickeln werden, bleibt außerdem vage.

Die ersten Einrichtungen, für die diese Lösung unter Dach und Fach gebracht wurde, waren das Erwin-Schrödinger-Institut und das Institut Wiener Kreis, die an die Uni Wien gingen. Zahlreiche weitere „Adoptierungen“ folgten, zum Teil mit relativ überraschenden Uni-Eltern. So ging das von

Ex-Vizekanzler Erhard Busek (ÖVP) gegründete Institut für den Donauraum und Mitteleuropa an die Boku in Wien, mit der indes „bestes Einvernehmen“ herrscht, wie Erhard Busek bestätigt. Weitere Institute wurden im Rahmen eines „Friedensclusters“ der Uni Klagenfurt zugeteilt, so etwa das Friedenszentrum Schläining oder das Institut für Konfliktforschung.

Für das IFK, das ursprünglich der Uni Graz eingegliedert werden sollte, wird es nach neuen Informationen aus dem Ministerium doch eine andere Lösung geben. Da steht eine Angliederung an die Kunstuni Linz vor dem Abschluss, die ihre philosophische und kulturwissenschaftliche Kompetenz stärken will.

Eine Sonderlösung dürfte es schließlich für das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) geben, heißt es aus dem Ministerium. Da ist bis Ende Juni mit dem Abschluss eines für drei Jahre gültigen Vertrags unter Einbindung von George Soros und der Central European University in Budapest zu rechnen.

Gewinnspiel

POPFEST WIEN 2011

5. Mai: Eröffnung mit Skero&Gustav



Foto: Thomas Degen

Gewinnen Sie mit dem STANDARD 5 ausgewählte CD-Pakete mit neuer heimischer Popmusik!

Zwei selbstbestimmte heimische Pop-Artists, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten, eröffnen am 5. Mai das zweite Wiener Popfest am Kunstplatz Karlsplatz. Skero wird die „Seebühne“ mit Big Band ins Breitwandformat tauchen, danach gibt sich Pop-Chanteuse Gustav die Ehre. Spätnachts geht's mit vielen Konzerten weiter im Wien Museum und brut im Künstlerhaus.

POPFEST WIEN 2011
Eröffnung mit Skero & Gustav
Donnerstag, 5. Mai
Karlsplatz OpenAir
19 Uhr, Eintritt frei!
www.popfest.at

Gewinnfrage:

Welche Artists werden beim Popfest ihr aktuelles Album präsentieren?

1. Skero
2. Ja, Panik
3. Gustav

Einsendeschluss:

Freitag, 27. Mai 2011
derStandard.at/Gewinnspiele

Teilnehmen unter:
DER STANDARD, Gewinnspiel
Herrengasse 19-21, 1014 Wien
E-Mail: quiz@derStandard.at
Formular: derStandard.at/Gewinnspiele
Fax: 01/531 70-9216
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Zeitung für Leserinnen

Im Blut lesen können

Die Herkunft eines Menschen spiegelt sich in den genetischen Merkmalen des Blutes wider. Wenn Leukämiepatienten einen Knochenmarkspender suchen, sind historische Migrationsströme höchst relevant.

Karin Pollack

Bestimmte sehr hartnäckige Formen von Leukämien können nur durch Knochenmarktransplantation geheilt werden. Dabei wird das kranke Knochenmark durch Chemotherapie und Bestrahlung zerstört und durch das gesunde Knochenmark eines geeigneten Spenders ersetzt. Die wichtigste Voraussetzung für diesen Systemaustausch: Die HLA-Merkmale des Patienten müssen mit denen des Spenders übereinstimmen.

HLA steht für Humanes Leukozyten Antigen System. Es handelt sich um genetisch vererbte Merkmale auf fast allen Zellen des Körpers, die die Immunantwort des Menschen, also sein Abwehrsystem gegen Bakterien oder Viren, regulieren. Das hochkomplexe

System hat etwa 4000 Merkmalsausprägungen, die in mehr als zwölf Gen-Orten verankert sind. „Die Zahl der möglichen HLA-Typen ist weit größer, als es Menschen auf der Erde gibt“, erklärt Gottfried Fischer, ärztlicher Leiter des österreichischen Stammzellregisters. Der Grund für die Vielfalt liegt darin, die Menschheit vor der Auslöschung durch eine Infektionskrankheit zu schützen. „Die HLA-Vielfalt spiegelt die Kampfbereitschaft des Immunsystems gegen eine immense Vielfalt von Erregern wider“, so Fischer.

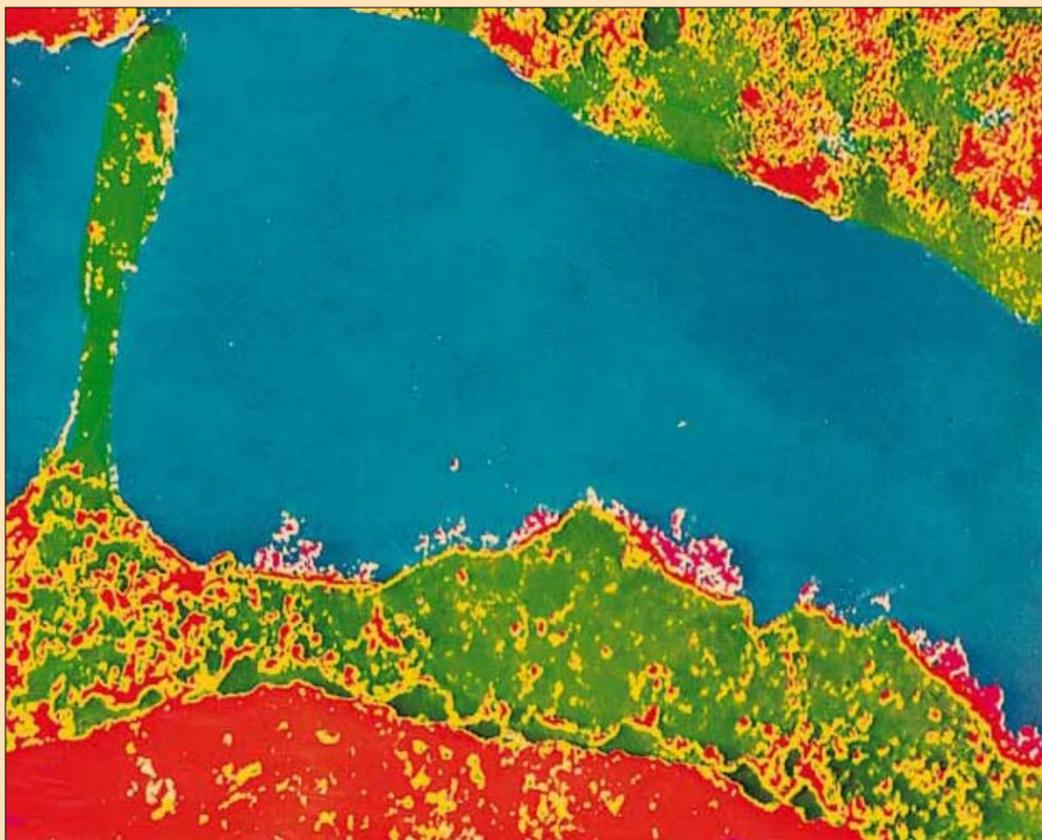
An der Verteilung der genetischen Merkmale im Blut lasse sich bis zu einem gewissen Grad auch ethnische Verwandtschaften und

Migrationsbewegungen ablesen, sagt Fischer, macht aber klar, wie komplex dieses System ist und dass Eindeutigkeit hier unmöglich ist. Immerhin: das HLA-Merkmal B*5703 kommt in der nordamerikanischen Bevölkerung bei Schwarzen 100-mal häufiger vor als bei Europiden, das Merkmal DRB1*0901 bei Menschen mit asiatischem Hintergrund zehnmal häufiger. Zum besseren Verständnis: Wenn man sich das HLA-System als eine Art genetisches Klavier vorstellt, so verkörpern die HLA-Typen Akkorde, deren Klang

Rückschlüsse auf eine genetische Verwandtschaft zulassen. Von den 1276 Transplantationen, die zwischen 1991 und 2010 in Österreich durchgeführt wurden, stammten 647 Spender aus Deutschland, 173 aus den USA, 163

aus Österreich und 98 aus Großbritannien. Im international vernetzten Stammzellregister, das auf die Daten von mehr als 17 Millionen registrierter Spender weltweit zugreifen kann – zirka 62000 davon allein in Österreich –, werden durch statistische Auswertungen Gemeinsamkeiten transparent.

Die HLA-Typisierung ist auch für Anthropologen ein wichtiges Forschungsfeld. Eine führende Wissenschaftlerin, Alicia Sanchez-Mazas von der Universität Genf, hat unlängst in einem viel beachteten Artikel die Verteilung von HLA-Typen in Ostasien analysiert und die Hypothese erstellt, dass China nicht wie ursprünglich



Weißes Blutkörperchen in einer Aufnahme unter dem Elektronenmikroskop. Es trägt das HLA-Antigen (dunkelrot) an der Zelloberfläche, das die Immunabwehr steuert.

Foto: picturedesk

angenommen ausschließlich über eine Migrationsbewegung nördlich des Himalaya besiedelt wurde, sondern dass zu einem zweiten Zeitpunkt auch Bevölkerungsströme südlich des Himalaya erfolgt sein mussten.

HLA-Experte Fischer geht noch einen Schritt weiter, wenn er sagt: „Auch die Pest hat ihre Spur im heutigen Muster der HLA-Typen Europas hinterlassen.“ Was er meint: Besaßen Menschen im Mittelalter einen bestimmten HLA-Typ, hatten sie damit einen Schutz und eine höhere Wahr-

scheinlichkeit, die Pestepidemie zu überleben. Positive Selektionierung ist der Fachbegriff dafür, und ihre Folgen sind in die europäischen HLA-Typen eingeschrieben. „Auch wenn er offensichtlich mit einer besonders starken Immunantwort einhergeht, so gibt es eine Kehrseite, dass nämlich Autoimmunerkrankungen häufiger bei Menschen mit ebendiesem HLA-Typ anzufinden sind“, beschreibt Fischer den schmalen Grat, den die Evolution bei der Herausbildung einer wirksamen Immunantwort beschreitet. Fischer

veröffentlichte mit Kollegen bereits vor fünfzehn Jahren eine HLA-Typisierung des in Südtirol gefundenen, 4000 Jahre alten Ötzi. Auffällig: Ötzi hat einen Typ, der heute bei Inuits und in der Bevölkerung Mittelamerikas, nicht aber bei uns vorkommt. „Es wäre zu einfach gedacht, würde man mutmaßen, Ötzi wäre ein Eskimo. Wahrscheinlich ist, dass die Pest in Europa ein damals verbreitetes Merkmal ausgelöscht – selektioniert – hat. Die arktische Bevölkerung blieb von der Pest verschont, es kam nicht zu einer solcher Selektion.“

Salzburger Gynäkologie bleibt in Männerhand

Intrigen und Kampagnen im Landeskrankenhaus: Deutsche Medizinerin verzichtet auf Primariat

Thomas Neuhold

Salzburg – Es hätte ein Neustart werden sollen. Herausgekommen ist ein beispielloses Chaos und ein in seinem Ruf arg beschädigtes Landeskrankenhaus. Herausgekommen ist auch die Erkenntnis, dass es sogar im 21. Jahrhundert für eine Frau nicht so einfach möglich ist, Primaria zu werden – auch nicht für Frauenheilkunde.

Nach dem derzeitigen Stand der Dinge soll Thorsten Fischer die Leitung der Salzburger Gynäkologie übernehmen. Fischer ist Chefarzt der Frauenklinik im deutschen Landshut.

Im nach der Pensionierung des langjährigen Gynäkologieprimars Alfons Staudach gestarteten Auswahlverfahren belegte Fischer freilich nur den zweiten Platz. Erstgereichte war Sara Yvonne Brucker aus Tübingen – Spezialistin für endoskopische Gynäkologie. Die 36-jährige Dozentin am Universitätsklinikum gab dann aber Mitte April auf. Offiziell heißt es, Brucker ziehe es vor, eine Professur in Tübingen anzunehmen.

Der wahre Hintergrund für den Rückzieher war freilich ein anderer: „Die Berufungsgespräche mit Dozentin Brucker wurden von massiven Interventionen überschattet“, musste die Klinikleitung in einer Aussendung eingestehen. Damit umschrieb die Pressestelle des Landeskrankenhauses eine beispiellose Kampagne gegen die Medizinerin aus Deutschland.

In offenen Briefen wurde die Qualifikation Bruckers von Staudachkollegen in Zweifel gezogen. Eines der Hauptargumente war das vergleichsweise jugendliche Alter der Ärztin.

Viele Verlierer

Mit dem Rückzug Bruckers wurde der ohnehin schon rampolierte Ruf der Salzburger Frauenheilkunde weiter beschädigt. Denn eigentlich wollte die Landesregierung mit der Ausschreibung des Jobs vor allem eines erreichen: Die jahrelangen Streitigkeiten und Eifersüchteleien zwischen den geteilten Abteilungen Frauenheilkunde und Geburtshilfe auf der einen Seite und der speziellen Gynäkologie samt Brustzentrum auf der anderen Seite sollten endlich ein Ende haben.

Zu den Verlierern in der Auseinandersetzung gehört auch Herbert Resch. Der Rektor der Privatmedizinischen Universität und Primar an der Unfallchirurgie hatte sich für die Kollegin aus Deutschland stark gemacht.

Keine gute Figur machte aber auch die Salzburger Landespolitik. Zuerst versuchte der Personalressortchef des Landes Sepp Eisl (ÖVP) eine Ausschreibung überhaupt zu verhindern. Er wurde öffentlichkeitswirksam von Landeshauptfraustellvertreter und Finanzressortchef David Brenner (SPÖ) overruled, der dann die Ausschreibung erzwungen hatte. Die Dynamik des ärztlichen Intri-

genspiels bekam man aber nicht in den Griff.

Völlig abgemeldet waren schließlich die Frauenbeauftragten von Land und Stadt. Sie schwiegen zur öffentlichen Demonstration der deutschen Ärztin ebenso wie zur Kampagne des Kleinformates gegen Oberärztin Barbara Maier. Sie gehörte ur-

sprünglich auch zum Favoritenkreis für das Primariat ist aber vom lokalen Boulevard bereits im Vorfeld als SP-nahe Kandidatin abmontiert worden. Zumindest theoretisch könnte Maier übrigens das gesamte Bestellungsverfahren noch mit einem Einspruch bei der Gleichbehandlungskommission kippen, heißt es spitalsintern.

„Alternativen gab es nicht!“

Altenpflege in Wien: Die slowakische Krankenschwester Patricia Motovska pendelt

Vor vier Jahren verlor die diplomierte Krankenschwester Patricia Motovska (44) den Glauben an das slowakische Gesundheitssystem. Jahrelang versprach der Minister, die Reformen würden bald greifen. Stattdessen wurde die Arbeit immer mehr, der Verdienst blieb mickrig. 350 Euro pro Monat zahlte das Krankenhaus in Galanta, einer Kleinstadt in der Westslowakei, drei Zugstunden von Wien entfernt. Patricia Motovska war 40, ihre 19-jährige Tochter, eine hervorragende Schülerin, wollte studieren. Sie und ihr Mann verdienten zu wenig, um ihr das erfüllen zu können – bis sie eines Tages eine Annonce las: „Pflegerkräfte für Österreich gesucht“. Sie meldete sich und bekam den Job: eine 24-Stunden-Betreuung einer alten Dame, im Zwei-Wochen-

Rhythmus mit einer anderen slowakischen Krankenschwester aufgeteilt. Ihr Verdienst: 650 Euro für 14 Tage, doppelt so viel, wie sie bislang in einem Monat verdiente. „Es war schwer, meinen damals 13-jährigen Sohn immer wieder zurückzulassen“, erinnert sie sich, sie habe vieles in seiner Entwicklung nicht mitbekommen. Alternativen gab es nicht. Während Motovska in Wien als Pflegehelferin rund um die Uhr im Einsatz war, kümmerte sich ihr Mann um die Kinder. „Wir hatten in der Slowakei eine gute Krankenschwesterausbildung, das hat bei der Bewerbungen geholfen“, erzählt Motovska, die aber erst einmal Deutsch lernen musste. Nach vier Jahren spricht sie perfekt, „weil mir meine Klienten helfen und mich ausbessern“, lacht

sie. Ihr Pendlerschicksal teilt sie mit unzähligen Kolleginnen aus der Slowakei. Viele kennt sie von Fahrgemeinschaften. Daher weiß sie, wie sehr vor allem Jüngere leiden, die ihre kleinen Kinder zu Hause zurücklassen. Je weiter entfernt sie von Österreich wohnt, umso strapaziöser sind die Fahrten. „120 Kilometer von Wien entfernt zu leben war ein Glück“, sagt sie. Nach vier Jahren ist sie in der mobilen Pflegebetreuung der Caritas Socialis fix angestellt und versorgt Pflegebedürftige im 16. und 17. Bezirk. Sie hat eine kleine Wohnung, arbeitet zehn Tage durch, hat dann vier bis fünf Tage frei. Reich sei sie nicht, sagt sie, aber sie kann heute die Ausbildung beider Kinder finanzieren und einmal im Jahr auf Urlaub fahren. Karin Pollack

Masouds Mathematikurs beim Software-Multi

Das Asylrecht wird härter, die Alltagsprobleme von Flüchtlingen bleiben bestehen. Schwierigkeiten minderjähriger Asylwerber in der Schule etwa. Beim Softwarekonzern Oracle bieten Mitarbeiter jetzt Nachhilfe an.

Irene Brickner

Wien – 778 Euro auf dem Lohnzettel sind keine 778 Euro bar in der Hand. Diesem traurigen Umstand geht Masoud (17) aus Afghanistan gerade mathematisch auf den Grund. „Der Bruttolohn ist der Nettolohn plus Tara. Tara, das sind 20 Prozent“, doziert Josef Trojan, Mathematiknachhilfelehrer, vorn an der Wand, auf die das Rechenbeispiel projiziert wird.

Masoud tippt konzentriert auf seinem Rechner herum, dann wird sein Gesicht etwas länger: „Das sind ja nur 622,40 Euro netto!“ Mathematikbeispiel richtig gelöst – „und dieses Beispiel ist auch für euch persönlich wichtig, wenn ihr einmal einen Job suchen werdet“, bemerkt Trojan vor den sieben Burschen im glasverschalteten Besprechungsraum des Softwareherstellers Oracle Austria mit fulminanter Aussicht auf die Wiener Uno-City.

Hier, im 16. Stock eines Floridsdorfer Business Towers, lassen Trojan und vier Kollegen einmal pro Woche ihre berufliche Rolle beiseite. Statt sich wie sonst um Geschäftsabschlüsse ihres Brötchengebers Oracle zu bemühen, widmen sie sich dem logischen Denken Masouds, Tareks, Johns (Namen allesamt geändert, Anm.)



Einmal pro Woche Mathematiknachhilfe im Floridsdorfer Business Tower: für die jugendlichen Flüchtlinge hilfreich, für die Oracle-Mitarbeiter wichtiges Sozialengagement.

Foto: Andy Urban

und anderen jungen Männern zwischen 15 und 22 Jahren. Diesen ist gemeinsam: Sie leben noch nicht lange in Österreich und sind allein, unbegleitet, als Flüchtlinge hierhergekommen – manche als Analphabeten, weil sie in Afghanistan, Irak, Nigeria oder Somalia

die Schule nicht besuchen durften oder konnten.

Jetzt mühen sie sich allesamt mit dem Hauptschulabschluss ab, den sie als über 15-Jährige nicht im Regelschulwesen, sondern im Rahmen eigener Kurse schaffen müssen. Neben Deutsch ist Mathema-

tik das krisenträchtigste Fach: „Ein wirkliches Problem, denn es ist unmöglich, in dem Kurs alle Wissensdefizite aufzuholen“, erläutert Veronika Krainz, Gründerin von Lobby 16: Das ist eine NGO, die sich um Bildung, Arbeit und Alltag unbegleiteter minderjähriger Flücht-

linge kümmert und dabei von der Industriellenvereinigung, der Erste Group, T-Mobile, der Wiener Privatbank SE sowie dem Datenmanagement Juillot unterstützt wird.

Oracle habe sich aus eigenem Antrieb bei ihr gemeldet, schildert Krainz, viele weitere derartige Initiativen seien aber noch nötig. „Wir sind im Rahmen unseres firmeninternen Corporate Social Leadership-Programms auf die Idee gekommen“, schildert Günther Göschl aus der Oracle-Geschäftsführung. Das Engagement für Flüchtlinge sei für ein „multinationales Unternehmen, wie wir sind, eine Selbstverständlichkeit“, sagt er. In Österreich gebe es diesbezüglich ohnehin „viel nachzudenken und zu tun.“

„Job-Shadowing“

Etwa über Berufsaussichten für jene 934 Asylwerber, die zum Beispiel im Jahr 2010 angaben, jünger als 18 Jahre zu sein. Wie alle Asylwerber stehen sie de facto unter Arbeitsverbot – „in einem zukunftsbestimmenden Lebensabschnitt“, kritisiert Krainz. Auch Lehre oder Praktika sind untersagt. „Nach zähen Verhandlungen mit dem Arbeitsmarktservice ist gelungen, die Bewilligung für sogenanntes Job-Shadowing zu bekommen: drei Monate in einer Firma unbezahlt, aber unfallversichert Arbeitenden über die Schulter schauen.“

„Wer lässt noch ein Kleid reparieren?“

Änderungsschneidereien und Schusterbetriebe in Wien fast zur Gänze in den Händen von Zuwanderern

Stephan Hilpold

Wien – „Viele freuen sich, wenn sie merken, dass man noch ein richtiger Handwerker ist.“ Gabriela Tzvetanova sitzt vor einer alten Nähmaschine in ihrem heimeligen „Modeatelier“ in der Wiener Wirtelsbacherstraße. Seit 17 Jahren lebt sie in der Stadt, vor neun Jahren hat sie gemeinsam mit ihrem Mann ihre Änderungsschneiderei hier am Rande des zweiten Bezirks eröffnet. Ihr Mann war bereits in Bulgarien Schneidermeister, sie selbst Kontrabassistin. „Ich bin für die Handarbeiten zuständig, mein Mann erledigt alle komplizierten Arbeiten.“ Seit zweieinhalb Jahren arbeitet auch die Nichte im Atelier.

Änderungsschneidereien wie jene von Frau Tzvetanova und ihrem Mann Wesselyn Cholakov gibt es nicht viele in der Stadt. Die meisten Betriebe, erklärt Innungsmeisterin Patricia Fürnkranz-Markus, sind Einzelunternehmen, kaum eines kann sich Mitarbeiter leisten. Seitdem Anfang der Neunzigerjahre viele Schneidereien schließen mussten, sperren zwar

jedes Jahr in etwa gleich viele Betriebe auf wie zu. Wirklich gut gehe es aber wenigen von ihnen. 660 Mitglieder hat die Wiener Landesinnung für Bekleidungsgerber derzeit, 160 davon sind Änderungsschneider. Das Gros von ihnen kommt aus der Türkei, viele auch aus Russland und Armenien.

„In Bulgarien“, erzählt Frau Tzvetanova, „war die wirtschaftliche Situation schlecht. Dazu kam die hohe Kriminalität.“ Erst nach vielen Jahren als Aushilfsarbeiter in Wien wagte es ihr Mann, sein Schneideratelier zu eröffnen. „Die Anfangsjahre waren schwierig. Ohne unseren Bankberater, der zu uns gestanden ist, hätten wir sie nicht überstanden. Ich glaube nicht, dass Österreicher diese Mühen auf sich nehmen würden.“

Auch Schuster Schaulow Simon (62) in der Rasumovskygasse im 3. Bezirk klagt über schleppende Anfangsjahre. 1992 zog der us-

bekische Jude aus Taschkent nach Wien, ein Jahr später eröffnete er sein Geschäft, in dem er von Flickarbeiten an Schuhen und Taschen bis hin zu Schlüsseldiensten die übliche Palette an Handwerksdiensten anbietet. Seine ganze Familie sei aus Usbekistan geflüchtet, die eine Hälfte lebe heute in den USA, die andere in Israel. „Ich bin mit einem Koffer und drei Kindern an der Hand in Wien angekommen. Die Stadt ist meine Heimat geworden.“

Wirklich glücklich wirkt Herr Schaulow aber gerade nicht: „Das Geschäft läuft nicht. Immer weniger Menschen lassen ihre Schuhe und Taschen reparieren. Sie schmeißen sie einfach weg.“

Diesen Befund teilt auch die Innungsmeisterin Fürnkranz-Markus. Durch den Import von Billigware aus Fernost und dem Überhandnehmen der Kleiderdiskonter werde den kleinen Handwerks-

betrieben die Überlebensgrundlage genommen. „Wer lässt schon ein Kleid reparieren, das gerade einmal 20 Euro gekostet hat?“ Dazu kommt, dass ältere Kunden, die gewohnt sind, Schneider- und Schusterdienste in Anspruch zu nehmen, immer weniger werden. „Die nachfolgende Generation“, sagt Fürnkranz-Markus, „kann mit einem Schneider nichts mehr anfangen.“ Das sieht auch Cihan Mehmet (51) so, der in der Löwengasse eine Änderungsschneiderei betreibt.

Seine Laufbahn unterscheidet sich von vielen seiner Berufskollegen, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ihre Heimat verlassen mussten. Als Arbeitsmigrant sieht er sich jedoch nicht. Cihan Mehmet hätte auch in seiner Heimatstadt Konja zwischen Ankara und Antalja eine Arbeit finden können. „Ich wollte aber nicht. Ich wollte in Europa leben.“ Seine erste Wohnung in Wien verfügte nur über ein Außenklo. „Das war ein Albtraum“, sagt Cihan Mehmet, „aus der Türkei kannte ich so etwas nicht.“



musik erleben!
konzerte
wien 2011|12

jetzt im Abo-Vorverkauf auf
www.jeunesse.at

jeunesse

Klassik · jazz · world · neue musik · kinderkonzerte

Standpunkte zu Gast bei PRISMA

12. 5. 2011, 18.30 Uhr

IRÄG 2010 – Zahlt der Gläubiger drauf?



Bettina Selden
PRISMA Kreditversicherungs-AG



Christian Grininger
Raiffeisenlandesbank OÖ



Wolfgang Höller
Schönherr Rechtsanwälte GmbH



Hans-Georg Kantner
Kreditschutzverband 1870



Franz Mohr
Bundesministerium für Justiz



Moderation:
Eric Frey
DER STANDARD

PRISMA
Die Kreditversicherung.

DER STANDARD

Ort: LENTOS Kunstmuseum Linz, Auditorium, Ernst-Koref-Promenade 1, 4020 Linz. Anmeldung bis 10. Mai unter office@prisma-kredit.com, Eintritt frei!

derStandard.at/Events

Grünen-Kritik an Verkehrsnovelle: „Eine Katastrophe“

Radfahrorganisationen gegen verpflichtenden Helm

Graz/Wien – Ganz und gar nicht zufrieden mit der am Donnerstag im Parlament beschlossenen Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist die Grazer Bürgermeister-Stellvertreterin und Verkehrsreferentin Lisa Rücker (Grüne). Wie Rücker in einer Aussendung am Freitag meinte, sei diese Gesetzesnovelle „für den Radverkehr schlichtweg eine Katastrophe“.

Weder die Fahrradstraßen noch die Aufhebung der Radwegpflicht sei von Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) durchgesetzt worden, so Rücker: „Für uns in Graz ist das ein herber Rückschlag, zumal wir mit den ersten Fahrradstraßen schon in den Startlöchern stehen.“ Bures habe sich im Verkehrssicherheitsprogramm für die Förderung des Radverkehrs ausgesprochen und lasse nun keine Taten folgen, was auch aus umweltpolitischer Sicht „eine Farce“ sei.

Scharfe Kritik kam auch von den Radfahrorganisationen radlobby.at, IG Fahrrad und Argus: Von dieser Seite stößt man sich auch an der Einführung der Radhelmpflicht bis zum Alter von zwölf Jahren, eine Maßnahme, mit der die Ministerin „den fast einstimmigen und mehrmals bestätigten Konsens im von ihr selbst einberufenen Unterausschuss Radverkehr“ übergangen habe.

Die Eckpunkte der StVO-Novelle: Bodenmarkierungen sollen an Halte- und Parkschildern künftig den Schilderwald lichten. Dazu kommen neue Regeln, die den Radverkehr betreffen, darunter die Helmpflicht für Kinder bis zwölf Jahre. Und künftig gilt ein „Rücksichtnahmegebot“ für alle Straßenverkehrsteilnehmer. (APA, mro)

KURZ GEMELDET

WIEN

Hausarrest statt Häfn künftig mit Alkomat

Wien – Der elektronisch überwachte Hausarrest wird um eine technische Finesse reicher: Ein Teil der Häftlinge wird mit einem Alkomat ausgestattet. Diese identifizieren ihren „Besitzer“ über biometrische Erkennung. Die Messergebnisse werden der Justizwache übermittelt. Die Geräte sind für Straftäter bestimmt, bei denen im Fall von Alkoholeinfluss Gewalttätigkeiten zu befürchten sind. (APA)

TIROL

Älteste Tropfsteinhöhle der Alpen in Tirol entdeckt

Innsbruck – Die ältesten Tropfsteine der Alpen haben Geologen der Universität Innsbruck mit einem Team der Universität Leeds aus Großbritannien in Höhlenruinen in den Allgäuer Alpen im Bezirk Reutte entdeckt. Die Höhlenkalzite sind laut Experten über zwei Millionen Jahren alt. (APA)

STEIERMARK

Zoll fand im Reisegepäck Maschinengewehr

Graz – Zollbeamte stießen bei einer Routinekontrolle eines kroatischen Linienbusses auf der Pyhrnautobahn auf ein Maschinengewehr. Die Waffe befand sich mit einem Kampfanzug in einer Reisetasche, die keinem der Fahrgäste zugeordnet werden konnte. (APA)



Das ganze Elend in einem Bild. Das sieht Erich Lessing auch am Bild dieses afghanischen Flüchtlingskinds aus dem Jahr 2001, das in der Nähe der pakistanischen Stadt Peschawar versucht, mit Autoreifen eine Art Lebensunterhalt zu verdienen.

Foto: Magnum / Thomas Dworzak

Räuber schoss „unabsichtlich“

Fünf Männer versuchten im Juli des Vorjahrs eine Lustenauer Tankstelle zu überfallen, einer schoss dabei einen Kunden nieder. Das Opfer ist seither behindert. Die Täter standen am Freitag in Feldkirch vor Gericht.

Jutta Berger

Feldkirch – Es war eine Mischung aus Grimms Märchen und Lost in Translation, die die drei Männer, die versuchten schweren Raubes, einer auch des versuchten Mordes beschuldigt, dem Geschworenengericht am Freitag boten. Alle drei, ein Rumäne und zwei Serben, zum Tatzeitpunkt 1. Juli 2010 in Offenbach wohnhaft, erklärten sich zum Raubvorwurf schuldig. Man wollte die Spielautomaten der Tankstelle knacken, den Schuss auf den zufällig anwesenden Kunden habe man nicht beabsichtigt. Der Revolver sollte nur abschrecken, der Schuss war unabsichtlich. Warum die Waffe geladen war, konnte keiner erklären. Man schob die Verantwortung hin und her, belastete sich gegenseitig, konnte oder wollte Fragen

GERICHT

nicht verstehen. Der Hauptbeschuldigte, ein 27-jähriger Rumäne, gab sich unwissend, die Raubabsichten der Kollegen habe er erst kurz vor der Tat mitbekommen. Dass die Waffe, die er tragen musste, weil er sich beim Automaten aufbrechen nicht auskenne, geladen war, habe er nicht gewusst. Widersprüche zu früheren Aussagen erklärte er mit: „Ich weiß nicht, was der Dolmetscher da gesagt hat.“

Er sei mit den Männern nach Vorarlberg gefahren, weil der Mitangeklagte M. dort „Geschäfte“ erledigen wollte. Welcher Art die Geschäfte waren, habe er nicht gewusst. M., arbeitslos, fünf Kinder, eine halbe Million Euro Schulden, gab freimütig zu, dass er schon mehrmals „geschäftlich“ in Vorarlberg, wo er geboren wurde, unterwegs gewesen war: Gemeinsam

mit dem Mitangeklagten B. habe er Einbrüche gemacht, mit dabei war auch sein 13-jähriger Sohn. Seine Werkzeugkiste führe er immer mit sich. Ob er nicht stutzig geworden sei, als er die Brechisen und Baseballschläger im Kofferraum gesehen habe, fragte Richter Wilfried Marte den Hauptangeklagten. Antwort: „Nein, das hat in Rumänien jeder im Kofferraum.“

M., der von seinen beiden Komplizen als Kopf der Bande dargestellt wurde, gab sich reumütig. Er habe im letzten Moment beschlossen, nicht mitzumachen und im

Auto zu bleiben. Dass der Revolver geladen war, habe er gewusst. Er habe versucht, die Kollegen von der Tat abzuhalten. „Das schwöre ich Ihnen, Herr Richter.“ Nein, M. habe sie nicht abgehalten, sagte Angeklagter B. „Der hat nicht mitgemacht, weil er Angst hatte.“ Die Aussage des Opfers, eines 30-jährigen Familienvaters, der seit der Tat auf den Rollstuhl angewiesen ist, verfolgten die Angeklagten mit gesenkten Blicken.

Zwei weitere Täter sind flüchtig, das Urteil stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Europa im MQ

Freitag, 06.05.2011, 9-22h

Thementag für SchülerInnen, LehrerInnen und MQ BesucherInnen mit einem hochkarätigen Abendprogramm

Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Literatur
Musik, Theater und Tanz
Konzerte mit Russkaja, Kraak & Smaak
Kabarettprogramm mit Stermann & Grissemann

Eintritt frei, sofern im Programm nicht anders angegeben

www.mqw.at/MQ10

STADTEIL

In die Gänge kommen auf Italienisch

Wien – Zwölf Bar Druck und der Kreis, erschließt sich. Bei zwölf Bar nämlich, so Markus Böhm, „erzeugt unsere Kaffeemaschine den besten Espresso. Und in einen Rennradreifen gehören auch zwölf Bar Druck.“ Das könne kein Zufall sein, sagt er. Böhm ist Gründer des Wiener Rennradspezialisten Radlager.



Die Radlager-Crew werkt jetzt im 7. Bezirk. Foto: Niederndorfer

Seit fünf Jahren schon. Erst an verschiedenen Standorten in Wien-Mariahilf, ab Freitag neu im 7. Bezirk, in einem ehemaligen Copyshop auf der Westbahnstraße 16. Eröffnet wird am kommenden Freitag. Wo früher kopiert und geheftet wurde, flicken Böhm und seine drei Kompagnons jetzt sliche Rennradreifen, polieren liebevoll jahrzehntealte Stahlrahmen und lassen von Zeit zu Zeit italienisch klingende Namen traditionsreicher Fahrradmanufakturen hochleben.

„Re-Cyles“ nennen die vier Radlager-Macher ihre Ware: schneidige Rennräder, die vorher oft jahrelang in Kellern und Sammlerdepots ausharrten und in der hauseigenen Werkstatt gründlich saniert wurden – und in der Westbahnstraße 16 darauf warten, endlich wieder ausgefahren zu werden. (flon)



Generalsponsor des MQ:
Hauptsponsor des MQ:
Gefördert von:
Kooperationspartner:
Medienpartner 10 Jahre MQ:

„In Pottendorf ist es am schönsten“

Alfred Riedl ist ein Weltenbummler. In Österreich fand er keinen Trainerjob, also zog es ihn nach Saudi-Arabien, Marokko, in den Irak und den Iran, nach Kuwait, Ägypten, Vietnam, Palästina. Aktuell ist Indonesien. Indien wartet.

Christian Hackl

Wien – Auf den Irak hat Alfred Riedl glatt vergessen. Kann passieren. Es gibt eben Lebensläufe, im konkreten Fall ist es Riedls Lebenslauf, die sind dick und unübersichtlich. Da muss der gebürtige Blumauer im weltweiten Internet suchen. „Sekunden später ist die Erinnerung da.“ Der 61-jährige Riedl war tatsächlich ein paar Monate Trainer im Irak. Bei einem Zweitligisten. „Dabei habe ich geglaubt, dass es ein Erstligist ist.“ Die mit anti-amerikanischen Parolen beschmierten Hausmauern in Bagdad haben sich eingepägt. „Aber zu mir sind die Leute immer freundlich gewesen.“

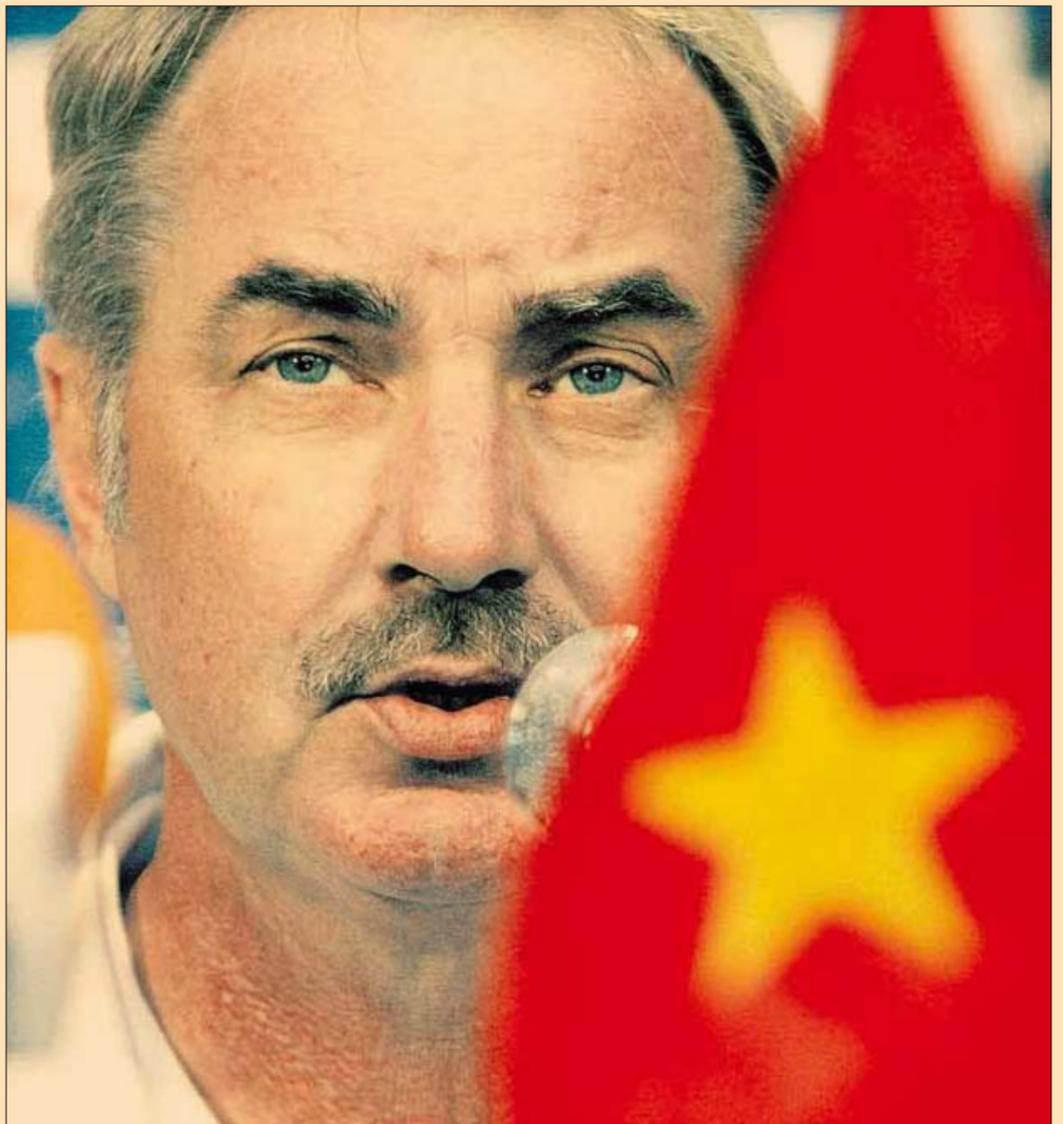
Alfred Riedl sitzt in seinem Stammbeisl. Es liegt direkt an der Bundesstraße 17 bei Gumpoldskirchen, eingepfercht zwischen einer Tankstelle und einem Landpuff. Es mag kuscheligere Gegenden geben, aber der Wirt ist erstens ein Haberer, und die Freundesrunde unternimmt zweitens keine ausgedehnten Wanderungen. Auf Sehenswürdigkeiten pfeift sie auch. „Ich habe schon genug Sehenswürdigkeiten gesehen“, sagt Riedl. Ein Spezi kommt, umarmt Riedl, fragt, warum er nicht in Indonesien sei. „Bin eh bald wieder dort, momentan hab ich Urlaub, es gibt gerade keinen Verbandspräsidenten.“ Riedl geht davon aus, „dass ich nach wie vor Teamchef von Indonesien bin“.

Rückblick. In den Siebzigern des vergangenen Jahrhunderts zählte Riedl zu den Topstürmern, mit der Austria wurde er Meister. Er wechselte nach Belgien zu Royal Antwerpen und Standard Lüttich, wurde Schützenkönig. Nach der Karriere sattelte er auf Trainer um, wurde vom ÖFB engagiert. Und dann passierte im September 1990 das legendäre 0:1 gegen die Färöer. Worauf Josef Hickerberger den Hut nahm und dessen Assistent Riedl zum Teamchef beför-

dert wurde. Die Ära war an Erfolglosigkeit kaum zu überbieten, sie endete 1992. Riedl heuerte beim Zweitdivisionär FavAC an, der Klub ging finanziell baden. Und Riedl musste erkennen, „dass in Österreich kein Platz für mich mehr war. National hat mich die Zeit als Teamchef ruiniert, ich war abgestempelt. International hat sie mir geholfen.“ Der Mann wurde zum Weltenbummler. Notgedrungen. „Man muss ja arbeiten, um zu leben. Ich bin kein Abenteuerer, höchstens neugierig.“

Riedl hatte immer gute Freunde. Mag sein, dass das Jahr 1988 ein Vorgriff auf das spätere Leben gewesen ist. Walter Skocik, ein Haberer, war bei Ittihad Jeddah in Saudi-Arabien engagiert, er suchte einen Coach für den Nachwuchs. Und fand Riedl. Nach einem halben Jahr wurde er gestanz. „Nach der ersten Niederlage. Die Scheichs haben keine Idee davon, was es heißt, Spieler zu entwickeln. Deshalb kommen sie im Fußball nicht weiter.“ Riedl hat einiges gelernt. „Zum Beispiel, dass es völlig normal ist, ein Training zu unterbrechen, weil die Spieler beten wollen.“

1993 ist es richtig losgegangen. Marokko, der Klub heißt immer noch OCK. „Die schlimmste Zeit meines Lebens, wir sind abgestiegen. Ich wohnte in der Einöde, das war wie im Häfn. Und ich hatte einen Bandscheibenvorfall, habe im Liegen trainiert.“ Weiter nach Ägypten, er wurde gefeuert, weil das afrikanische Champions-League-Finale verloren wurde. 1996 wurde Riedl Sportdirektor beim iranischen Verband. „Irgendwie war ich dort nicht willkommen, ich bin halt kein Duckmäuser.“ Nix wie weg und nach Liechtenstein. Die wollten eigentlich Hickersberger als Teamchef, der verspürte kein Lust, schlug Riedl vor. „Für mich war das gut, ich hab damals meine heutige Frau kennengelernt, ich wollte näher bei ihr



In Vietnam ist Alfred Riedl dreimal Teamchef gewesen, quasi eine Weltsensation.

Foto: AP/Longtreath

sein.“ Frau Riedl kommt aus Pottendorf in Niederösterreich. Und Vaduz ist eindeutig nicht ganz so weit weg wie Teheran.

Weitere Stationen: Teamchef in Vietnam, Vereinstrainer in Kuwait, wieder Teamchef in Vietnam. 2004 hat ein Freund angerufen. Riedl übersiedelte nach Palästina. Trainiert wurde in Ägypten. Er hätte Jassir Arafat treffen sollen, Riedl nahm den Termin nicht wahr. „Ich wollte mich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Außerdem habe ich Freunde in Israel.“ Die Spieler sind aus diversen Ländern angereist, meist fehl-

ten einige, sie durften Gaza nicht verlassen. „Oft war die Trainerarbeit auch Trauerarbeit.“

2005 bis 2008 zum dritten Mal Vietnam. „Wir haben Südkorea 1:0 geschlagen. Eine Weltsensation.“ 2008 heuerte er in Laos an, Indonesien wurde 2:0 besiegt. „Eine Weltsensation.“ Indonesien engagierte 2010 jenen Mann, der das Land blamiert hatte. Und jetzt sitzt er im Stammbeisl an der Bundesstraße 17. Riedl liegt ein Angebot vom indischen Verband vor. „Ich bin am Überlegen, habe aber Bedenken. Ich habe schon so viel Armut gesehen, irgendwann

hältst du das nicht mehr aus.“ Er, Riedl, sei demütig geworden. „Ich bin privilegiert, ich wurde überall mit Respekt behandelt. Ich verdiente immer so viel wie ein österreichischer Bundesligatrainer. Das reicht. Ich hab eine Niere transplantiert bekommen, das neue Organ funktioniert. Was will ich mehr?“ In manchen Ländern würde er niemals arbeiten. „Wo geschossen wird, gehe ich nicht hin. Syrien oder Jemen werden mich nie bekommen.“

Am schönsten, sagt Riedl, sei es übrigens daheim in Pottendorf. Ein Spezi kommt und umarmt ihn.

FUSSBALL

TIPP3-BUNDESLIGA

SAMSTAG

Wacker Innsbruck – Kapfenberger SV
Tivolli neu, 16, Schüttengruber – Ergebnisse 2010/11: 4:2 (a), 1:3 (h), 0:0 (a)
SK Sturm Graz – SV Mattersburg
UPC-Arena, 18.30, Einwallner – 2:0 (h), 1:1 (a), 1:1 (a)
SC Wr. Neustadt – Austria Wien
Wr. Neustadt, 18.30, Drachta – 0:0 (h), 1:1 (a), 0:4 (a)
LASK – SV Riedl
Linzer St., 18.30, Grobelnik – 0:1 (a), 0:3 (h), 0:2 (a)

SONNTAG

Rapid – RB Salzburg
Hannappi-Stadion (ausverkauft), 16 (live ORF 1), Schörgenhofer – 2:1 (h), 1:1 (a), 1:1 (a)

Sturm Graz	30	15	7	8	55:30	52
Austria Wien	30	14	9	7	51:28	51
Rapid	30	13	9	8	47:33	48
SV Riedl	30	14	6	10	43:33	48
Salzburg	30	12	11	7	36:24	47
Wacker Innsbruck	30	12	9	9	38:35	45
Wr. Neustadt	30	12	6	12	37:43	42
SV Kapfenberg	30	8	9	13	36:51	33
SV Mattersburg	30	6	8	16	25:47	26
LASK Linz	30	3	8	19	20:64	17

ERSTE LIGA

SCR Altach – Austria Lustenau 2:1 (2:1)
SKN St. Pölten – FC Admira 1:0 (0:0)
FC Gratkorn – TSV Hartberg 3:1 (1:0)
RZ WAC/St. Andrä – Vienna 1:0 (0:0)
FC Lustenau – SV Grödig 2:0 (1:0)

SCR Altach	31	19	6	6	65:34	63
FC Admira	31	19	5	7	68:38	62
Austria Lustenau	31	15	5	11	48:39	50
WAC/St. Andrä	31	14	5	12	50:42	47
SKN St. Pölten	31	11	10	10	43:47	43
FC Lustenau	31	11	7	13	48:51	40
SV Grödig	31	9	9	13	41:53	36
TSV Hartberg	31	9	7	15	38:52	34
FC Gratkorn	31	8	6	17	40:65	30
Vienna	31	8	4	19	42:62	28

Ein Quartett muss zittern

Keine Lizenz für Innsbruck, LASK, Admira, FC Lustenau

Wien – Vier Vereine aus den beiden höchsten Fußball-Ligen Österreichs stehen vorerst ohne Spielgenehmigung für die kommende Saison da. Der Senat 5 der Bundesliga unter Vorsitz von Thomas Hofer-Zeni hat am Freitag den beiden Oberhaus-Clubs Wacker Innsbruck und LASK Linz die Lizenz ebenso verweigert wie der Admira und dem FC Lustenau aus der Erste Liga. Der LASK ist bekanntlich Abstiegs-, die Admira Aufstiegs-kandidat. Die Wiener Austria erhielt die Lizenz in erster Instanz unter finanziellen Auflagen, das hat Vorstand Thomas Parits erwartet. „Wir sind froh, nun planen zu können.“

Innsbruck fehlen 200.000 Euro. „Wir haben Zeit, nachzuweisen, dass wir das Geld aufbringen können, und das wird uns auch locker gelingen“, sagte Obmann Kaspar Plattner. Beim LASK ist man „überrascht“, der Senat vermisste einen ausreichenden Einnahmennachweis. Die Admira sah in der Lizenzverweigerung einen Affront. „Diese Entscheidung reiht

sich nahtlos an die Anfeindungen und Untergriffe der letzten Zeit gegen Admira“, hieß es in einer Aussendung. Inhaltlich habe man nichts beanstandet, es sei lediglich eine Bestätigung des unabhängigen Wirtschaftsprüfers falsch interpretiert worden.

Lustenau-Präsident Dieter Sperger hat keine großen Sorgen. „Die Lizenz ist abgelehnt worden mit der Begründung, dass die Absichtserklärung eines langjährigen Sponsors, uns auch diesmal zu helfen, nicht ausgereicht hat. Kein Problem, wir werden es nachliefern.“

Die betroffenen Vereine können und werden gegen die Urteile bis 9. Mai beim Protestkomitee berufen und Unterlagen nachreichen. Fünf Tage später werden die Ergebnisse der Überprüfung und Neubewertung veröffentlicht. Sollten diese immer noch negativ ausfallen, kümmert sich das Ständige Neutrale Schiedsgericht als dritte und letzte Instanz um den Fall oder die Fälle. Ende Mai herrscht dann Klarheit. (red)

26.474 Kästchen warten sehnsüchtig auf Ihre Garderobe. In Wiens Freibädern

Ab 2. Mai

Infos unter www.wienerbaeder.at oder unter (01) 601 12-8044

Bezahlte Anzeige



Doktoranden und Postdoktoranden von zwei Instituten am Biocenter in Wien, deren Forscher aus 39 Ländern kommen. Foto: Heribert Corn

Hoch die internationale Attraktivität!

In der Wissenschaft ist die Anzahl ausländischer Forscher längst auch zum Gradmesser für Qualität geworden. Österreich hat diesbezüglich in den vergangenen Jahren stark aufgeholt, andere Länder machen es noch besser.

Klaus Taschwer

Wien – „Der Gelehrte hat ein Vaterland, aber die Wissenschaft nicht.“ Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint der Satz des französischen Biologen Louis Pasteur, der einer der wichtigsten Forscher des 19. Jahrhunderts war, völlig überholt. Wissenschaftler werden zur Kerngruppe der globalen „kreativen Klasse“ (Richard Florida) gezählt, die sich durch „grenzenloses Arbeiten“ auszeichnet. Die Staatszugehörigkeit ist für sie zur Nebensache geworden.

Entsprechend gilt Internationalität in der Wissenschaft längst als ein verlässlicher Gradmesser für Qualität – sowohl für individuelle Karrieren wie auch auf institutioneller Ebene. Für ein kleines Land wie Österreich trifft das ganz besonders zu. Dass man hierzulande durchaus auf dem richtigen Weg ist, legen einige womöglich überraschende Zahlen nahe.

Man nehme etwa die Start-Preise her, die wichtigste Auszeichnungen (und Projektfinanzierungen) für herausragende junge Forscher, die in Österreich tätig sind: Beschränkt man sich auf die vergangenen sieben Jahre seit 2003, so kamen 21 der 46 „Durch-Starter“ aus dem Ausland nach Österreich. Bis 2003 waren es laut Angaben des Forschungsfonds FWF, der die Preise vergibt, hingegen gerade einmal zwei von 36.

Noch internationaler sieht es bei den ERC Starting Grants aus, dem Pendant der Start-Preise auf europäischer Ebene: Von den bisher 27 nach Österreich vergebenen Starting-Grants für Topforscher bis rund 35 Jahre gingen 20 an Wissenschaftler, die nicht in Österreich geboren sind.

Österreich ist als Standort für aufstrebende Spitzenforscher also durchaus attraktiv. Helga Nowotny, die aus Österreich stammende Präsidentin des European Research Council (ERC), der die Förderungen vergibt, weist allerdings drauf hin, dass es noch besser ginge: Insbesondere die Schweiz und Großbritannien würden einen noch viel höheren Grad von Internationalisierung aufweisen – und bei der Rekrutierung von internationalen Spitzenforschern noch erfolgreicher sein.

Dass es auch an Topforschungseinrichtungen hierzulande auch schon recht global zugeht, zeigen etwa das Forschungsinstitut für Molekulare Pathologie (IMP) und Institut für Molekulare Biotechnologie (Imba) in Wien: Die beiden Vorzeige-Institute am Vienna Biocenter beschäftigen Forscher aus insgesamt 39 Nationen. Darunter sind auch etliche aus Mittel- und Osteuropa. Für sie galt schon vor dem Beitritt ihrer jeweiligen Heimatländer eine Aus-

nahmeregelung für ihren Aufenthalt in Österreich.

Warum einige der besten osteuropäischen Nachwuchskräfte in den letzten Jahren in Österreich landeten, hängt nicht zuletzt mit der Bezahlung zusammen, sagt Kristina Uzunova, die als Post-Doc am IMP forscht: In Bulgarien, wo Wissenschaft besonders wenig staatliche Unterstützung findet, würde sie als Jungwissenschaftlerin mit Dissertation gerade einmal 160 Euro im Monat verdienen.

Dorothea Sturn, die neue Geschäftsführerin des Wissenschaftsfonds FWF, hält die Rolle Österreichs beim Anwerben von Talenten insbesondere aus Mittel- und Osteuropa noch für ausbaufähig: Durch die geopolitische Lage gäbe es sehr gute Voraussetzungen im „race for talents“ zu reüssieren, so Sturn. Allerdings seien noch einige Hausaufgaben zu erledigen, sagt die Forschungsmanagerin und nennt gute Studienbedingungen, eine wettbewerbsfähige Infrastruktur und nicht zuletzt „international relevante Top-Forschung durch Top-Leute“.

Und die wieder holt man am besten aus dem Ausland, quod erat demonstrandum.



Evolution in flottem Schneckentempo

Hobbyforscher helfen Biologen bei Großstudie über Anpassungen einer Schneckenart

Wien – Arten, die sich schnell vermehren, sind prinzipiell in der Lage, sich in kurzer Zeit genetisch an veränderte Lebensbedingungen anzupassen. Es gibt jedoch kaum historische genetische Daten aus einem großen Verbreitungsgebiet, mit denen man solche rasche Evolution zeigen könnte. Eine Ausnahme ist die Schwarzmündige Bänderschnecke, deren Gehäuse zahlreiche Farben und Muster aufweist, und die schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts in ganz Europa intensiv untersucht wird.

Die Bänderschnecke kommt in den verschiedensten Lebensräumen von Küstendünen bis zu Gebirgswäldern vor. Die Vielfalt der Schneckengehäuse hängt dabei mit der Anpassung an verschiedene Lebensräume und Fressfeinde zusammen.

Anlässlich des 200. Geburtstags von Charles Darwin im Jahr 2009 wurde das europaweite Mitmach-Projekt „Evolution MegaLab“ gestartet – „eine der größten Studien zur Evolution, die es jemals gegeben hat“, wie Jonathan Silvertown von der Open University in Groß-

britannien sagt, der die Idee zu dem Projekt hatte.

Tausende freiwillige Hobbyforscher aus 15 Ländern engagierten sich im Rahmen der Studie, darunter auch viele aus Österreich. Deren Beteiligung wurde von Helmut Sattmann vom Naturhistorischen Museum Wien (NHM) koordiniert.

Die Ergebnisse wurden nun im Fachblatt *PLoS ONE* publiziert und bestätigen, dass die Farbe der Schneckenschalen in Wechselwirkung mit der Umgebungstemperatur stehen. In kaltem Klima können Tiere mit dunkler Schale die Sonnenstrahlung besser aufnehmen, in warmen jene mit hellen Schalen besser reflektieren. Tatsächlich sind die hellen Varianten im Süden des Verbreitungsgebietes häufiger.

Allerdings konnte die durch die globale Klimaerwärmung erwartete Zunahme der hellen Varianten nicht festgestellt werden – im Gegenteil: Es wurde allgemein ein leichter Trend zur Abnahme der hellen und Zunahme der gebänderten Formen festgestellt.

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass auch andere Selektionsfaktoren Einfluss auf Farbe und Musterung nehmen. Sie vermuten, dass die Tarnung vor Fressfeinden ebenfalls eine wichtige Rolle spielt. (APA, tasch)

LABOR

Beim Graumull sorgt Sex für ein längeres Leben

Duisburg/Essen – Ansell's Graumull (*Fukomys anselli*) ist ein entfernter Verwandter des Nacktmulls, lebt in Höhlen in Afrika und lebt anders als andere Nager ziemlich lang, weshalb die Tiere heftig beforcht werden. Jüngste Erkenntnis von deutschen Biologen der Uni Duisburg-Essen, veröffentlicht im frei zugänglichen online-Fachmedium *PLoS ONE*: Tiere, die sich reproduzieren, also Sex haben, können über 20 Jahre alt werden, ihre sexuell inaktiven Kolonienossen werden nur gerade halb so alt – trotz ansonsten identischer Lebensbedingungen. (red)

Elefantenfische wurden durch Sprache artenreich

Washington – Dass sich Tiergruppen in verschiedene Arten aufspalten, hängt nach gängiger Evolutionslehre vor allem auch an der Beschaffenheit der Umwelt. Doch nun zeigt eine Studie an Elefantenfischen, die sich mittels elektrischer Signale verständigen, dass auch die Kommunikation zwischen Tieren Artbildung beschleunigen kann. Wie die Forscher um Bruce Carlson im Wissenschaftsmagazin *Science* (Bd. 332, S. 583) berichten, gibt es enge Zusammenhänge zwischen der Hirnentwicklung, der Ausbildung der elektrischen Sinnesorgane und dem Artenreichtum. (red)

Tomatenkonsum hilft nicht gegen Raucherlungen

Mannheim – Paradeiser schützen nicht vor Raucherschäden. Das zeigt eine neue Studie, die am Freitag auf der 77. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie vorgestellt wurde. Die in Paradeisern enthaltenen sekundären Pflanzenstoffe haben sich in Experimenten zwar als potenziell günstig erwiesen. Doch Gefäßbeeinträchtigungen, die durch das Rauchen entstehen, lassen sich durch Tomatenkonsum nicht ausgleichen. (APA)

derStandard.at/Wissenschaft

Das Wesen der Dinge

Aristoteles war ein griechischer Philosoph, der glaubte, dass das Wesen von Dingen nicht vom Materiellen zu trennen ist. Darin unterschied sich seine Weltansicht von jener seines Lehrers Plato.

Guhrun Springer

Frage: Wer war Aristoteles?

Antwort: Aristoteles war ein griechischer Philosoph und Schüler des Denkers Plato, der wiederum ein Schüler von Sokrates gewesen war. Aristoteles wurde im Jahr 383 oder 384 vor Christus in Stageira, einer griechischen Stadt, geboren und starb im Jahr 322 vor Christus. Sein Vater war ein wohlhabender Arzt. Das Vermögen machte es möglich, dass Aristoteles sich philosophischen Fragen widmen konnte. Mit 17 Jahren ging er nach Athen und studierte bei Plato. Das tat er 20 Jahre lang, dann wurde er unter anderem Lehrer von Alexander dem Großen. Später gründete Aristoteles in Athen eine eigene Schule.

Frage: Was waren seine philosophischen Ideen?

Antwort: Aristoteles kritisierte an seinem Lehrer Plato, dass er zwischen der Welt der Ideen

und der Welt der materiellen Dinge trennte. Er glaubte, dass in jedem Ding auch sein Wesen, das der Ideenwelt zuzuordnen ist, enthalten ist. Aristoteles beschäftigte sich außerdem intensiv mit Naturphänomenen. Er fragte sich zum Beispiel, wie eine Blume weiß, wann sie blühen und wann sie welken muss.

Ö1-KINDERUNI



präsentiert von DER STANDARD

Frage: Womit beschäftigte er sich noch?

Antwort: Aristoteles gilt auch als einer der Urväter der Philosophie-Geschichtsschreibung. Er war einer der ersten Denker, die sich auch mit den Theorien und Gedanken früherer Philosophen auseinandersetzten – was man in seinem Werk nachlesen kann.

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema „Was ist Temperatur? Warum manche Stoffe fest, flüssig oder gasförmig sind.“ Am Samstag im STANDARD.

oe1.orf.at
www.kinderuni.at

FameLab

Voranstalter: BMW F³ science@public | Schirmherrschaft: BRITISH COUNCIL | THE 11TH TIMES CHELTENHAM FESTIVALS | SCIENCE11

TALKING SCIENCE!

Internationaler Wettbewerb für
Wissenschaftskommunikation

FINALE

7. Mai 2011 18.00 Uhr

Technische Universität Wien
4., Karlsplatz 13, Kuppelsaal

Eintritt frei!

www.famelab.at
Sitzplatzreservierung unter famelab@science2public.at

Mit Unterstützung von: BMW F³, Kapsch AG, RFE, ÖAW, Stadt Wien, Stadt Innsbruck, TU Wien, TU Graz, Universität Innsbruck
Medienpartner: Ö1, science.ORF.at, Der Standard, APA ZukunftWissen, UniScreen, Studium.at

Pannonien wächst wieder zusammen

Die wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlands ist eine EU-Erfolgsgeschichte. Dennoch fürchtet man auf beiden Seiten der Grenze ungleiche Marktchancen und Ressourcenknappheit.

Wolfgang Weisgram

Manchmal schließen sich historische Kreise an den ungewöhnlichsten Plätzen – auf Terrassen von Strandcafés zum Beispiel.

Unlängst war eine Wirtschaftsdelegation aus dem serbischen Subotica – dem alten Maria Theresiopel – in der Eisenstädter Wirtschaftskammer. Und weil sowohl da wie dort bei solchen Anlässen dem altpannonischen Brauch des ausgiebigen Ausklagens gehuldigt wird, wurden die Gespräche dann mit großer Selbstverständlichkeit an den See verlegt. Und dort fiel es den Wirtschaftstreibern aus dem ungarischsprachigen Teil der serbischen Backa wie Schuppen von den Augen: Was immer sie zu essen und trinken beehrten, sie konnten das anstandslos in ihrer Muttersprache tun.

Tatsächlich hat sich die burgenländische Gastronomie seit der Öffnung der Grenze im Jahr 1989 in einer fundamentalen Weise zum Besseren gewendet. Statt mürrische, übernachtige Wirtspersonen in Kauf nehmen zu müssen, hat man sich mittlerweile an professionelle Bedienung gewöhnt. Auch in anderen Branchen gehört der ungarische Akzent längst zum Alltag – bis hin zur traditionellen Pfscherpartie.

Die Angst vor der endgültigen Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit – ein Klavier, auf dem so mancher Wahlkampf gespielt worden ist –, wirkte deshalb gerade im Burgenland ein wenig aufgesetzt. Vor allem deshalb, weil gerade das Burgenland schon bisher nicht darunter gelitten, sondern davon profitiert hat. Rund 9000 Menschen aus den sogenannten neuen EU-Ländern arbeiten offiziell im Burgenland, 8000 davon sind Ungarn – praktisch alle Pendler, die in Euro wirtschaften und in Forint leben.

Nicht nur das, aber das eben auch hat den Wohlstand in Westungarn so gehoben, dass die Wirtschaftskammer über die Jahre immer wieder feststellen konnte, dass das Burgenland mit Westungarn eine hoch überschüssige Handelsbilanz aufweist.

Dieselben Studien verweisen freilich auch auf Problem: Im Dienstleistungsvergleich schneidet Ungarn deutlich besser ab. Und da legten und legen Gewerkschaft und Arbeiterkammer ihre Finger in die Wunden. Das zu-

grunde liegende Lohngefälle könne nämlich im Burgenland zu einem irreversiblen Lohndumping führen.

Legistisch wurde dem ein Riegel vorgeschoben. Und dass dieses im März beschlossene Lohn- und Sozialdumpinggesetz auch tatsächlich greift, sollen nicht nur verstärkte Kontrollen durch die Finanz sorgen, sondern auch die Aktivitäten der Gewerkschaft. Deren burgenländische Sektion hat sich ja schon vor Jahren mit den ungarischen Kollegen zum Interregionalen Gewerkschaftsrat (IGR) gefunden, der quer durchs Land Beratungen auch oder gerade in ungarischer Sprache anbietet. Und wahrscheinlich ist Letzteres sogar das Entscheidende.

Gerhard Michalits vom IGR glaubt zwar, dass mit dem 1. Mai ein Verdrängungswettbewerb zwischen sozusagen alten und neuen Ungarn stattfinden könnte, weiß aber auch, dass die IGR-Beratung über die fundamentalen Arbeitnehmerrechte wie im Schneeballsystem weit hineingetragen werden ins Ungarn, womit das eventuelle Lohn- und Sozialdumping ein eher kurzfristiger Effekt wäre. „Die Ungarn sind ja nicht blöd.“

Handwerk unter Druck

Für wahrscheinlicher hält er eine Unternehmensverdrängung. Kleine burgenländische Handwerksbetriebe könnten in die Breddouille kommen, jenseits der Grenze hätten sich die Kollegen jedenfalls intensiver auf den 1. Mai vorbereitet, ab dem sie ihre Leistungen mit eigenen Mitarbeitern erbringen können.

Harald Schermann, der Sprecher der pannonischen Wirtschaftskammer, mag das klarerweise so nicht bestätigen. Allerdings hat eine im Kammerauftrag erstellte Studie dies-

bezüglich doch Erstaunliches zutage gefördert. Als größten Vorteil der Grenzlage sehen 49 Prozent der burgenländischen Unternehmer die Sonderförderungen durch die EU. Ihre ungarischen Kollegen dagegen haben zu 68 Prozent den größeren Absatzmarkt im Blick.

Dass die EU mit ihren Freizügigkeiten Pannonien ab dem 1. Mai zu einem kommunizierenden Gefäß macht, ist allerdings unbestritten. Eine signifikant hohe Zahl ungarischer Unternehmer fürchtet nämlich – im Gegensatz zu den Burgenländern – die Verknappung guter Arbeiter. Darauf gibt es



Wer auf Ungarisch bestellt, bekommt eine ungarische Antwort. Wer auf Slowakisch bestellt, bekommt eine slowakische. Auf Deutsch geht es sowieso. Im Burgenland – wie hier im Restaurant Mole West am Neusiedler See – hat der multi-ethnische Wirtschaftsalltag Tradition und ist gut geübte Normalität.

Foto: APA

in den EU-Verträgen nur eine Antwort: die freie Marktwirtschaft. Harald Schermann jedenfalls hält es für nötig, dass die ungarischen Löhne auf jenes Niveau steigen, das Pendeln unattraktiv macht.

Und davon – so möchte er es jedem, der sich fürchtet, ins Stammbuch schreiben – profitiert auch und gerade das schmale Grenzland Burgenland, das durch die ökonomische Vernetzung allmäh-

lich wieder zu jenem Pannonien zusammenwächst, zur dem ja auch Subotica, das alte Maria Theresiopel gehört, das im Augenblick von Eisenstadt noch so weit weg ist wie Kittsee von Chicago.



Freundeskreis, international

Ungarische Informatikerin in Wien: Brigitta Ballai

Verzweifelt nach einem Job gesucht hat Brigitta Ballai (30) noch nie. Die junge Informatikerin mit den braunen Locken, geboren in Mohács in Südungarn, hatte eine gut bezahlte Stelle bei einem Ölkonzern und eine Eigentumswohnung in Budapest, als sie vor fünf Jahren die Sehnsucht nach einer neuen Herausforderung packte.

Internationale Erfahrung hatte sie damals schon: Nach der Matura hatte sie ein Jahr in Yale, später ein halbes Jahr in Lyon studiert. Doch das reichte ihr nicht. Sie machte sich auf Arbeitssuche, bekam Angebote aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden und entschied sich für eine Papierfirma in Wien.

Warum? Wien war nahe an ihrer Heimat, Ballai konnte ohne weiteres ihre Familie und Freunde zu Hause besuchen. Am Anfang tat sie das jedes Wochenende, denn ihr Freund Attila, ebenfalls Informatiker, fand zunächst mangels Deutschkenntnissen keinen Job in Österreich. Erst nach zwei Jahren konnte er ihr folgen.

Ballais Umzug nach Wien verlief unkompliziert: Die Firma übernahm die meisten Formalitäten, innerhalb weniger Wochen

hatte sie alle notwendigen Papiere beisammen. Als Ungarin fühlt sie sich in Österreich gut aufgenommen: „Ich glaube, ihr könnt die Ungarn besser akzeptieren als andere Nationalitäten.“ Mit ihren Wiener Kollegen hatte sie trotzdem Schwierigkeiten. „Ich habe zwar Deutsch gesprochen, aber Hochdeutsch ist nicht genug“, sagt Ballai, „die sprechen Dialekt und kümmern sich nicht darum, ob du etwas verstehst.“ Wenn sie abends ausgingen, fragte sie niemand, ob sie mitkommen wolle. Nach drei Jahren in Wien wechselte Ballai in eine IT-Beratungsfirma, mit ihren jetzigen Kollegen versteht sie sich besser.

Ihren Freundeskreis in Wien bezeichnet sie als „international“. Es gibt hier eine ungarische Community, weiß sie, aber: „Wenn ich schon im Ausland lebe, muss ich mir nicht ungarische Freundschaften aufbauen.“ Der bezeichnendste Unterschied zwischen Ungarn und Österreich? „Im Besprechungszimmer einer Firma, für die ich ein Projekt mache, hängt eine Karte von der österreichisch-ungarischen Monarchie. In Ungarn haben wir so etwas nicht. Wir haben Karten der EU an der Wand.“ Ruth Eisenriegler

KURZ GEMELDET

Uniq: Zum Abschied ein kräftiges Gewinn-Plus

Wien – Die Lebensversicherung war 2010 im Uniq-Konzern Wachstumstreiber mit einem Plus von 13,1 Prozent auf 2,66 Mrd. Euro, sagte der mit Ende Juni scheidende Uniq-Chef Konstantin Klien. Er verabschiedet sich mit einem um 53 Prozent auf 153 Mio. Euro gestiegenen Ergebnis. Die Prämieinnahmen stiegen mit 6,2 erstmals über die Stechs-Milliarden-Euro-Grenze. (cr)

Porr macht weniger Umsatz und Gewinn

Wien – Der börsennotierte Baukonzern Porr hat 2010 mit 2,22 Milliarden um 9,7 Prozent weniger Umsatz gemacht als 2009. Der Gewinn sank sogar um 46,1 Prozent auf 16,7 Millionen Euro. Die Dividende soll nun von 2,20 auf 0,55 Euro je Aktie massiv gesenkt werden, so der Vorschlag an die Hauptversammlung. (APA)

GANZ KURZ

+++ Bundesbank Jens Weidmann (43) wurde am Freitag zum Präsidenten der Deutschen Bundesbank ernannt. +++ Rekord In Deutschland kostet Superbenzin im Durchschnitt erstmals mehr als 1,60 Euro je Liter.

DJE LUX SICAV

4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen
R.C.S. Luxembourg B 131326

Die Aktionäre der DJE LUX SICAV werden hiermit zu einer

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE

eingeladen, die am 10. Mai 2011 um 11.00 Uhr in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

- Bericht des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers
- Billigung der Bilanz zum 31. Dezember 2010 sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2010 abgelaufene Geschäftsjahr
- Entlastung der Verwaltungsratsmitglieder
- Wahl oder Wiederwahl des Verwaltungsrates und des Wirtschaftsprüfers bis zur nächsten Ordentlichen Generalversammlung
- Verwendung der Erträge
- Verschiedenes

Die Punkte auf der Tagesordnung unterliegen keiner Anwesenheitsbedingung und die Beschlüsse werden durch die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre gefasst.

Aktionäre, die ihren Aktienbestand in einem Depot bei einer Bank unterhalten, werden gebeten ihre Depotbank mit der Übersendung einer Depotbestandsbescheinigung, die bestätigt, dass die Aktien bis nach der Generalversammlung gesperrt gehalten werden, an die Gesellschaft zu beauftragen. Die Depotbestandsbescheinigung muss der Gesellschaft fünf Tage vor der Generalversammlung vorliegen.

Entsprechende Vertretungsvollmachten können bei der Domizilstelle der DJE LUX SICAV (DZ PRIVATBANK S.A.) unter der Telefonnummer 00352/44 903 – 4025 oder unter der Fax-Nummer 00352/44 903 – 4009 angefordert werden. Luxembourg, im April 2011

Der Verwaltungsrat

S&T rutscht tief in die Verlustzone und sucht Investor

Wien – Der angeschlagene Wiener IT-Dienstleister S&T hat im vergangenen Jahr 49 Millionen Euro Verlust gemacht. Weitere vier bis sieben Millionen könnten aus Insolvenzen in Deutschland und der Schweiz dazu kommen. Per Jahresende 2010 ist das Konzerneigenkapital auf minus 13,5 Mio. Euro (im Vergleich zu plus 33,4 Mio. Euro im Jahr davor) gesunken. Das hat die börsennotierte Gesellschaft am Freitag bekannt gegeben. Die Zahlen sind noch nicht vom Wirtschaftsprüfer testiert, der geprüfte Abschluss soll am 30. Mai veröffentlicht werden.

Die Umsätze sind um rund 30 Millionen Euro auf 351 Mio. gesunken, das Konzern-Ebit ist (und zwar inklusive Firmenwertabschreibungen in Höhe von 23 Mio. Euro) mit 40 Mio. Euro im Minus gelegen. Als vorläufiges Nettoergebnis ergibt sich laut Unternehmen ein Verlust von 49 Mio. Euro. Im 2009 war S&T mit 12,3 Mio. Euro in den roten Zahlen gelegen.

Durch die Insolvenzen der S&T-Gesellschaften in Deutschland und in der Schweiz könnten Abschreibungen auf Forderungen in Höhe von vier bis sieben Mio. Euro für 2010 oder 2011 anfallen, schreibt S&T in ihrer Aussendung. Die wesentlichen Gründe für die Verzögerung der geprüften Ergebnisse liege in der Beurteilung der Finanzierungsvereinbarungen mit den Banken „und deren Wechselwirkung auf die Fortbestandsprognose“ und der noch ausstehenden letztgültigen Beurteilung der insolventen Firmen in Deutschland und der Schweiz.

Kampf um die Macht

Mehr als 60 Prozent des Kapitals der Gesellschaft halten AvW, Hypo NÖ, Hypo Alpe Adria und andere Banken – sie wollen nach wie das Sagen bei S&T bekommen. Ihr ursprünglicher Plan, das Sanierungsprivileg zugesprochen zu bekommen und sich so ein Übernahmeangebot zu ersparen, ist an der Übernahmekommission gescheitert. Nun wollen die Gesellschafter bei Abstimmungen ein Konsortium bilden und ihre Pläne so umsetzen. Die da wären: den Aufsichtsrat auf vier Personen verkleinern und die 75-Prozent-Hürde für alle wichtigen Entscheidungen kippen. Anschließend soll ein Investor in die von Thomas Streimelweger gegründete AG geholt werden. Er hat sich mit Aktienzukaufen übernommen.

Parallel dazu hat nun aber der Sanierungsvorstand der S&T PwC mit der Investorensuche beauftragt. (APA, red)



Erich Lessing: „An dem Foto sieht man die die Armseligkeit – und dass sie Ausgestoßene sind.“ Asiatische Migranten in der Küche eines New Yorker Restaurants.

Foto: Magnum / Chien-Chi Chang

„Wir sind nicht mehr das Ende der Welt“

Tschechien als Hoffnungsmarkt für die heimische Wirtschaft. Speziell in Oberösterreich liebäugelt man mit dem Geschäft beim Nachbarn. Eine Initiative im Böhmerwald unterstützt wirtschaftliche Grenzgänger.

Markus Rohrhofer

Linz – „Dobry den“ statt „Griaf eich“ soll künftig vermehrt vor allem unter Handwerkern des Oberen Mühlviertels zu hören sein. Die kleine Gemeinde Ulrichsberg hat gemeinsam mit der tschechischen Bürgervereinigung Inicio ein Pilotprojekt gestartet, das die beiden Grenzregionen vor allem auf wirtschaftlicher Ebene näher zusammenbringen soll. Gegründet wurde die Plattform „Böhmerwaldhandwerk“. Zu verstehen ist darunter eine Koordinationsstelle für Wirtschaftstreibende aus der Region – stationiert im örtlichen Rathaus. „Für uns ist Tschechien der große Hoffnungsmarkt. Wir merken einfach jetzt, dass sich drüben enorm viel tut. Über zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sind jetzt die Strukturen so weit aufgebaut, dass der Wirtschaftsmotor in Tschechien auf Hochtouren läuft. Da wird zum Beispiel derzeit gebaut wie bei uns in den 1970er-Jahren“,

erläutert Josef Thaller, Vizebürgermeister von Ulrichsberg, im Gespräch mit dem STANDARD.

Und wenn der Nachbar baut, will man in Oberösterreich nicht tatenlos zusehen. Thaller: „Wir haben gerade im Mühlviertel die Stein- und Holzexperten.“ Und die können sich ab dem Sommer im Ulrichsberger Rathaus Unterstützung für grenzübergreifende Geschäfte holen. „In erster Linie geht es um Übersetzungshilfen. Aber natürlich werden wir auch schauen, dass Ausschreibungen für Bauprojekte aufliegen und wir unsere Firmen beim Legen von Angeboten unterstützen“, erklärt Thaller. Ulrichsberg habe mit diesem Projekt eine Vorreiterrolle übernommen, aber eingeladen habe man auch andere Kommunen aus der Region. Thaller: „Die Kooperation ist wichtig, und es

gibt auch schon interessierte Gemeinden. Wir haben halt alle gemerkt, dass wir durch die Grenzöffnung zu Tschechien mehr in die Mitte gerückt sind. Wir sind nicht mehr das Ende der Welt.“ Insbesondere merke man dies beim Wintertourismus: „30 Prozent unserer Gäste kommen mittlerweile aus Tschechien.“

Heimatgefühle

Auch die Wirtschaftskammer Oberösterreich ortet zwischen Podwiltascherln und Böhmischem



Knödeln großes Entwicklungspotenzial. „Rund 2750 oberösterreichische Betriebe, das entspricht knapp 40 Prozent der Exporteure, sind bereits in Mittel- und Osteuropa tätig. Innerhalb der kommenden Jahre soll diese Zahl auf

mehr als 3000 ansteigen. Und da gilt es in Zukunft vor allem Tschechien als Heimmarkt für die heimische Wirtschaft zu erschließen“, gibt WKÖ-Präsident Rudolf Trauner ein ambitioniertes Ziel vor. Rund 1800 oberösterreichische Betriebe sind derzeit allein in Tschechien tätig – was be-

deutet, dass jeder vierte oberösterreichische Exportbetrieb im nördlichen Nachbarland aktiv ist.

Tschechien sei in den letzten beiden Jahrzehnten – durch die Ostöffnung Europas 1989, den EU-Beitritt Tschechiens 2004, gefolgt vom Beitritt zum Schengener Abkommen 2007 – noch viel stärker als zuvor in den Fokus vor allem auch vieler mittlerer und kleinerer Unternehmen gerückt. Trauner: „Die gesamten Warenexporte Österreichs nach Tschechien betragen im Jahr 2010 rund 4,1 Milliarden Euro.“

Damit ist Tschechien weltweit der sechstwertigste Absatzmarkt für Österreich und der wichtigste Absatzmarkt in Mittel- und Osteuropa.“ Der Anteil Oberösterreichs an den gesamtösterreichischen Tschechien-Exporten lag im Vorjahr bei mehr als 30 Prozent.

Trauner: „Oberösterreich lieferte 2010 rund 1,2 Milliarden Euro über die Grenze. Rund 4,3 Prozent der heimischen Ausfuhren finden folglich in Tschechien ihren Absatz.“ Grund genug also, dass die Wirtschaftskammer Oberösterreich auch im heurigen Jahr „gezielte Tschechien-Aktivitäten“ – von Einzelgesprächen mit Firmen bis hin zu sogenannten Marktsondierungsreisen – setzt.

„Ich will doch keine Millionen“

Kinderbetreuen in Wien: Swetlana aus der Ukraine möchte die Rot-Weiß-Rot-Karte

Swetlanas Karriere ist klassisch: Vor acht Jahren kam die heute 31-jährige Ukrainerin als Aupair, zunächst für ein Jahr nach Deutschland. Zu Hause war sie mit der Schule längst fertig, arbeitete seit drei Jahren auf einem Markt und verdiente dabei kaum Geld. Der Einstieg in den glorreichen Westen war trotzdem hart. Sie lebte in einem kleinen Dorf am Land, konnte kaum ein Wort Deutsch, und anstatt sich um den zehnjährigen Sohn der Familie zu kümmern, wurde Swetlana rund um die Uhr mit Hausarbeit eingedeckt. Wieder zurück in der Ukraine, war es auch nicht viel besser: Kein Job, kein Geld und keine Ausbildung, die ihre Eltern finanzieren konnten. Sie wollte wieder ins Ausland, dieses Mal in eine Stadt – und landete in Wien.

Die Familie, bei der Swetlana in Österreich wieder ein Jahr lang Aupair war, also auch dort gewohnt hat, ist bis heute „ihre Familie in Österreich“, sagt sie, für das Kind, das mittlerweile ein Teenager ist, ist sie wie eine große Schwester. Dort findet sie Unterstützung, wenn es Probleme gibt. Und die gab es immer wieder. „Solange ich studiere, ist alles gut!“, sagt sie und meint damit: kann sie hierbleiben.

Obwohl sie schon lange Jahre weg von zu Hause lebt, ist ihre Mama stolz, weil die Tochter in Wien studiert. Rund zwölf Stunden fährt man von Wien nach Czernowitz. Einmal im Jahr steigt Swetlana am Abend in den Bus (der kostet hin und retour rund 150 Euro) und fährt für einen Monat zurück in die Ukraine, um ihre

Schwester und die Eltern zu besuchen. Ihre Mutter war auch schon in Wien, hat sich das neue Leben der Tochter angeschaut. Mittlerweile lebt Swetlana mit Freundinnen in einer Wohngemeinschaft und hat verschiedene Kinderbetreuungs-Jobs. Hier in Wien fühlt sie sich heute „voll integriert“, sagt die junge Frau. Hier hat sie ihre Freunde, „schon viele mit Migrationshintergrund“, ihr Studium und ihre Arbeit.

Ihre Hoffnung ist die neue Rot-Weiß-Rot-Card (für Migranten in Mangelberufen), die ihren Aufenthaltsstatus verlängern könnte. Österreich brauche doch dringend Fachleute in der Kinderbetreuung, weiß Swetlana: „Ich will doch keine Millionen verdienen, einfach nur hier in Sicherheit leben!“

Mia Eidhuber

Inflation im Euroraum nimmt zu

2,8 Prozent Preisauftrieb im April – Druck auf EZB steigt

Brüssel – Ein unerwartet kräftiger Anstieg der Inflation in der Eurozone erhöht den Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) für eine rasche Zinserhöhung. Die Verbraucherpreise zogen im April um durchschnittlich 2,8 Prozent im Jahresabstand an, wie das Statistikamt Eurostat in Brüssel nach vorläufigen Berechnungen mitteilte. Das ist der stärkste Preisanstieg seit Oktober 2008. Experten hatten damit gerechnet, dass die Teuerungsrate vom März (2,7 Prozent) im April unverändert bleiben würde.

„Die heutigen Zahlen werden denjenigen im EZB-Rat Rückenwind geben, die auf eine schnellere Normalisierung der Geldpolitik drängen“, sagte Commerzbank-Analyst Ralph Solveen. Die EZB werde spätestens im Juli die Zinsen weiter erhöhen.

Die EZB hatte im April den Leitzins angehoben und das mit der steigenden Teuerung begründet. Stabile Preise sieht die EZB mittelfristig bei einer Inflation von rund zwei Prozent gewährleistet.

Details zur Inflation in der Eurozone legen die Statistiker erst Mitte Mai vor. Nach Ansicht von Experten dürfte erneut teure Energie der Hauptpreistreiber sein. Allerdings gehen immer mehr Experten davon aus, dass die Preise langsam auf breiter Front zulegen. „Je länger sich die Inflationsrate auf einem erhöhten Niveau behauptet, desto größer wird das Risiko, dass sich der von den Energiepreisen ausgehende Impuls durch die Preiskette arbeitet und sich die Inflation auf höherem Niveau verfestigt“, sagte Postbank-Ökonom Heinrich Bayer. (Reuters)

Ärzteaustausch im Grenzgebiet

Zuerst kamen die Deutschen, nun gehen die Österreicher

Jutta Berger

Bregenz – Seit den 1990er-Jahren wird in Deutschland um Ärztinnen und Ärzte für österreichische Krankenhäuser geworben. In Österreich war damals wie heute der Bedarf an Fachärzten groß, in Deutschland der Ärger über schlechte Arbeitsbedingungen. Letzteres hat sich geändert, die deutschen Gesundheitspolitiker und Krankenträger haben aus der Abwanderung gelernt.

„Die Proteste der deutschen Kollegen haben zu besseren Arbeits- und Gehaltsbedingungen geführt, der Zustrom aus Deutschland ist versiegt“, sagt Burkhard Walla, Vize-Präsident der Vorarlberger Ärztekammer. Der Vertreter der Krankenhausbetriebe bemerkt eine Trendumkehr. „Junge Kolleginnen und Kollegen gehen nach Deutschland, um dort ihren Facharzt zu machen.“ Was die Situation an Vorarlberger Spitälern weiter verschärft: „Wir haben große Probleme bei der Nachbesetzung von Facharztstellen.“ Zahlen der Ärztekammer Österreich bestätigen Wallas Beobachtung: Aktuell arbeiten in Österreich 1600 deutsche Ärztinnen und Ärzte, in Deutschland 2500 österreichische.

Wegen der Gegend

Warum wandern deutsche Ärzte ins Nachbarland ab? „1993 bin ich zum ersten Mal nach Vorarlberg gekommen, weil da massiv die Werbetrommel gerührt wurde“, erinnert sich Bert Griefshammer, Oberarzt am Landeskrankenhaus Bregenz. „Damals waren an einzelnen Abteilungen mehr deutsche als österreichische Oberärzte, inzwischen haben wieder die Österreicher die Majorität.“

Der Internist ging nach einem Jahr wieder nach Deutschland zurück, weil es für den auf Gastroenterologie spezialisierten Mediziner in Vorarlberg noch nicht das passende Arbeitsumfeld gab. Vor sieben Jahren probierte er es zum zweiten Mal und blieb als Pendler – „aber nicht wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in Deutschland, sondern wegen der Gegend am Bodensee“, bestätigt Griefshammer den Slogan vom „Arbeiten, wo andere Urlaub machen“.

Die Landschaft sei für viele ein entscheidendes Argument, einen Arbeitsplatz im Vier-Länder-Eck zu suchen, sagt Gerald Fleisch, Geschäftsführer der Krankenhaus-Betriebsgesellschaft. „Die Vorarlberger Krankenhäuser sind auf Migranten angewiesen“, sagt der Manager, „ohne sie würde das Unternehmen nicht funktionieren.“ Menschen aus 41 Nationen arbeiten in den Gesundheitsbetrieben. „Migration ist für uns an der Grenze zu drei Nachbarländern ein ständiges und spannendes Thema. Wir profitieren davon, durch Wissenstransfer und kulturelle Einsichten.“

Die größte Migrantengruppe ist jene der Deutschen, 238 arbeiten an Vorarlberger Krankenhäusern, 61 davon als Ärztinnen und Ärzte. Ressentiments gegen deutsche Kollegen gebe es nicht, ist Gerald Fleisch überzeugt. Bert Griefshammer ist sich da nicht so sicher: „Insgesamt wird das Klischee vom arroganten deutschen Besserwisser schon noch strapaziert. Manche Kollegen meinen auch, nach Österreich komme nur, wer in Deutschland gescheitert sei. Offen ausgesprochen werden solche Vorurteile aber nicht.“



1989 traten die Bürger der in Auflösung befindlichen Deutschen Demokratischen Republik zunächst illegal, letztlich legal über die Grenze von Ungarn nach Österreich.

Foto: Corbis / Peter Turnley

Speeddating für Kellner aus dem Osten Deutschlands

Niedrige Entlohnung und unattraktive Arbeitszeiten führen im Tourismus zu Arbeitskräftemangel. Im Salzburger Pongau behelfen sich Arbeitsmarktservice und Hoteliers mit Arbeitsmigranten aus Ostdeutschland.

Thomas Neuhold

Salzburg – Im Salzburger Pongau hängt viel, wenn nicht alles, am Tourismus. In manchen Gemeinden werden 75 Prozent der Wirtschaftsleistung mit dem Fremdenverkehr erbracht. Kommt es zu einem Personalengpass, dann wird das für viele Betriebe – aber auch für ganze Talschaften – schnell existenzbedrohend.

Im Jahr 2003 habe man diesen Punkt erreicht, erzählt Thomas Burgstaller, Leiter des Arbeits-

marktservice in Bischofshofen. Mit dem Kontingent von rund 800 Arbeitskräften aus Drittstaaten außerhalb der EU – bei insgesamt etwa 10.000 Beschäftigten – für die Wintersaison sei man einfach nicht mehr über die Runden gekommen. Der boomende Wintertourismus drohte am Personal-mangel zu kollabieren.

AMS und Wirtschaftskammer entschlossen sich zu einem radikalen Schritt: Auf der Suche nach „qualifizierten und arbeitslosen“ Tourismuseinsteigern im EU-

Raum wurden Burgstaller und die Pongauer Hoteliers in Ostdeutschland fündig. Konkret auf der Insel Rügen. Deren Tourismusstruktur ist zum Pongau quasi spiegelverkehrt: Dem starken Sommer auf Rügen steht eine schwache Wintersaison gegenüber. In Salzburg dominieren die Wintergäste, der Sommer läuft für die Mehrheit der Betriebe eher flau.

AMS und Unternehmer haben in Deutschland richtiggehende Job-messen veranstaltet. Wobei die Assoziation eines Sklavenmarktes laut Burgstaller völlig falsch sei. Es war vor allem Aufgabe der Be-

triebe, sich für die Köche und Kellner attraktiv zu präsentieren – quasi per Speeddating, um Mitarbeiter zu werben.

Dazu werden noch eigene Hochglanz-Werbe-



Die Idee hat sofort eingeschlagen: Binnen zwei Stunden waren im Jahr 2003 einhundert Jobs vermittelt. 2009 kamen bereits achtzig neunhundert Tourismusfachkräfte aus Ostdeutschland in den Pongau.

Vergangene Saison waren rund eintausend Deutsche im Pongauer Fremdenverkehr beschäftigt. Aus allen anderen EU-Staaten zusammen kamen nur knapp doppelt so viele Arbeitskräfte.

Dass die Jobs in Österreich für die Deutschen so attraktiv sind, erklärt sich laut Burgstaller nicht zuletzt mit der vergleichsweise besseren Entlohnung. Im Salzburger Wintertourismus kämen Fachkräfte auf 1300 Euro netto im Monat – zuzüglich Sonderzahlungen und Quartier. Auf Rügen würde

für die gleiche Tätigkeit deutlich weniger gezahlt. „Ein Koch verdient dort im Schnitt 1000 Euro – und das nur zwölfmal im Jahr“, erklärt Burgstaller.

„Krisenintervention“

Viele deutsche Saisoniers würden mit siebentausend Euro oder mehr in der Tasche im Frühjahr wieder die Heimreise antreten. Freilich ganz problemlos ist die Anwerbung von Ostdeutschen nicht immer, weiß auch Burgstaller.

Anfangs habe rund ein Fünftel den Job wieder hingeschmissen. Die neu geworbenen Arbeitskräfte waren freilich von so großer Bedeutung, dass Kammer und AMS sogar eine „Kriseninterventionsstelle“ eingerichtet haben, um die

Drop-out-Rate zu senken. Mit Erfolg: Aktuell liege die Ausfallsrate bei etwa zehn Prozent, berichtet Burgstaller. Eines der wesentlichsten Motive, Österreich wieder zu verlassen, sei in der Topografie des Alpenlandes zu suchen.

Menschen, welche die weiten Ebenen Norddeutschlands und den freien Blick bis zum Horizont gewohnt seien, hätten mit den hohen Bergen, den engen Tälern Probleme. Sie fühlten sich „vom Berg erdrückt“.

„Topfen oder Quark“

Auch „Heimweh“ sei für die mehrheitlich noch relativ jungen Menschen ein Thema. Die deutschen Mitarbeiter hätten während der bis zu sechs Monate dauern-

den Saison kaum die Möglichkeit, einen Heimaturlaub anzutreten. Dem sprachlichen und mentalen Unterschied begegnen die Pongauer Touristiker mit speziellen Trainingsprogrammen.

Ganz oben auf der Agenda stehen dabei Themen wie „die Eigenheiten der Österreicher“. Und ganz im Sinn von Karl Kraus, wonach das Einzige, was die Österreicher und die Deutschen trenne, die deutsche Sprache sei, steht dabei die Sprachkompetenz im Mittelpunkt.

Es heißt eben Apfelsaft oder Obi gespritzt und nicht Apfelschorle, man sagt Topfen und nicht Quark. Und was ein „Almdudler mit Leitung“, eine Melange oder ein kleiner Brauner ist, musste auch erst gelernt werden.

„Das Schönste war, immer Arbeit zu haben“

Kellnern in Tirol: Yvonne Meissner aus Brandenburg

Innsbruck – Yvonne Meissner kann sich vorstellen, in ihrer alten Heimat die Rente zu verbringen. Aber um dortzubleiben und seinen beruflichen Weg zu finden, hat es nicht gereicht. „Daheim findet man so schlecht Jobs“, erzählt Yvonne Meissner.

Deshalb ist die 28-Jährige vor rund zehn Jahren von Brandenburg nach Tirol gekommen: „Ich hätte ohne Führerschein überhaupt keine Arbeit gefunden, auf den Ländereien zu Hause.“ Das sehe sie bei ihrer Mutter. Diese mache eigentlich alles. Derzeit arbeite sie eben in einem Stall, „irgendwas bei Pferden“, im heimatischen Landkreis Elbe-Elster.

Ein anständiges Gehalt

Yvonne kellnert derzeit im In-Lokal Wolke 7 auf der Hungerburg über Innsbruck. Endlich geregelte Arbeitszeiten und ein anständiges Gehalt. Wie viel sie verdient, will sie nicht verraten, denn: „Über Geld redet man nicht. Aber ich kann gut davon leben.“

Gelernt hat sie eigentlich Schaubereitstellung, also Dekorateurin, erzählt sie. Nach zehn Jahren Schule und vier Jahren Lehre landete Yvonne dann aber doch im Service, und das weit weg von zu Hause.

Über das Arbeitsmarktservice lernt sie die Möglichkeiten kennen, in der Tiroler Gastronomie zu arbeiten. Jahrelang ist Yvonne „auf Saison“, kellnert sich durch diverse Bars in den hochfrequentierten Tourismusorten wie Ischgl, Sölden, Vent oder Längenfeld.

Sie wollte „voll im Stress sein“, und es sei ja auch super gewesen. „Das Schöne war, immer Arbeit zu haben in den letzten Jahren“, sagt Yvonne: „Und man lernt durch die Saisonarbeit auch viele Menschen kennen. Die werden Freunde, und dann wandert man zusammen von einer Saison zur nächsten, von einem Ort zum nächsten.“

Seit zwei Jahren lebt Yvonne in der Tiroler Landeshauptstadt. „Jetzt will ich es ein bisschen ruhiger angehen. Und auch mal an mich denken.“ Heim nach Deutschland, nach Brandenburg ging es in den Jahren auf Saison immer nur dann, wenn nichts los war, also im Frühjahr oder Herbst.

Urlaub, einmal im Jahr

Jetzt, mit der geregelten Arbeitszeit in der Wolke 7 geht sich der Heimurlaub nur mehr einmal im Jahr aus. Und dann fühle sie sich fremd: „Es ist nicht mehr so, wie ich es als Kind erlebt habe. Der Landkreis stirbt aus. Alle ziehen weg, weil es keine Arbeit gibt.“ Und auch die Familie wird ihr immer fremder.

Nach dem Alter ihrer Geschwister gefragt, muss sie nachrechnen. „Sie sind halt nicht mehr so präsent.“ Die drei sind trotzdem immer bei ihr. Denn das Einzige, was sie bei ihren zahlreichen Umzügen immer mitnimmt, sind Gedanken an die Geschwister, je ein Plüschtier.

Ob sie Gedanken hegt, irgendwann wieder zurück nach Brandenburg zu ziehen? Der Gedanke ist da, der Zeitpunkt ist ungewiss. „Vielleicht, wenn ich in Pension gehe“, sagt Yvonne. Denn: „Die Arbeit ist hier. Und die Landschaft ist auch schön.“

Und auch ohne ihre Brandenburger Familie habe sie viele Freunde. Die kämen hauptsächlich aus ihrer alten Heimat, Deutschland. Von denen seien ja so viele hier in Tirol. (ver)

Eine Bildgeschichte der Arbeitsmigration

Erich Lessing ist der österreichische Doyen des Fotojournalismus. Für den STANDARD wählte er aus dem Archiv der Foto-Agentur Magnum und seinem eigenen wichtige Szenen aus der Geschichte der Wanderarbeit.

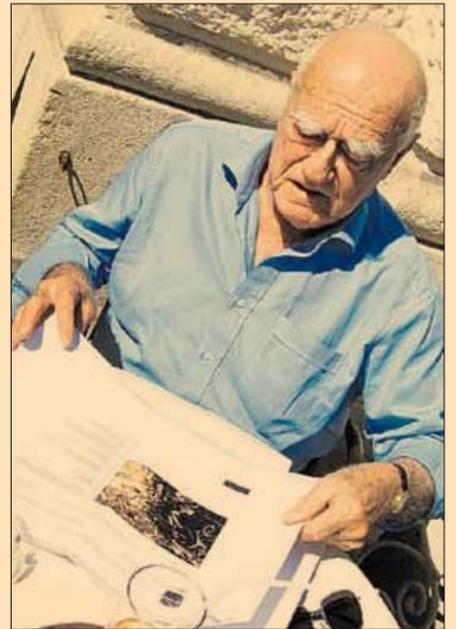
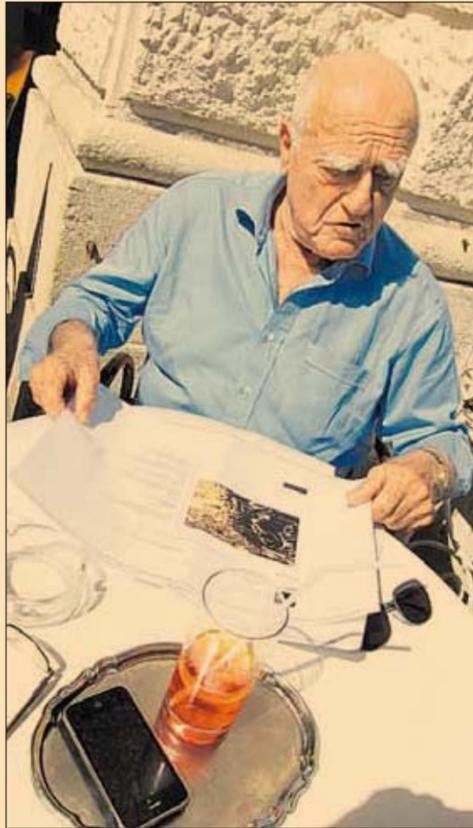
Michael Freund

Wien – Legale und illegale Arbeit, schlecht oder gar nicht bezahlt, manches freiwillig und mit Freude, vieles in unzumutbaren Umgebungen geleistet, von kräftigen Erwachsenen oder von Kindern: Erich Lessing sichtet Fotodokumente aus den letzten Jahrzehnten für die vorliegende STANDARD-Ausgabe.

In gewisser Weise ist es ein Heimspiel, denn er gehört zu der Riege der Fotografen, von denen die Bilder stammen, Mitglieder der Agentur Magnum allesamt. Er kennt die Bilder, weiß von der Symbolwirkung, die sie gehabt haben, von den Geschichten, die mit ihren Machern verbunden sind – Zeitgeschichte, in Einzelmomente zerlegt, in der Erinnerung wieder zusammengefügt.

Es ist ein Heimspiel, doch auch eine ernste Aufgabe, und Lessing widmet sich ihr konzentriert, während er in der Frühlingssonne auf der Terrasse der Konditorei Sluka sitzt, einen Campari Soda vor sich und das Mobiltelefon am Ohr: „Ich brauche die Fotos von dem Migrantenort in der Türkei aus den Fünfzigerjahren“, gibt er dem Mitarbeiter in seinem Archiv durch. „Stellen Sie sie bitte in den Server.“ Klick, Ende, nächstes Bild.

Erich Lessing wird im Juli 88 Jahre alt. Doch wie er umsichtig und professionell das Geschehen weiterreibt, zwischen zwei Gästen am Tisch, dem Frühlingswind in den Papierstößen und dem nächsten Termin im Schwarzen Kameel die Ruhe bewahrt, merkt man ihm die letzten mindestens zwanzig Jahre nicht an. Er ist ein beeindruckender Beweis dafür, dass Arbeit jung hält. Viel Arbeit, die er zwar auch delegiert, für die er aber letztlich verantwortlich ist. Immer wieder ist er unterwegs zu



Erich Lessing trifft seine Auswahl bedeutender Szenen aus der Fotogeschichte der Arbeitsmigration in allen Erdteilen.

Fotos: Michael Freund

Aufnahmen im In- wie im Ausland. Sieben Angestellte kümmern sich in einem Büro in Neuwaldegg um das „Lessing Photo Archive“, sie digitalisieren, restaurieren, versenden, organisieren Ausstellungen. Dabei geht es um einen riesigen Bestand, die Ernte von fast 60 Jahren.

Lessing flüchtete als 16-Jähriger nach Israel, seine Familie kam im Holocaust um. Nach dem Krieg kehrte er nach Österreich zurück, über seine spätere Frau Traudl kam er als Fotoreporter zu Associated Press. 1951 wurde er Mitglied der in Paris kurz zuvor gegründeten Fotografen-Kooperative Magnum. Sein Hauptarbeitsgebiet war der

damalige Ostblock, Weltruhm erlangte er mit Bildern aus dem Ungarn-Aufstand 1956.

Schon damals aber fühlte er sich zu anderen Arbeiten hingezogen. „Mein Traum waren die Museen.“ Ein Traum, der um so realistischer wurde, als die Reportagefotografie ihre Bedeutung langsam verlor. Also begann er, systematisch das archaische und kulturelle Erbe von Museen und ganzen Landesteilen zu dokumentieren. Dies war eine Arbeit, die auch heute nicht von Schnappschuss-Athleten billig geliefert werden kann – als hätte Lessing gewusst, dass die professionelle Archivierung von Kulturobjekten

zu einem nachgefragten Schatz werden würde. Nicht nur die Vielseitigkeit und hohen Standards bewundert daher Lessings junger Branchenkollege Peter Rigaud an ihm, sondern auch „die Klugheit, sich das Recht am Bild zu sichern“ – eine alte Magnum-Maxime, bestens weitergeführt.

Ohne Ranküne blickt Lessing auf die Entwicklung der Fotografie in den letzten Jahrzehnten zurück. Selbst arbeitet er nach wie vor im analogen Medium, von Kleinbild bis zur 4x5-Zoll-Fachkamera, aber natürlich lässt er die Ergebnisse digitalisieren. Bis zu 100 MB kann die detailreiche Ansicht einer Skulptur schon ergeben. Doch mit technischen Fachsimplereien hält Erich Lessing sich nicht lange auf. Der nächste Termin wartet.

www.lessing-photo.com



Der Empfindung ihre Stimme

„Das andere Konzert“ mit Elgars Cellokonzert

Wien – „Anders“ ist ein Konzert, wenn ein Mann, der aussieht wie ein Dozent einer englischen Uni, sich zwischen den Sätzen eines Werkes mit einer Puppe, die er „Onkel“ nennt, über Musik unterhält. „Das andere Konzert“ nennt das Konzerthaus folgerichtig diese Reihe, die „familiengerechte Alternative zur üblichen Orchestermusikvermittlung“. Der Dozent heißt Christopher Widauer, ist Gründer des Kabinetttheaters und kulturpolitischer Berater des Wiener Kulturstadtrates.

Hier erzählte Widauer über Edward Elgars Cellokonzert; in der verwandtschaftlichen Doppelkonferenz wurden biografische, musikwissenschaftliche und geschichtliche Basics über den Komponisten in Disputform aufberei-

tet: War Elgar ein „Hundertwasser des Musik“? War seine Musik populär oder populistisch? Ist Schönberg besser, da avantgardistischer? Und wieso ist Elgars Musik so traurig?

Den Fragen und Antworten lauschten ein angenehm gemischt-altriges Publikum, die Wiener Symphoniker, Dirigent Thomas Dausgaard und Solist Steven Isserlis. Zwischendurch wurde das Werk dann auch gespielt, Isserlis gelang dies unfassbar feinfühlig, virtuos und frei. Der Engländer spielte keine Noten oder Töne, er empfand in klingender Weise. So wurde sein Celloton zu einer Stimme, die mit schönerem Gesang berührte als die komplette Stimmbandkollegenschaft. (end) *Konzerthaus, 30. 4., 19.30*

Farbmagie der Übergänge

Starpianist Leif Ove Andsnes im Musikverein

Wien – Gegen greifbare Skepsis anspielen musste Leif Ove Andsnes am Donnerstagabend im Musikverein. Das lag allerdings nicht an seiner Person – dem norwegischen Starpianisten jubelte das Publikum im Goldenen Saal ansonsten frenetisch zu –, sondern an einem der gewählten Werke.

Arnold Schönbergs *6 kleine Klavierstücke* op. 19 standen nach der Pause auf dem Programm, und das Räuspern, Husten und Murmeln blieb derart lange im Mezzofortebereich, dass Andsnes mehrfach zum Beginnen im dreifachen Piano ansetzte, um dann doch wieder auf die nötige Stille zu warten.

Inmitten aller geradezu greifbaren Unruhe skizzierte er dann die expressionistischen Miniaturen, die inzwischen genau 100

Jahre auf dem Buckel haben (!), so zart und nuanciert wie unter diesen Umständen möglich. Die ästhetizistische Kultiviertheit seines Spiels hätte das Eruptive an Schönberg gerade auch den Skeptischen auf beinahe kulinarische Weise vermitteln können.

Allein die dazu nötige konzentrierte Atmosphäre ließ der Saal in den wenigen Minuten, die op. 19 dauert, schlichtweg nicht aufkommen. Dafür war das Auditorium beim Rest des intelligent konzipierten Programms mit Brahms' *Vier Balladen* op. 10 und zwei Beethoven-Sonaten ganz Ohr. Die „Waldstein“-Sonate präsentierte Andsnes als brillant huschendes Räderwerk mit magischen Farbwirkungen. Ebenso gekonnt waren allmähliche Tempoübergänge, kaum merkliche Zurücknahmen und furiose Steigerungen.

Merkwürdig blieb allerdings den ganzen Abend über der Eindruck einer gewissen Distanz, der daraus resultierte, dass sich Andsnes im Zweifelsfall innerlich zurückhalten schien und besonders bei Beethovens das Schrofne, Zerklüftete abbilderte. Und das Arietta-Thema der *c-Moll-Sonate* op. 111 erschien bei ihm fast als Bieder. Die beiden Zugaben von Kurtág und Chopin waren dann abermals voller Poesie. (daen)

Wiener Festwochen mit Vorausblicken in die Global-Eiszeit

Ronald Pohl

Wien – Die am 13. Mai offiziell beginnenden Wiener Festwochen 2011 versammeln 46 Produktionen aus 24 Ländern, verteilt auf 224 Vorstellungen: Fast 44.000 Eintrittskarten sind aufgelegt, was einem Rückgang gegenüber 2010 von rund 8000 Tickets entspricht.

Aus Anlass der letzten Programmpressekonferenz im Wiener Museumsquartier wurden ein letztes Mal Vorab-Stimmungen heraufbeschworen. Ein Filmtrailer von Markus Greussig zeigte allerlei Schnee-Impressionen und glaziale Überformungen: Die Welt – einschließlich ihrer grönländischen Ausläufer – ist ein tendenziell unwirtlicher Aufenthaltsort geworden. Das oftmals nur begrenzte regionale Bleiberecht erlegt den Weltbürgern einen Zwang zur Mobilität auf, der, wenigstens bei flüchtiger Betrachtung, Kopfsausen erzeugt.

Die Hardcore-Porno-Simulationen des allerdings ingeniosen ungarischen Regisseurs Kornél Mundruczó (*Es ist nicht leicht, ein Gott zu sein*) hat am 18. Mai Premiere) korrespondieren dann zwanglos, aber folgerichtig mit den Verheißungen des Japan-Schwerpunkts (*Castle of Dreams* von Daisuke Miura/Potudo-ru, Premiere am 1. Juni). Das globale Menschenelend ist ein fragiles Transportgut. Programmleuten wie das *forum festwochen ff* (Titel: „Überlebensstrategien“) verweisen daher auf das Bedürfnis der Festivalmacher, voran von Programmdirektorin Stefanie Carp, das pauschale Gerede von der „Vernetzungsarbeit“ in die härtere Währung internationaler Kunstarbeit zu übersetzen.

Luc Bondy bot nicht nur Einblicke in seine *Rigoletto*-Probenarbeit, sondern unriss auch seine Situation als Leiter des Pariser Odéon-Théâtre de l'Europe ab März 2012: Er werde versuchen, eine Zusammenarbeit mit den Festwochen zu entwerfen. Seine Pariser Direktion werde ihn in Wien nicht beeinträchtigen. *Kassenvorverkauf ab heute, Samstag, 10 bis 18 Uhr*

www.festwochen.at

KULTUR-TIPP

TAGESAKTUELL

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

WEINDEGUSTATION

Vinum Francia – Französische Weinmesse

35 Gewinner aus 11 Weinregionen

Hotel Sofitel Vienna Stephansdom
2., Praterstraße 1, Sa 13–21.30 Uhr
www.vinumfrancia.com

WIEN

AUSSTELLUNG

»Thomas Bernhard. DAS FÜHRT ALLES ZU NIX«

Westlicht. Schauplatz für Fotografie, Sa, So 11–19 Uhr
7., Westbahnstraße 40
www.westlicht.com

WIEN



© Sepp Dreisinger

Mobilität darf keine Einbahnstraße sein

Die Erweiterung der Arbeitsmärkte ist gerade in einem krisenhaften Europa sinnvoll, da höhere Mobilität Arbeitslosigkeit zu reduzieren hilft. Das Risiko der Abwanderung von Arbeitskräften gilt es dabei richtig einzuschätzen.

László Andor

Den 1. Mai kennen wir seit langem als Tag der Arbeit. Er ist weltweit dem Gedenken an den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung gewidmet. Der 1. Mai 2011 ist gleichzeitig der siebente Jahrestag der größten Erweiterung in der Geschichte der EU, und an diesem Tag werden auch einige der allerletzten Barrieren fallen, die sich der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch entgegenstellen. Ab dem 1. Mai können die EU-15-Staaten ihre Arbeitsmärkte nicht mehr vor den Arbeitnehmern aus den EU-8-Staaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind, verschließen. Arbeitskräften aus Ungarn, der Tschechischen Repu-



Lange Menschen-schlangen vor einem Jobcenter für Arbeitslose in Madrid: Die EU-Kommission soll mithelfen, Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt besser zusammenzubringen.

Foto: AP

blik, der Slowakei, Slowenien, Polen, Lettland, Litauen und Estland wird es freistehen, in den anderen Mitgliedstaaten Arbeit zu suchen. Und das ist eine gute Nachricht.

Damals, im Mai 2004, trübten die Beschränkungen in den EU-8-Staaten bei vielen die Freude über den Beitritt; in der EU-15 hatte sich die Sorge verbreitet, auf einem offenen Markt könnten durch den Zustrom von Arbeitskräften aus Ländern wie Polen oder der Tschechischen Republik Löhne und Arbeitsplätze gefährdet sein.

Doch Berichte der Europäischen Kommission aus den Jahren 2006 und 2008 haben gezeigt, dass die Migrationsströme von Ost nach West für die EU-15 eindeutig positiv waren, vor allem für Länder, die den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten von Anfang an uneingeschränkt öffneten. Die neuen Arbeitskräfte verdrängten keineswegs die einheimischen; vielmehr schlossen sie bestehende Lücken. Weder verschärften sie die Arbeitslosigkeit, noch belasteten sie über Gebühr die Sozialdienste. Staatsangehörige der „neuen“ Mitgliedstaaten machen in den „alten“ Mitgliedstaaten nur rund 0,7 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. Für die Migranten aus Nicht-EU-Ländern liegt die Zahl viel höher, nämlich bei knapp sechs Prozent.

Offene Arbeitsmärkte haben auch zum Rückgang der Schwarzarbeit beigetragen, und die Angst vor Sozialdumping hat sich als unbegründet erwiesen. Von 2003 bis 2007 stiegen die Löhne inländischer Arbeitnehmer sowohl in den Entsende- als auch in den Aufnahmeländern weiter. Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen dorthin gehen, wo es Arbeit gibt. Grenzüberschreitende Beschäftigungsmobilität ist ein selbstregulierendes Phänomen und geht in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs zurück.

Aber die Rücknahme der Beschränkungen gerade im krisenhaften Klima des Jahres 2011 kann auch gemischte Gefühle wecken. Wenn mehr und mehr Bürger Monat für Monat kämpfen müssen, um über die Runden zu kommen,

werden die protektionistischen Forderungen lauter. Und auch wenn alle Staaten jetzt ihren Arbeitsmarkt für die EU-8-Bürger öffnen, bleibt für Rumänien und Bulgarien unter Umständen noch eine Wartezeit bis Dezember 2013. Die Finanzkrise hat das soziale Europa auf die Probe gestellt. Trotz aller Schwierigkeiten setzte sich die EU im vergangenen Jahr im Rahmen der Strategie Europa 2020 ehrgeizige Ziele für mehr und bessere Arbeitsplätze.

Doch die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt nicht überall an. Für junge Menschen ist es besonders schwer, einen ersten Arbeitsplatz zu finden, und ältere Arbeitskräfte müssen sich darauf einstellen, länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben. Mobilität ist aber ein Teil der Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems in Europa. Dies ist der Kerngedanke, der hinter der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ steht. Für ein optimales Ergebnis müssen wir uns auch darum kümmern, was

in den Herkunfts- und Zielländern zur Bewältigung der Mobilität zu tun ist.

In den Herkunftsländern müssen Anstrengungen unternommen werden, damit sichergestellt ist, dass die Mobilität nicht zur Einbahnstraße wird. Es muss das Risiko der Abwanderung von Arbeitskräften bewertet werden, besonders in den medizinischen und den IKT-Berufen. Die Mobilität der Fachkräfte sollte nicht nur

in eine Richtung gehen, d. h. sie sollten wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen ins Herkunftsland zurückbringen und so später zur Entwicklung der örtlichen Wirtschaft und Gesellschaft beitragen.

Zur Vermeidung von Störungen sollte in den neuen EU-Mitgliedstaaten der soziale Dialog intensiviert und optimale Beschäftigungsstrategien aufgestellt werden.

Während in einigen Zielländern immer noch ein gewisses Unbehagen über den Zustrom von Arbeitskräften herrscht, gibt es in vielen Ländern bereits einen Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen und Berufen

(Ingenieure, Handwerksmeister, Ärzte usw.). Die Europäische Kommission kann mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Fähigkeit unserer Arbeitsverwaltungen zu verbessern, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zusammenzubringen. Die jüngsten Debatten über die Mobilität haben außerdem deutlich gemacht, dass der Mindestlohn auch in denjenigen Ländern, in denen er nicht institutionalisiert ist, ein nützliches Instrument sein kann. Wenn die Erfahrungen nach der vollständigen Öffnung positiv sind, sollte man auch die Fristen für Rumänien und Bulgarien überdenken.

Am Tag der Arbeit sollten wir hervorheben, dass die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten und zu studieren, eine der großen Errungenschaften für die Bürger Europas ist.

LÁSZLÓ ANDOR stammt aus Ungarn und ist seit 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration.



László Andor: Migrationsströme sind positiv.

Foto: AP

HANS RAUSCHER

Vergriechenlandisierung Österreichs



Griechenland ist den Bach hinuntergegangen, weil dort a) jahrzehntelang fast niemand Steuer gezahlt hat; weil b)

der Staat ein riesiges Klientelwesen mit einem überdimensionierten Beamtensystem und einem Pensionistenparadies eingerichtet hat; und c) all das auf Schulden finanziert wurde, bis es nicht mehr ging.

In Österreich ist nur Punkt a) ganz anders. Hier werden Steuern (und Sozialabgaben) gezahlt, allerdings von einer schrumpfenden Schicht: Von 6,4 Millionen Einkommensbeziehern – Aktiven und Pensionisten – zahlen 2,7 Millionen (42 Prozent) keine einkommensbezogenen Steuern.

Punkt b) und c) bewegen sich in Richtung Hellas. Es existiert ein gewaltiges Klientelwesen – Frühpensionisten, Bauern, Beamte, Bedienstete der ÖBB, Bezieher undurchsichtiger Förderungen. Die Kosten dafür steigen rasant. So steigen z. B. die Zuschüsse des Staates zur gesetzlichen Pensionsversicherung 2011 auf knapp zehn Milliarden Euro. Mit den Beamtenpensionen wendet der Staat schon rund 25 Prozent seiner Ausgaben für die Pensionen auf. Das alles wird zu einem immer größeren Teil auf Schulden finanziert. Die Zinsen dafür machen derzeit 8,3 Milliarden aus, mehr als das gesamte Bildungsbudget. Heuer gehen 37 Prozent aller Staatsausgaben auf Pensionen und Zinsendienst drauf, 2013 werden es 39 Prozent sein. Forschung und Entwicklung, Bildung und andere Zukunftsinvestitionen können sich brausen gehen. Österreich investiert – auf Schulden – in die Vergangenheit.

Welche zukunftsweisenden Ansagen haben wir dazu von Spitzenvertretern der neu gebildeten Koalitionsregierung?

Bundeskanzler Werner Faymann sagte schon früher, er sei gegen eine Verwaltungsreform, denn da gingen ja Arbeitsplätze verloren. Aktuell meinte er, die rasante Vergriechenlandisierung Österreichs sei durch „sozial gerechte Einnahmen“ zu stoppen. Darunter ist eine Steuer auf die zu verstehen, die sich im Leben etwas geschaffen haben, um weiter die Frühpensionisten und den geschützten Sektor (ÖBB, Gemeindebedienstete) alimentieren zu können.

Die neue Finanzministerin Maria Fekter hat die richtigen konservativen Schlüsselbegriffe angesprochen: Sie sei eine Hüterin des Geldes der Steuerzahler, Schulden seien pfui, und sie wolle „Anwältin der Leistungsträger“ sein. In ihrer Strategie seien keine neuen Steuern enthalten.

Aber auch sie hat bereits eine Absage an den Abbau unnötiger (Länder-)Strukturen erteilt, auch sie wird sich mit den Bundesländern nicht wirklich anlegen, und ob sie es zusammenbringt, die Dynamik bei den Pensionen und den Einkommen der Bürokratie zu bremsen, ist angesichts der realen Situation in der ÖVP fraglich. Die Partei betreibt eine Kernschichtenstrategie und die Kernschicht sind eben die Beamten und die Bauern.

Fekter kann so „tough“ sein, wie sie sich gibt und wie sie will, aber der Punkt ist, ob sie die Grundsituation verstanden hat: um Österreichs Vergriechenlandisierung (nicht nur finanziell) zu stoppen, bedarf es eines Mentalitätswechsels, zunächst einmal an der Spitze der Regierung.
hans.rauscher@derStandard.at



LESERSTIMMEN

Sicherheit allein zählt

Betrifft: „25 Jahre und kein bisschen weise“ von Petra Stuibler

DER STANDARD, 23. 4. 2011

In Ihrem Kommentar zur AKW-Problematik nehmen Sie offenbar an, dass die strikte Einhaltung von Vorschriften genügen würde. Das ist leider ein Irrtum (obwohl dieses Denken unserem Obrigkeitsstaat so gut entspricht). Wenn es uns nicht gelingt, die Sicherheit von vornherein so in die Kraftwerke einzubauen, dass es weder auf die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Betriebsvorschriften noch auf jene des Bedienungspersonals ankommt, dann dürfen diese AKWs überhaupt nicht in Betrieb genommen werden.

Ein nachträglicher Hinweis, dass es leider ein unkalkulierbares Restrisiko gegeben habe, ist nur dann hinzunehmen, wenn wir uns berechtigt glauben, einen Landstrich nach dem anderen dauerhaft zu verseuchen.

Ludwig Treitinger per Internet



Kunstauktion 2011

KUNSTAUKTION ZEITGEOSSISCHER KUNST
zugunsten von **SOS MITMENSCH**

Donnerstag, 05. Mai 2011, 19 Uhr
Großer Kassensaal der Postsparkasse
Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien

Besichtigung der Arbeiten ab 02. Mai
zu den Öffnungszeiten des Kassensaals



„Dehnbare Familiengebilde“

Die Soziologin Karen Körber über weibliche Arbeitsmigration, transnationale Familien und einen nüchternen Blick auf Elternschaft.

Von Andrea Roedig

STANDARD: *Der klassische „Gastarbeiter“ war ein männlicher Industriearbeiter. Heute hat sich der Arbeitsmarkt verändert, hunderte-tausende legal und illegal beschäftigte Pflege- und Hausarbeitskräfte sind in Westeuropa und den USA beschäftigt – kann man sagen, dass Migration weiblich wird?*

Körber: Im Zuge der Ausdifferenzierung der Dienstleistungsgesellschaft in den letzten 20 Jahren können wir eine Feminisierung von Migration feststellen. Das Bild vom männlichen Brotverdiener ist zwar immer noch öffentlich dominant, entspricht aber nicht mehr den Realitäten. Man muss allerdings hinzufügen, dass weibliche Migration historisch nicht neu ist. Schon vor 100 Jahren gab es Frauen, die als Arbeitskräfte auf Bauernhöfe oder in bürgerliche Haushalte gegangen sind, aber auch als Dienstmägde oder Prostituierte in die Kolonien geschickt wurden.

STANDARD: *Was hat sich dann in den letzten 20 Jahren so gravierend geändert?*

Körber: Im Euro-amerikanischen Raum ist die Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungssektor extrem gestiegen, und daraus ist ein Arbeitsmarkt für Frauen geworden, der weltweit hochgradig organisiert ist. Das ist das Neue gegenüber den Prozessen vor 100 Jahren. Sowohl die Ziel- als auch die Herkunftsländer verfügen über Agenturen und Netzwerke, mit deren Hilfe Migrantinnen global vermittelt werden. Es haben sich auch Ausbildungsgänge etabliert, so bilden etwa britische Firmen in Polen Frauen als Klinikkräfte aus, damit sie später in Großbritannien arbeiten können.

STANDARD: *Ihr Forschungsprojekt beschäftigt sich mit „transnationalen Familien“. Unter welchen Bedingungen leben die Menschen, die Sie befragen?*

Körber: Ein nicht untypisches Beispiel aus unserem Sample ist eine koreanische Frau, die in den 1960er-Jahren in Deutschland als Krankenschwester angeworben wurde. Sie hat ihre Kinder, die damals sechs und acht waren, und ihren Ehemann zurückgelassen. Nach einigen Jahren begann die Ehe zu kriseln, zehn Jahre später

folgte die Scheidung, die Mutter heiratete dann einen Deutschen.

STANDARD: *Das heißt, sie hat ein komplett neues Leben angefangen?*

Körber: Ja und nein. Als die Ehe in die Krise geriet, sorgte die Mutter finanziell weiter für die Kinder, bot ihnen an, nach Deutschland zu kommen. Beide Kinder haben es versucht, die Tochter ist geblieben und in Deutschland eine erfolgreiche Ärztin geworden. Dieser Fall ist ein Beispiel, wie über lange Zeit versucht wird, die familiären Beziehungen mit Sachleistungen und Geldtransfers aufrechtzuerhalten.

STANDARD: *Wie beschreiben Familienangehörige die Trennung?*

Körber: Bei den inzwischen erwachsenen Kindern finden wir oft beides, ein Verständnis für die Handlungsweise der Eltern, aber auch Schuldzuweisungen, dass sie zurückgelassen wurden, wo sie in der Regel bei den Großeltern oder bei Verwandten aufwuchsen. Was in unseren Interviews auffällt, ist, dass ein Vorwurf am deutlichsten von den Töchtern kommt, die mittlerweile selber Mütter geworden sind und einen Vergleich ziehen. Die sagen dann oft: „Ich könnte das nie tun, was meine Mutter getan hat.“

STANDARD: *Das heißt, der Vorwurf gilt immer der Mutter, nicht dem Vater ...*

Körber: Ja, das deckt sich auch mit Ergebnissen anderer Untersuchungen, da wird ein klarer Unterschied gemacht. Die Vorstellung von Familie ist über die Mutter codiert. Man muss auch sagen, dass Väter, die mit ihren Kindern allein zurückbleiben, oft versagen. Meist übernehmen weibliche Verwandte die emotionale Versorgung.

STANDARD: *Wie ist das Weggehen umgekehrt für die Mütter?*

Körber: Das ist schwer zu beantworten, weil die interviewten Frauen wissen, dass ihre Migration mit einem Tabu bricht, was das Bild von Mutterschaft angeht. Die Mütter berichten einerseits, wie entsetzlich es war, auf die Kinder zu verzichten. Andererseits sind sie aber vorsichtig, darüber zu sprechen, was das genau heißt. Schließlich verbindet sich mit der Migration nicht nur die Erfahrung eines Schmerzes, sondern auch die Dimension eines anderen, „eigenen“ Lebens, das kein Recht auf Erzählung hat, weil es ohne die Kinder gelebt wurde.

STANDARD: *Sie vergleichen in Ihrem Projekt Arbeitsmigration aus den 1960er-Jahren mit jener aus den 1990ern. Heute gibt es ganz neue Möglichkeiten, Kontakt zu*

halten, das Reisen ist einfacher geworden et cetera.

Körber: Aus den Erzählungen, die 30 Jahre zurückreichen, spricht oft die Mühsal, die es bedeutete, allein die Kommunikation herzustellen, eine Telefonzelle aufzusuchen, ein Gespräch anzumelden, auf ein Päckchen oder auf Briefe zu warten. Heute gibt es eine Verdichtung von Raum und Zeit, die in den Familien als Entlastung wahrgenommen wird. Andererseits wachsen mit den besseren Kommunikations- und Reisemöglichkeiten auch die wechselseitigen Erwartungen. Wenn es dann im konkreten Fall doch nicht klappt – der Flug zum kranken Vater überbucht ist, die Beerdigung der Großmutter verpasst wurde –, steigt das Gefühl, dafür selbst verantwortlich zu sein.

STANDARD: *Kann man sagen, dass Migration Familien kaputt macht?*

Körber: Zum Teil ja. Es wäre naiv zu behaupten, dass es Familien nicht vor ungläubliche Herausforderungen stellt, zum Beispiel, wenn Kinder im Alter von 15 nachgeholt werden und die Eltern dann mit halbwegsigen Menschen konfrontiert sind, mit denen sie noch nie zusammengelebt haben. Andererseits gibt es auch das Muster, dass Migration Familien stabilisiert, weil über die schwierige Situation auch eine Belastbarkeit hergestellt wird. So schlüpfen die abwesenden Eltern von einst oft ganz selbstverständlich in die Großelternrolle.

STANDARD: *Wenn man sich die Migrationswege ansieht, hat man das Gefühl, dass Zusammenleben ein Wohlstandsphänomen ist. Wir können es uns leisten, Familien und Nähe zu haben.*

Körber: Nun ja, wir leisten uns diese Nähe auch nicht mehr ganz in dem Maße, wie es früher der Fall war. Die Forderung, für den Arbeitsplatz mobil zu sein, hat extrem zugenommen und richtet sich an beide Elternteile. Und in die Versorgungslücke, die entsteht, weil beide Elternteile arbeiten, stoßen dann die Kinderfrauen aus Ost- und Südosteuropa, die auch einen Teil der emotionalen Nähe mitspenden sollen, die die Eltern nicht geben können.

STANDARD: *Ist das schlimm?*

Körber: Das kommt auf die Perspektive an. Aus Sicht der Kinder ist es an vielen Stellen wohl nicht nur schlimm. Die Annahme, dass allein die eigene Mutter am besten versorgen kann, stimmt ja nicht immer. Problematisch ist aber, dass wir Arbeitsverhältnisse ausgebildet haben, in denen Migrantinnen Reprodukti-

Karen Körber: „Wenn wir uns von der Familie als einer sesshaften, in einem Haus stattfindenden Lebensform lösen, fallen viel mehr Parallelen zu transnationalen Familien auf.“

Foto: Roedig



onsarbeiten übernehmen müssen, die wir gesellschaftlich nicht anders verteilen können. Wir müssen uns klarmachen, dass es oft gut qualifizierte Frauen sind, die ihre eigenen Kinder zurücklassen, um für andere Kinder zu sorgen. Das heißt, sie bleiben selbst weit unterhalb ihrer Möglichkeiten und können ihre Qualifikationen nicht dort einbringen, wo sie Familien haben.

STANDARD: *In Ländern wie Moldawien wird von „Eurowaisen“ gesprochen, weil mittlerweile der größte Teil der arbeitsfähigen Erwachsenen im Ausland ist und ganze Schulklassen ohne ihre Eltern aufwachsen. Beißen den Letzten die Hunde?*

Körber: Das ist eine hochproblematISCHE Entwicklung, die sich allerdings nicht mehr aufhalten lässt. Allerdings ist es ja nicht so, als würde nichts

zurückfließen, an Geldern, Waren und Sachleistungen. Man muss sehen, dass viele dieser Gesellschaften ohne diese familiären Transferleistungen, die einen wesentlichen Anteil am Bruttosozialprodukt ausmachen, nicht existieren könnten. “

ausmachen, nicht existieren könnten.

STANDARD: *Können wir etwas von transnationalen Familien lernen?*

Körber: Wir lernen, dass über Krise und Scheitern hinweg trotzdem so etwas wie ein langfristiger stabiler Zusammenhalt aufrechterhalten werden kann, vielleicht gerade dann, wenn man die Vorstellung von Familie nicht ganz so emotional auflädt. Wir neigen dazu, angesichts hoher Scheidungsraten vom Scheitern zu sprechen. Langfristig betrachtet, entdeckt man aber eine erstaunliche Stabilität und Dehnbarkeit dieses Gebildes „Familie“. Auch die moderne Patchworkfamilie oder Trennungsfamilie hört nicht auf, Familie zu sein, nur weil die Partner sich getrennt haben. Wenn wir uns einmal von der Vorstellung der Familie als einer sesshaften, in einem Haus stattfindenden Lebensform lösen, fallen viel mehr Parallelen zu transnationalen Familien auf. Und das bedeutet nicht unbedingt nur Leid und Scheitern, sondern manchmal auch einen Gewinn.

Karen Körber ist Migrationsforscherin und arbeitet am Projekt „Transnationale Familiarität“ am Institut für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Sie lebt in Wien.



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Charles hat es faustdick hinter den Ohren! Der Makel als Prestigeobjekt.

Freitag, 29. April 2011; internationaler Tag des Maulaffen. Mein wahres Interesse an diesem Tag des großen Glotzens galt nicht Kate und William, sondern den Ohren von Prinz Charles. Königliche Henkel, hinter die man notfalls das Gesamtwerk von Shakespeare schreiben könnte! Royale Löffel, die den ausladenden Anspruch des britischen Empire klassisch elegant symbolisieren!

Ich nehme die Ohren von Charles gerne als Beleg für meine alte These, dass Schönheitsoperationen keine Sache der wirklich Reichen oder Hochadeligen sind (Ausnahme: Silvio Berlusconi, der Prolomilliardär, der

nach der x-ten Fettabsaugung nicht mehr wie 74 aussieht, sondern höchstens wie 73). Gummibussen und Botoxspritzen lassen sich nur Hollywoodstars verpassen, oder Halbwüchsige, die wegen der Castingshows im Fernsehen glauben, sie müssten wie Hollywoodstars aussehen.

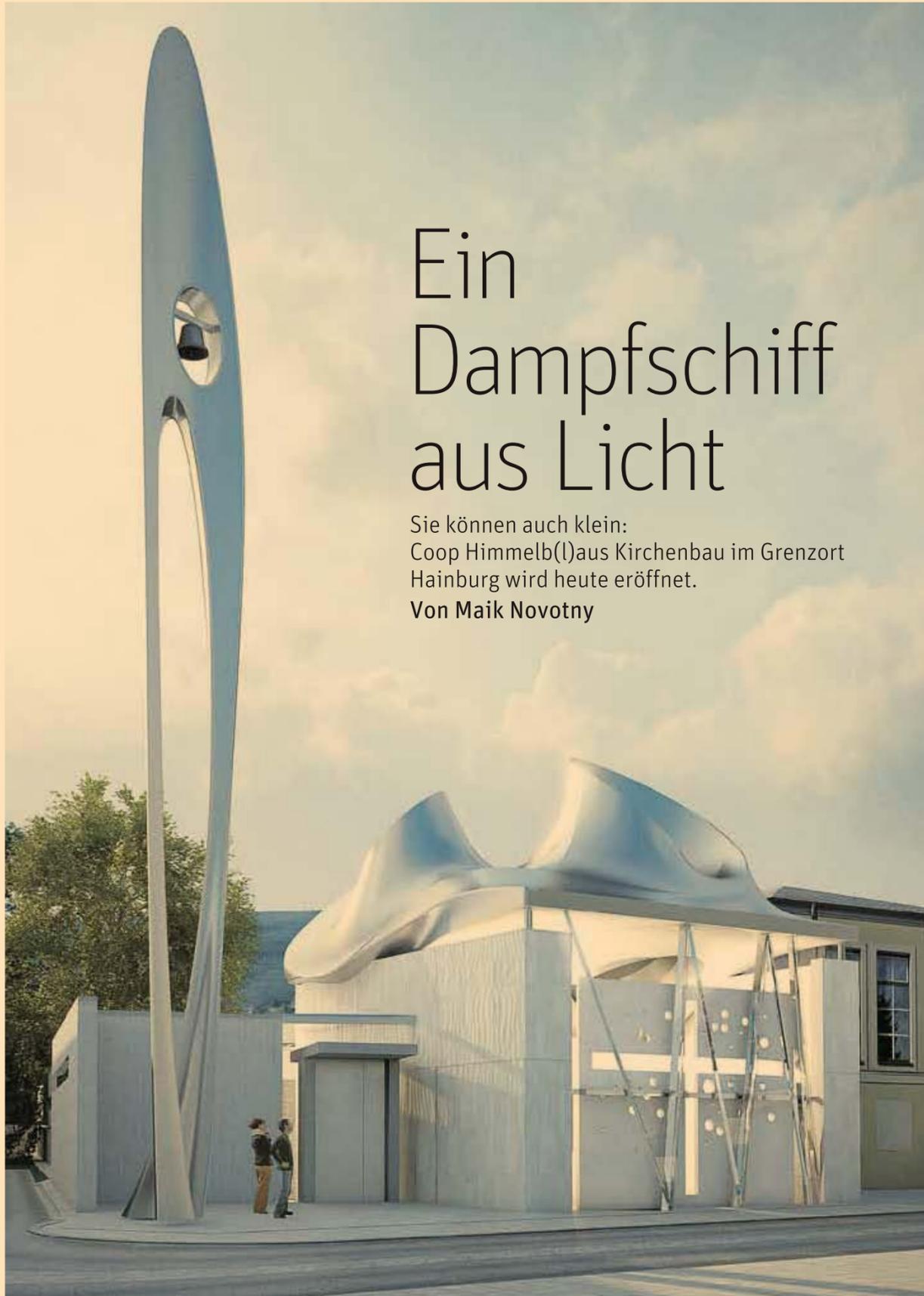
Wie anders die Royals! Prince Charles besäße (es folgt ein Understatement) gewiss die finanziellen Mittel, sich bei Doktor Worseng unters Messer zu legen. Er tut es aber nicht, und zwar deshalb, weil es ihm einfach gleichgültig ist, was der Pöbel von seinen Ohren hält. Anzunehmen, dass sich Charles auch

nur eine Sekunde wegen der Ohrwaschelkaktus-Witze gräme, die in den vergangenen Tagen die Runde machten, wäre grotesk. So grotesk wie die Annahme, dass sich die Queen täglich ein Activia genehmigt, um ihrem Blähbauch zu Leibe zu rücken.

Körperliche Makel sind heute eine Prerogative der wirklich Vermögenden oder der Hochadeligen, ebenso wie augenfällige Nachlässigkeiten in der Kleidung (schlecht sitzende Kronen; schmierige Szepter; mit Dotterflecken besudelte Hermelinmäntel etc.). Trifft man in Gesellschaft auf jemanden, der ungeübt einen starken Bocksgeruch

spazieren führt, handelt es sich meist um einen Fürsten oder Baron. Nur von Abstiegsängsten geplagte Kleinbürger haben es nötig, sich die Achseln mit Axe auszusprühen, damit sie bei ihren Bürokollegen einen zischfrieschen Eindruck schinden.

Sozial ebenfalls verdächtig: Personen von höchst attraktivem Äußeren (Sebastian Kurz, Fiona Grasser etc.): Bei ihnen keimt stets der Verdacht auf, dass sie niedriger Herkunft sind. Wer sein Sozialprestige aufpumpen möchte, täte also gut daran, sich sofort von einem Hässlichkeitschirurgen eine Zahnücke oder Triefaugen operieren zu lassen.



Ein Dampfschiff aus Licht

Sie können auch klein:
Coop Himmelb(l)aus Kirchenbau im Grenzort
Hainburg wird heute eröffnet.

Von Maik Novotny

Beten mit dem Kreuz zur Straße: Die Martin-Luther-Kirche in Hainburg von Coop Himmelb(l)au vereint protestantische Transparenz und barocke Lichtkuppeln.

Visualisierung: Coop Himmelb(l)au

Ein bedeutender Tag, der 30. April. Denn heute ist es auf den Tag genau auch schon wieder 1700 Jahre her, dass der römische Kaiser Galerius im Edikt von Nikomedia den Christen erstmals die Freiheit der Religionsausübung gewährte. Vorausgesetzt, sie passten sich in der Öffentlichkeit an. Natürlich. Vorbereitet wurde diese epochale Wende in einem Ort am nördlichen Rande des Reiches – Carnuntum an der Donau, nahe dem heutigen Hainburg an derselben.

Ein doppelt bedeutender Tag, der 30. April. Denn mit der Öff-

nung des österreichischen Arbeitsmarkts für die Nachbarn im Osten erfolgt ein weiterer, wenn auch nicht ganz so epochaler Schritt in Richtung Freiheit. Und wieder gerät die Region ins Blickfeld. Die Jahrzehnte des Dornröschenschlafs im Schatten des Eisernen Vorhangs liegen weit zurück, heute ist man dem slowakischen Nachbarn im Osten längst entgegengewachsen. Rund 300 der 6000 Einwohner Hainburgs sind slowakische Staatsbürger, die vor allem von den günstigen Grundstückspreisen in Sichtweite Bratislavas angezogen wurden.

Dreifach bedeutender Tag

Und als wäre es der bedeutendsten Daten nicht genug, wird in Hainburg an diesem 30. April auch das seltene Ereignis eines Kirchenneubaus gefeiert, noch dazu eines einer evangelischen Kirche. Zwar ist man gegenüber der katholischen Übermacht die deutliche Minderheit, doch anders als bei dieser nimmt die Zahl der Mitglieder leicht zu. Gründe genug für ein brandneues Gotteshaus. Bisher provisorisch in einer baufälligen Villa untergebracht, will man sich nun stolz mitten im Ort zeigen. Die Tatsache, dass man auch auf der religiösen Ebene des Alltags grenzübergreifend agiert, ist ein zusätzlicher Faktor. „Es

kommen regelmäßig Slowaken in den Gottesdienst, und wir arbeiten schon lange mit der Gemeinde in Bratislava-Petržalka zusammen“, sagt Pfarrer Laszlo Hentschel. Auch zweisprachige Gottesdienste sind geplant.

„Ein Neubau ist in der heutigen Zeit, in der Kirchen eher umgenutzt werden, etwas ganz Besonderes“, sagt Paul Weiland, Superintendent der evangelischen Kirche in Niederösterreich. „Der Bau soll auch ein Zeichen dafür sein, was Kirche sein kann: transparent, einladend und offen.“ Zwar war das Budget mit 1,4 Millionen Euro knapp bemessen, doch an der Architektur sollte nicht gespart werden. „Nur ein Dach über dem Kopf reicht nicht. Wenn man heute eine Kirche neu baut, dann sind künstlerisch und architektonisch die Besten gerade gut genug“, sagt Weiland.

Man begann zunächst mit der Suche vor der eigenen Haustür und wurde gleich ganz oben fündig: Bei den Stars von Coop Himmelb(l)au. „Wir haben herausgefunden, dass Wolf D. Prix hier in Hainburg aufgewachsen ist, aber hier noch nie etwas gebaut hat.“

Prix ließ sich nicht lange bitten. Schließlich hatte er mit seiner Heimatstadt noch ein Hühnchen zu rupfen: 2002 war sein expressiver Entwurf für das Besucherzentrum des Nationalparks Donauauen trotz bereits erfolgten Spatenstichs von einer Pressekampagne der Projektgegner gekippt worden.

Ein winziges Budget, eine Grundfläche von gerade einmal 300 Quadratmetern, eingezwängt zwischen verputzte Altstadt Häuser – es versprach eine ungewöhnliche Aufgabe zu werden für ein Büro, dessen weltweite Werke normalerweise als dynamische, der Schwere losigkeit trotzen wollende Großskulpturen frei entfaltet auf Präsentiertellern stehen. Noch dazu in

einer Formensprache, die eindeutig mehr dem Opulent-Barocken, ergo Katholischen, nahesteht als dem rationalen Protestantismus.

„Sicher, in das Konferenzzentrum, das wir gerade in China bauen, würde die Kirche 2000-mal hineinpassen“, sagt Wolf Prix. „Aber auch ein kleines Bauwerk kann seine Umgebung total verändern.“

Das tut es zweifellos: Am Eck des Grundstücks schwingt sich wie eine elegant verbogene Stimmgabel ein schlanker Glockenturm empor, daneben faltet sich eine Glasfassade rhythmisch den Gehweg entlang, und darüber streckt das gewölbte, silbern schimmernde Dach dem Licht drei saugnapfartige Ausstülpungen entgegen. „Das 30 Tonnen schwere Dach haben wir in einer norddeutschen Schiffswerft fertigen lassen, per Tieflader durch Hainburgs mittelalterliche Stadttore gefädelt und am Stück per Kran auf das Gebäude gehoben“, erzählt Prix.

Dach aus der Schiffswerft

So weit, so spektakulär. Dennoch gebärdet sich das dreiteilige Ensemble nicht als Fremdkörper. Maßstäblich fügt es sich in die aneinandergewürfelten Häuserreihen ein, und seine Rundungen nehmen die Dachkrümmung des romanischen Beinhauses auf, eines Überbleibsel der alten Kirche, die bis ins 17. Jahrhundert auf dem Grundstück stand.

Nur der prominent an der Straße platzierte eigentliche Kirchenraum gibt sich extrovertiert in Form und Material, während Gemeindesaal und Nebenräume puritanisch weißgetüncht fast schon zu bescheiden die Hainburger Putzfassaden ihrer Gegenüber übernehmen.

Herzstück einer Kirche bleibt jedoch immer noch der Innenraum, wo Liturgie und stille Einker herrschen. Ein per se statischer Raum also, ganz anders als die sich wie Wolken verändernde Architektur, wie sie von jeher im Programm von Coop Himmelb(l)au steht. Prix: „Das ist überhaupt kein Widerspruch. Kirchenbauten sind schließlich immer Lichträume, und Licht verändert den Raum permanent. Man könnte sagen, dass die Architektur so schnell ist, dass sie fast stillsteht – wie die Speichen eines sich drehenden Rades.“

Dass der Architekt zwar den Himmel im Büronamen trägt, aber zur Religion kein Verhältnis hat, war für die liturgischen Anforderungen kein Hindernis, betont Paul Weiland. „Obwohl er ja keine Beziehung zur Kirche an sich hat, hat sich Wolf Prix in hervorragender Weise hineingedacht und genau das umgesetzt, was wir uns vorgestellt hatten.“

Protestantische Transparenz

Die Annäherung der Form an die Bedeutung kam, so Prix, ganz von selbst. „Die drei Lichtöffnungen im Dach symbolisieren die Dreieinigkeit, aber die Idee kam schlicht und einfach daher, dass zwei oder vier Öffnungen für diesen Raum unpassend gewesen wären. Beim Entwurf des Altars habe ich eine Skulptur von Henry Moore assoziiert. Die Gemeinde war wiederum begeistert, weil sie darin ein Symbol für die Grablegung und Wiederauferstehung Christi sah.“

Die protestantische Transparenz kam dem Architekten ebenfalls gelegen. So ist der Altar an die verglaste Straßenseite gerückt und von dieser nur durch eine perforierte Holzwand mit eingeschnittener Kreuzform getrennt. Durch diese können neugierige Andersgläubige zukünftig von der Straße aus dem Pfarrer sozusagen direkt ins Kreuz schauen.

Angeschaut haben die Hainburger ihre neue Kirche schon längst. Die Meinungen sind geteilt. „Manche meinen, der Bau sähe aus wie ein Dampfschiff“, lacht Paul Weiland. Nicht unpassend für einen strahlend weißen Bau an der Donau mit einem Dach aus der Werft. „Das Traurigste wäre, wenn man gar nicht darüber spräche.“ Die Befürchtung dürfte unbegründet sein: Zur heutigen Eröffnung wird ein Großaufgebot erwartet. Und Miloš Klátik, der Generalbischof der evangelischen Kirche der Slowakei, ist selbstverständlich auch dabei.

Das beste Haus

Architekturpreis 2011

Az W



Ausstellung: 05.05. – 23.05.2011
Halle F3, Eintritt frei!
Architekturzentrum Wien im MQ





Über Demut, Übermut, Armut zu Gleichmut

Symbolistisch ist die jüngste Bildstrecke des Schweizer Fotokünstlers **Roger Eberhard** zu werten. Als Synonym für unsere, rein auf Kosten-Nutzen-Rechnungen ausgerichtete, bewusst über die Verhältnisse lebende Gesellschaft inszenierte er Obdachlose vor neutraler Kulisse. Im Glauben an bessere Ausbildung, bessere Chancen, sichere, gutdotierte Arbeitsplätze übersiedelten in den vergangenen Jahrzehnten Menschen massenweise in urbane Ballungszentren. Durch die Wirtschaftskrise verloren viele ihre Arbeit, ihre Kreditwürdigkeit, ihr Zuhause. Auch im kalifornischen Santa Barbara, wohin der 1984 in Zürich geborene Fotograf zwecks Studium (am renommierten Brooks Institute of Photography) und anschließender Arbeit emigriert ist, waren plötzlich nicht mehr nur Randexistenzen ohne Dach über dem Kopf, sondern auch Menschen, die nie damit gerechnet hätten: Banker, Rechtsanwälte, Makler mit deren Familien. In *Good Light* ist das Resultat einer sensiblen Annäherung an Obdachlose in deren teils unverschuldeter, teils selbsterwählter, in jedem Fall harten Lebenssituation. Die einfühlsamen Porträts dokumentieren selbstständige und eigenwillige Persönlichkeiten, die ihre Menschenwürde bewahrt haben und Kraft ausstrahlen, obwohl die diffizile Realität deutliche Spuren hinterlassen hat. Treffend formuliert es Bernhard Schlink in seinem begleitenden Essay: „Wahrgenommen werden, sich so darstellen, wie man wahrgenommen werden will, sich in der Wahrnehmung wiedererkennen – unsere Würde lebt davon.“ *Gregor Auenhammer*

Roger Eberhard, „In Good Light“. € 68,- / 64 S. Scheidegger & Spiess, Zürich 2011. Gleichnamige Ausstellung im Santa Barbara Museum of Art ab Mai 2011

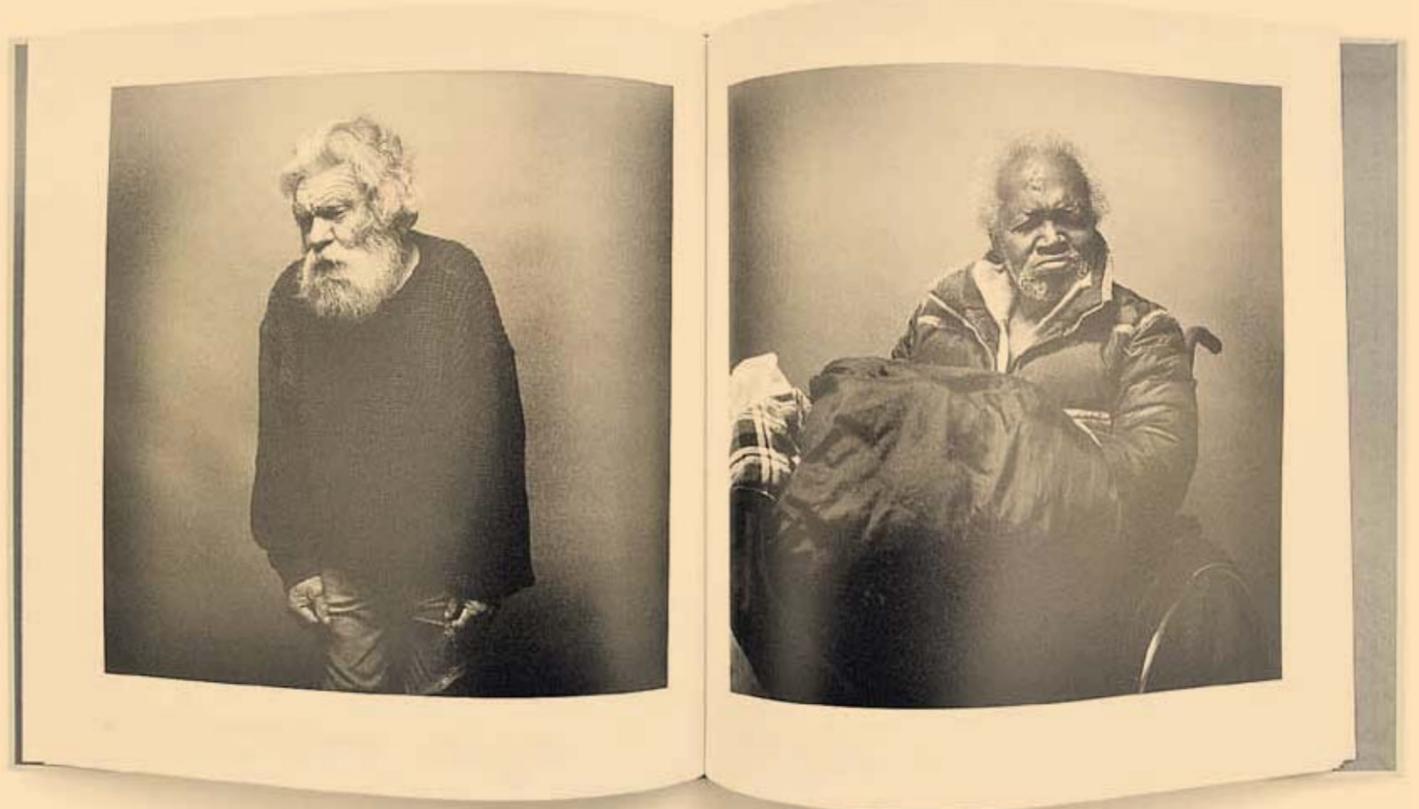
Flugversuche

während ich tanze stolpert mein Lachen über meine Tränen

meine Arme sind ausgebreitete Flügel um mich fort zu tragen

meine Wurzeln wollen einen Boden nicht missen halten mich fest

Heide Loisel, aus dem Band „In Schwebel“, Edition Doppelpunkt

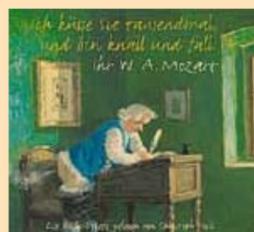


Hörbuch

Hier schreibt der junge Sauschwanz

Anschlüsse in Ordnung? Bassregler defekt? Wieso klingt die Stimme, die **Mozarts** Briefe an seine Augsburger Kusine Maria Anna Thekla Mozart vorliest, nur so krächzend und so holpernd und ist dialektisch schwer? Simple Erklärung: Es ist die Naturstimme des Musikers Christoph Well. Der Live-Mitschnitt des Trompeters, 1959 geboren und das jüngste Mitglied der 15-köpfigen Well-Familie in der satirischen Blasmusikkapelle Biermösl Blosn, die in den letzten 35 Jahren mit Gerhard Polt auch jenseits Bayerns bekannt geworden ist, liegt nun vor – und überrascht erst einmal. Weil er gewöhnungsbedürftig klingt. Doch rasch wird klar: Well, aus dem Fürstentum Bruckmühl zwischen München und Augsburg stammend, ist eine naheliegende, sehr gute Wahl als Rezitator. Weil vielleicht eben so privatissime Mozarts Base geklungen hat. Weil die Schweinigeleien, Reimereien und Sprachspielereien des angeblich so galanten Rokoko, die erotischen Krausitäten, die Mozart zwischen 1777 und 1781 zu Briefpapier brachte und an die zwei Jahre jüngere Augsburgerin (deren Schwester er dann heiratete) sandte, und seine das Deftige überschreitenden Analwitzeleien gerade so authentisch klingen. Zwischendurch hatte der Salzburger auch Erleichterndes mitzuteilen, etwa: „Mein Arsch ist kein Wiener.“ *Alexander Kluy*

„Ich küsse Sie tausendmal und bin knall auf fall Ihr W. A. Mozart. Die Bäsle-Briefe“. Sprecher: Christoph Well. € 19,90 / 80 min. Kein und Aber, Zürich 2011



Krimi

Wasser, Wald und böse Menschen

Lügen haben kurze Beine, werfen aber manchmal lange Schatten. Die verdüstern das Leben des jungen Frank Temple, der über den schmachvollen Selbstmord seines Vaters nie wirklich hinweggekommen ist. Der Vater, ein U.S. Marshal mit Vietnam-Vergangenheit, hatte sich als Auftragskiller anheuern lassen, bis ihn jemand ans Messer lieferte. Ein Ermittler lügt, um von dem verstörten Sohn Informationen zu bekommen, und das setzt eine Kette von unvorhersehbaren Ereignissen in Gang. Ein Auffahrunfall bringt zwei zusammen, die einander besser nie begegnet wären. Erst einmal müssen Unschuldige dran glauben. Nämlich ein Karosseriespengler, der am Unfallauto werkt und einen Sender entdeckt. Bald bekommt die Werkstatt Besucher, die den Besitzer des Wagens aufstöbern wollen. Doch der hat sich aus dem Staub gemacht, also wird der Spengler gefoltert und getötet. Es entwickelt sich eine Verfolgungsjagd in der ungezähmten Natur Minnesotas. Die Wälder und Seen sind verhängnisvoll für jene, die sich nicht darin zu bewegen wissen. Da ist Frank im Vorteil, denn sein Vater hat ihm alles beigebracht, was er zum Überleben in der Wildnis braucht. **Michael Koryta**s brutaler Wald- und Wasser-Thriller ist eines der Survival-Dramen aus dem Outback, wie sie im Trend liegen. Aber auf jeden Fall eines der besten. *Ingeborg Sperl (www.krimiblog.at)*

Michael Koryta, „Blutige Schuld“. Deutsch: Thomas Bertram. € 10,30 / 473 Seiten. Knauer, München 2011



Kinderbuch

Es muss nicht immer Wickie sein

Spätestens wenn Wickie Einzug ins Kinderzimmer hält, sind sie da: die Wikinger. Die wirken nicht immer besonders intelligent (außer Wickie natürlich), aber sympathisch. Brutal oder grausam sind sie so und so nicht – dafür bärenstark. Die heile Wikingerwelt sozusagen. **Michael Engler** und **Sophie Schmid** helfen mit ihrem Vorlesebuch mit, dieses Bild zu untermauern. *Die Wikinger kommen!* heißt es vielversprechend. Sieben Geschichten „aus dem hohen Norden“ erzählen sie. Die Illustrationen dienen hier eher als bunter Aufputz. In *Jetzt sind die Engländer dran* soll es den Briten an den Kragen gehen. Ihr Plan lautet folgendermaßen: „Das Dorf wird überfallen und ausgeplündert. Dann nehmen wir uns das nächste Dorf vor. Und so weiter. In ungefähr einer Woche haben wir ganz England erobert“, erklärt Leif. Der ständige Regen stört aber diese Absichten gewaltig. „Ich fühl mich wie ein nasser Schwamm“, klagt später einer der unerschrockenen Krieger. Im folgenden Kampf schlagen sie zwar die Gegner zurück, die waren aber keine britischen Soldaten, es sind einfache Verbrecher. Kurz: Die Wikinger haben schlussendlich diesen Teil Englands nicht erobert, sondern befreit. Weil es dafür von den Geretteten Pudding gibt, ist die Wikinger-Welt auch so in Ordnung. Schade, dass das im richtigen Leben nicht so einfach funktioniert. *Peter Mayr*

Michael Engler / Sophie Schmid, „Die Wikinger kommen!“. € 13,40 / 52 Seiten. Copenrath Verlag, Münster 2011

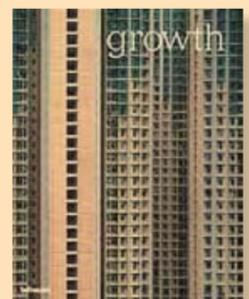


Fundstück

Übersiedlungen, Überpopulation, Überforderung

Nach prioritären Schlüsselthemen für nachhaltiges Handeln wie „Erde“ und „Wasser“ widmete sich der 2010 zum dritten Mal vonseiten der Schweizer Privatbank Pictet initiierte Fotowettbewerb dem „Wachstum“. Internationale Künstler fokussierten ihre subjektive Sichtweise auf globale Perspektiven überdimensionierten Wachstums. Der Ambivalenz der vielschichtigen Thematik entsprechend evozieren die visualisierten Statements ein Hinterfragen der rein auf Utilitarismus und Fortschritt ausgerichteteten Welt. Sowohl Binnenmigration respektive Landflucht und damit einhergehend Überfrachtung, Überbevölkerung, Überforderung urbaner Lebensräume als auch internationale Migration arbeitssuchender Menschen finden in den prämierten Fotostrecken ihren Niederschlag. Auswirkungen sind Denaturierung ländlicher Gebiete sowie die Bildung von Trabantenstädten, Slums und riesigen Mülldeponien. Gewinner des Hauptpreises ist Mitch Epstein. Weiters enthält der fantastische Bildband *Prix Pictet: Growth* die Serien von zwölf, von einer unabhängigen Jury nominierten Fotografen wie Christian Als, Edward Burtynsky, Stéphane Couturier, Chris Jordan, Yeondo Jung, Vera Lutter, Nyaba Leon Ouedraogo, Taryn Struch, Thomas Struth, Guy Tillim und Michael Wolf. Eine ambivalente Dokumentation voll bizarrer Schönheit und Schrecken; dringend Handlungsbedarf dekuvierend. *Gregor Auenhammer*

S.Barber/M. Benson (Hg.), „Prix Pictet 2010: Growth“. € 50,- / 128 S. teNeues 2011



Armeen der Bitterkeit

Eine frühe Vision von einer „Bugwelle der Arbeitsmigranten“: Über John Steinbecks 1939 erschienenen Roman „Früchte des Zorns“. Von Bert Rebhandl

In John Steinbecks 1939 erschienenem Roman *Früchte des Zorns* gibt es schon so etwas wie die apokalyptische Vision einer „Bugwelle“ von Arbeitsmigranten. Die Familie Joad, die in Oklahoma kein Auskommen mehr hat, sieht für sich einen Ausweg im Westen: „Vielleicht können wir neu beginnen, dort drüben in dem reichen Land – in Kalifornien, wo die Früchte wachsen. Wir werden neu beginnen.“

In diesen Optimismus mischt sich aber sofort der Zweifel, denn die Joads, Opfer der Großen Depression, sind mit ihrer Hoffnung nicht allein: „Wir können nicht neu beginnen. Die Bitterkeit, die wir dem Lumpenmann verkauft haben – schön, er hat sie jetzt, aber auch wir haben sie noch. (...) Nach Kalifornien oder irgendwohin – jeder ein Trommelmajor, der eine Schmerzensparade anführt, die

marschiert, marschiert mit unserer Bitterkeit. Und eines Tages werden die Armeen der Bitterkeit alle in derselben Richtung gehen. Und sie werden alle zusammen marschieren, und dann wird es Tod und Schrecken geben.“

Dieses Bild schillert in seiner Ambivalenz zwischen Verteilungskämpfen und revolutionärem Umbruch, und so war es von Steinbeck auch gemeint, der mit *Früchte des Zorns* einen Protestroman gegen die Verelendungspolitik der Eliten schrieb. Die Joads sind in die populäre Imagination der USA eingegangen, auch durch den Film, den John Ford mit Henry Fonda in der Hauptrolle gedreht hat, und durch Bruce Springsteens Album *The Ghost of Tom Joad*. Das Motiv des Aufbruchs nach Westen gehört zum Grundbestandteil dieser Imagination, schließlich begannen die USA mit einer Landnahme an der Ostküste und hatten dann lange Zeit das offene Territorium vor sich.

Was heute im Rahmen der vergleichsweise sanften Einkommens- und Bevölkerungsverteilungen in der Europäischen

Union als „Bugwelle“ bezeichnet wird, hatte in den USA häufig eine chaotische Struktur oder war ausdrücklich als Wettrennen organisiert: Schon die Besiedlung von Oklahoma, wo die Joads zu Beginn des Romans leben, war in Form eines „Land Rush“ vor sich gegangen, bei dem die Schnellsten für sich die besten Landparzellen reklamieren konnten. So wurde aus dem vormaligen Indianergebiet mit seiner dezimierten Bevölkerung ein amerikanischer Binnenbundesstaat, in dem weiße Farmer lange Zeit den wesentlichen Wirtschaftszweig ausmachten. Als die Joads ihre Farm wegen Überschuldung verlieren, kippt das System des auskömmlichen Lebens, und sie werden zu Flüchtlingen im eigenen Land.

Die improvisierten Umstände, unter denen es solche Menschen häufig lange Zeit aushalten (müssen), bilden ein wesentliches Motiv bei Steinbeck, zum Beispiel in einer Szene mit dem jungen Al Joad. „Al kam aufgeregt zurück zum Zelt. ‚Das ist ein Camp!‘, sagte er. Er legte sich auf und goss sich Kaffee ein. ‚Wisst ihr, was da hinten einer macht? Er baut sich

nein Wohnwagen. (...) Hat Betten und Herd und alles. Kannst richtig drin wohnen. Tja, so muss man leben. Wo man anhält, da kann man bleiben.“

Diese Form der prekären Freizügigkeit in einem Land, in dem viele Menschen bis heute keinen Reisepass haben, bildet ein weiteres Element populärer amerikanischer Fantasie. Die Gefahr, zum „trailer trash“ abzusinken, setzt ja überhaupt erst die Massenfertigung mobiler Heime voraus, und wächst damit erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In Steinbecks Roman ist sie schon antizipiert.

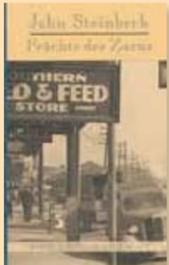
Kalifornien als der westlichste Bundesstaat ist bis heute besonders attraktiv für Neuankömmlinge, nicht nur seiner Medienindustrie wegen, in der es viele Möglichkeiten gibt, ohne Ausbildung eine Karriere zu machen. Wer in San Francisco über die Market Street geht, wird aber auch die Schattenseiten sehen: Obdachlosigkeit und Armut im Schatten enormen Reichtums. Am Pazifik stößt die Politik des „Go West“, die den USA im 19. Jahrhundert die Wachstumssprünge eines „Bo-

nanza-Kapitalismus“ eintrug, an eine natürliche Grenze.

Als Steinbeck seinen Roman schrieb, war das schon abzusehen, denn er gründete seine Erzählung auf journalistische Recherchen über Erntearbeiter in Kalifornien, die er zuvor schon unter dem Titel *The Harvest Gypsies* (Die Erntezigeuner) veröffentlicht hatte.

Heute kommen diese Arbeiter vorwiegend aus Mittel- und Südamerika, viele von ihnen sind illegal im Land. Und auch in dieser Konstellation ist die gegenwärtige Situation der Europäischen Union deutlich wiederzuerkennen, in der die freie Wahl des Arbeitsplatzes für die Angehörigen der Teilnehmerstaaten ja nur ein Aspekt der absehbaren Ströme ist. Den anderen bilden die „Armeen der Bitterkeit“, die aus allen Himmelsrichtungen an die EU-Außengrenzen drängen – Reservebrigaden in einer globalisierten Welt, die Steinbeck so noch nicht absehen konnte.

Steinbecks Roman gibt es gebunden bei Zsolnay, als Taschenbuch bei dtv und in englischer Originalfassung bei Penguin.



Krieg zwischen Freiheit und Gleichheit

Repressive Kollektive: Jan Gerber hat eine kritische Übersicht über die „Antiimperialismen“ des 20. Jahrhunderts geschrieben.

Von Stefan Grigat

Ende der 1980er-Jahre schickte Deutschland sich an, durch die Wiedervereinigung die letzten Reste seiner seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Souveränitätsbeschränkungen abzuschüteln. Damals besann sich ein zahlenmäßig noch relevanter Teil der Linken auf einen Ausspruch von Marlene Dietrich.

Auf die Frage, ob sie in das Land von Massenmord und Vernichtungskrieg zurückkehren werde, soll die Sängerin und Schauspieler während einer Tour für US-Soldaten geantwortet haben: „Deutschland? Nie wieder!“ Unter diesem Motto fand 1990 in Frankfurt mit rund 20.000 Teilnehmern eine der wenigen Großdemonstrationen gegen die Wiedervereinigung statt. Getragen wurde sie von

einem reichlich heterogenen Haufen: von maostalinistischen Kleingruppen und DDR-nostalgischen Sozialisten über Teile der Grünen, linke Gewerkschafter und autonome Haudraufs bis hin zu jenen Zirkeln, aus denen in den folgenden zwanzig Jahren eine Gesellschaftskritik formuliert werden sollte, die sich mit Bezug auf die Kritische Theorie Adornos bei der Restlinken nachhaltig unbeliebt machen sollte.

Jan Gerber vom Leipziger Simon-Dubnow-Institut hat in einer akribisch recherchierten Studie die Geschichte der deutschen Linken und die Herausbildung einer „antideutschen Strömung“ als eigenständigen gesellschaftskritischen Pol aufgeschrieben. Als Folie dient ihm der Bruch, den der Untergang des autoritären Staatssozialismus keineswegs nur für Honecker- und Breschnew-Fans, sondern für die gesamte Linke bedeutete. Vor dem Hintergrund der Metamorphosen, welche die radikale Linke in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durchgemacht hat, stehen die organisatorischen Ausdifferenzierungen und die Auseinandersetzungen im Zentrum, die vor 20

Jahren in der deutschen Linken geführt wurden: zunächst anlässlich der Wiedervereinigung und des Zusammenbruchs des Ostblocks, dann angesichts des Golfkriegs 1991 und der Bedrohung Israels mit irakischen Scud-Raketen.

Zu Recht weist Gerber darauf hin, dass kaum eine linke Gruppierung in den letzten Jahren erbittert geführten Auseinandersetzungen über die Bedeutung des Zionismus, die Rolle der USA und die Einschätzung von regressiven Formen der Kapitalismuskritik verschont geblieben ist, einschließlich der Jugendorganisationen der Grünen und der Sozialdemokratie. Wer die Hintergründe dieser Debatten verstehen möchte, ist mit Gerbers Studie bestens bedient, in der überzeugend erklärt wird, aus welchen Quellen sich das mehrheitslinke Ressentiment gegenüber dem jüdischen Staat und die Parteinahme linker Staatskritiker für die Selbstverteidigung Israels andererseits speist.

Doch es geht keineswegs allein um die Linke in Deutschland. Gerber stellt sein Thema in den historischen Kontext eines „Weltbürgerkrieges“ zwischen Freiheit und

Gleichheit, der im kurzen 20. Jh. von der Oktoberrevolution bis zum Kollaps der UdSSR die Auseinandersetzungen in und um die Linke geprägt habe. Er liefert eine präzise Darstellung jenes „antiimperialistischen Weltbildes“ mit seinen aus der Dritten Welt geborgten Identitäten, das über Jahrzehnte für fast alle Fraktionen der Linken charakteristisch war.

Gerber kritisiert diese antiimperialistische Welt-sicht, ohne die gravierenden Unterschiede zwischen dem Antiimperialismus eines Schlächters wie Saddam Hussein auf der einen und jenem eines Ho Chi Minh auf der anderen Seite zu verwischen. Die Ignoranz gegenüber dem volksgemeinschaftlichen Vernichtungsantisemitismus des Nationalsozialismus, auf den schon deswegen nicht reflektiert werden durfte, um auch in den postnazistischen Staaten am Proletariat als revolutionärem Subjekt festhalten zu können, wird ebenso analysiert wie die Grundlagen jenes zum Dogma erstarrten „Nie wieder

Krieg“, das bei fast jeder größeren Auseinandersetzung innerhalb der Linken mit dem Postulat „Nie wieder Auschwitz“ in Konflikt geriet. Gerber formuliert eine Kritik am traditionellen Antifaschismus, der im „paradoxen Versuch“ mündete, „den historischen Nationalsozialismus der dreißiger Jahre in den neunziger Jahren mit den Mitteln und der Ästhetik der zwanziger Jahre zu bekämpfen.“

Trotz seiner nüchternen Sprache ist der Band mehr als eine distanzierte Darstellung historischer Fakten: Er beinhaltet eine Kritik an einer Linken, die das Individuum immer wieder dem repressiven Kollektiv geopfert hat, und hält ein Plädoyer für eine „Synthese von Freiheit und Gleichheit auf kapitalismuskritischer Grundlage.“ Publiziert wurde das Ganze von einem Verlag, der sich genau das zum Programm gemacht hat.

Jan Gerber, „Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des ‚realen Sozialismus‘“. € 20,00 / 350 Seiten, Freiburg: ça ira Verlag 2010





Öffnung: Keine Lösung für Fachkräftemangel

Theoretisch riesiges Potenzial – und praktisch? Jungakademiker werden kommen, die Not mit dem Mangel an Fachkräften wird nicht geheilt, sagt das grundsätzlich positiv gestimmte aktuelle Karrierenforum.

Karin Bauer

Rund fünf Millionen Menschen rund um Wien haben nun theoretisch nur eine Stunde Autofahrt zu einem besseren, lukrativeren Job in Wien-Umgebung. „Kein Wirtschaftsraum in Europa könnte einen so starken Impact erleben wie Wien“, eröffnet Martin Mayer, Geschäftsführer der Personalberatung Iventa, auch das aktuelle Karrierenforum zur Öffnung von acht europäischen Arbeitsmärkten.

Ohne Ausländerbeschäftigungspapiere können jetzt Ungarn, Slowaken, Slowenen, Tschechen, Polen, Esten, Letten und Litauer in Österreich arbeiten. Mayer: „Wien ist umgeben von Wirtschaftsräumen, die traditionell auf Lohnkostenvorteile gesetzt haben – was erwartet uns also, was dürfen wir erwarten?“, spannt er den Bogen zwischen Ängsten und Chancen.

Irgard Proisinger, Leiterin Marketing & Kommunikation bei der Zeitarbeitsfirma Trenkwalder,

INHALT

Immaterielle Benefits: Statt mehr Geld lieber Homeoffice Seite K 2
Sudoku, Cortis Nährwert Seite K 27

Frithjof Bergmann: Über die neue Ökonomie Seite K 29

Wolfgang Mayrhofer: Zu informellen Machtstrukturen Seite K 30

Jobsplitter finden Sie auf Seite K 20



Kata Kuhn (Juristin Personalmanagement Erste Group), Irgard Proisinger (Trenkwalder Personaldienste), Martin Mayer (Geschäftsführer Iventa), Manfred Bauer (Personaldirektor GM Powertrain), Sonja Marchhart (Konzernpersonalchefin Baumax).
Fotos: Andy Urban

zitiert aus einer frischen hauseigenen Studie, wonach heimische Firmen die Öffnung überwiegend positiv (66 Prozent) sehen – dabei gehen die Hoffnungen nicht in Richtung Billigarbeitskräfte, sondern in Richtung Qualifizierte, die hier fehlen. Vor allem Industrie, Gewerbe und Unternehmen aus dem technisch-kaufmännischen Bereich hoffen so, limitierende Personalknappheit bewältigen zu können. Allerdings: Die Öffnung werde nicht die Lösung für den Fachkräftemangel sein, rücken die Diskutanten diese Hoffnungen in die Wirklichkeit, es bestehe Berufsschutz in den besonders gesuchten Disziplinen, etwa Schlosser, Spengler, Dachdecker.

Zudem, so Martin Mayer, sei auf diesem Level auch die Integration schwierig, Sprachbarrieren seien

ein großes Thema. Die Mobilität in diesen Bereichen dürfe nicht überschätzt werden.

Kata Kuhn, Juristin im Personalmanagement der Erste Group und selbst Ungarin, sieht zwar einen negativen Einfluss der wirtschaftlich unberechenbaren Situation in Ungarn – in der Bankengruppe gebe es allerdings gemäß der internationalen Aufstellung Bewegung in beide Richtungen. Dass bürokratischer Aufwand nun wegfallen, sei aber auch für Unternehmen mit umfangreicher Erfahrung in diesem Management hoch erfreulich.

Anders der „Leidensdruck“ der Baumarktkette Baumax. „Der demografische Knick hat uns voll erwischt, die Hoffnung der Ostöffnung hat sich nicht erfüllt“, sagt Konzernpersonalchefin Sonja Marchhart. Fortsetzung Seite K 2



PERSONAL MOVES

KARIN BAUER

Die perfekte Erfüllung – sofort



und halbwegs rechnen und schreiben können, sind so gut wie nicht zu finden. Für die Lehre bleiben – sinngemäß – die „Problemfälle“, wer es auch nur irgendwie schafft, schaut, dass er wenigstens durch die Matura kommt. Ein klares Licht auf das Sys-

tem und seine strukturellen Fehler. Aber: Unternehmen klagen durch die Bank, dass sie nicht die Qualifikationen, finden, die sie suchen. (Außer im Top-Management, da wurden noch nie mangelnde Kenntnisse öffentlich beklagt.) Das heißt in den nächsten Stufen des Systems aber, dass die Ansprüche der Firmen extrem gestiegen sind und die Bereitschaft, Entwicklungen auf ihrer natürlichen Zeitachse zu fördern, extrem gesunken sind. Fabriken für die perfekte Erfüllung der Jobprofile müssen aber erst noch erfunden werden.

BAKER & MCKENZIE DIWOK HERMANN PETSCHKE

Baker & McKenzie Debate Club Career Mentorship Programme

Wir fördern außergewöhnliche Nachwuchskräfte.
www.bakercareers.at